



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Willkommen Europa“ – „Welkom Europa“

Diskursanalyse zur EU-Osterweiterung in Österreich
und den Niederlanden

Verfasserin

Angelika Grabler

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Juli 2009

Matrikelnummer:

9907595

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 301 295

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer:

Prof. Dr. Rainer Gries

1. Vorwort	5
2. Einleitung	6
3. Die Europäische Union und ihre Erweiterungen	7
4. Diskursanalyse	9
IV.1. Diskursanalyse im Sinne Foucaults.....	9
IV.2. Kritische Diskursanalyse nach Jäger	11
5. Österreich.....	17
V.1. Wirtschaft.....	18
V.1.1. Arbeitsmarkt	18
V.1.2. „Österreich profitiert...“ – Die Wirtschaft macht Gewinne	29
V.1.3. „... aber manche Branchen sind gefährdet“ – Nachteile und Konkurrenz für die österreichische Wirtschaft	37
V.1.4. „Jahrzehntelange Aufholjagd“ – Die Wirtschaft der Beitrittsländer	40
V.2. Politik	45
V.2.1. „Babylonische Sprachverwirrung“ – Institutionen und Verwaltung in der EU der 25.....	45
V.2.2. „50 Cent pro Kopf für mehr Europa“ – Die Kosten der Erweiterung.....	48
V.2.3. „Unfairer Wettbewerb“ – Steuerdumping und Subventionen.....	50
V.2.4. „Skepsis bei EU-Erweiterung logisch“ - Die Stimmungsmache der Politiker und die Skepsis der Bevölkerung	54
V.2.5. Anti-EU-Populisten und die Skepsis der Bevölkerung in den Beitrittsländern.....	62
V.2.6. „Tschechien: Der Problemfall“: Tschechien, Temelin und die Benes-Dekrete	67
V.2.7. Sonderfall 2: Zypern und die gescheiterte Wiedervereinigung.....	69
V.3. Verkehr	71
V.3.1. „Gesucht – Anschluss nach Osten“ – Die Verkehrsanbindung an die beitretenden Nachbarstaaten.....	71
V.3.2. „Österreich droht LKW-Lawine aus dem Osten“ – Das Transit-Problem.....	73
V.4. Sicherheit	75
V.4.1. „Ostgangster – Die Krake ist schon hier“	75
V.4.2. „Letzte Schlepperoffensive“ – Menschenschmuggel und Flüchtlingswellen.....	77
V.4.3. „Ich habe noch nie Schmiergeld bezahlt“ – Betrug und Korruption.....	80
V.5. Kultur	83
V.5.1. „Was sind das für welche?“ – Portraits und Serien zu den beitretenden Kandidaten.....	83
V.5.2. „Für immer Osten“ – Die Beständigkeit eines Images.....	86

V.5.3. „Als Böhmen noch bei Österreich war...“ – Anknüpfen an die k. und k.- Zeit.....	88
6. Niederlande.....	91
VI.1. Wirtschaft.....	92
VI.1.1. Arbeitsmarkt	92
VI.1.2. „Mkb'ers kijken kat uit de boom in uitgebreide EU” – Chancen der niederländischen Wirtschaft in den Beitrittsländern.....	106
VI.1.3. „Nederland economisch net zo groot als tien toetreders“ – Die geringe Wirtschaftskraft der Beitrittsländer	108
VI.2. POLITIK	112
VI.2.1. „Brussel verwacht invasie Oost-Europa“ – Institutionen und Verwaltung in der EU der 25.....	112
VI.2.2. „Brussel will meer geld“ – Kosten, Subventionen und Steuerdumping.....	117
VI.2.3. „Welkom Europa“ – Skepsis bei Bevölkerung, schöne Worte bei Politikern.....	119
VI.2.4. „Twijfel over EU in Oost-Europa“ – Skepsis der Bevölkerung und politische Instabilität in den Beitrittsländern.....	123
VI.2.5. „Europees feestmaal met Cypriotisch luchtje“ - Problemfall Zypern	125
VI.3. Sicherheit	127
VI.3.1. „Corruptie grootste gevaar nieuwe EU“ – Korruption in den Beitrittsstaaten.....	127
VI.3.2. „Een kogel kon ik krijgen“ - Organisierte Kriminalität	128
VI.4. Verkehr.....	131
VI.4.1. „Eindelijk doorrijden aan de grens” – Keine Grenzwartezeiten mehr für LKWs	131
VI.5. Kultur	132
VI.5.1. „Tsjechie was altijd al deel van Europa“ – Wir teilen eine europäische Kultur.....	132
7. Zusammenfassung und Ausblick	137
8. Literaturverzeichnis	141

1. Vorwort

Das Thema Europa und die Europäische Union war eines der ersten politischen Themen, die schon in der Schule mein Interesse weckten. Nach einem ERASMUS-Aufenthalt in den Niederlanden war klar, dieses Land sollte in jedem Fall ein Focus meiner Arbeit werden.

Durch die intensive Beschäftigung mit diesem Land kamen mir immer wieder bemerkenswerte Parallelen, aber auch Unterschiede zu Österreich ins Bewusstsein – unter anderem auch in Zusammenhang mit der Europäischen Union, nachdem auch das Erasmus-Semester den „European Studies“ gewidmet war. Einem Teil der dadurch aufgeworfenen Fragen soll auf den nächsten Seiten nachgegangen werden.

Ohne die Unterstützung vieler Personen aus meinem Umfeld hätte ich diese Arbeit nicht fertigstellen können. Mein Dank gilt meinem Betreuer, Prof. Dr. Rainer Gries, der nahezu unendliche Geduld bewiesen hat, sowie Paul Otto, Birgit Schmatz und Julia Uhlik für ihre Hilfe. Darüber hinaus bin ich meinen Kollegen, allen voran Cornelia Grobner, dankbar für ihr Entgegenkommen, wenn es um die Arbeitsteilung in der Redaktion ging.

Besonderer Dank geht an Karin Jusek, Redakteurin bei „Het Financiële Dagblad“ in Amsterdam, die sich während meines Forschungsaufenthaltes in den Niederlanden die Zeit nahm, die Berichterstattung zur EU-Erweiterung ausführlich mit mir zu diskutieren, und mir mit ihrer professionellen und reflektierten Sichtweise enorm weitergeholfen hat.

2. Einleitung

Seit ihren Anfängen als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mit den sechs Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg und Niederlande hat sich die heutige Europäische Union immer entwickelt, und immer neue Mitgliedsstaaten zugelassen.

Auch frühere Erweiterungen, im speziellen die Süderweiterung der 1980er Jahre, waren nicht unumstritten und gingen mit einigen Ängsten einher.

Die im deutschen Sprachraum sogenannte „Osterweiterung“ 2004 stellt dennoch ein besonderes Ereignis in der Geschichte der Europäischen Union dar, und das in mehrerer Hinsicht: nie zuvor wurden so viele Länder auf einmal aufgenommen, und des zweiten machte die Tatsache, dass acht der zehn neuen Mitglieder die letzten Jahrzehnte unter dem Einfluss des kommunistischen Sowjet-Regimes standen, die „Wiedervereinigung Europas“ zu einem historischen Meilenstein.

Zum Ereignis selbst, seinen Folgen und Nicht-Folgen gibt es jede Menge Literatur. In Studien wurden Wirtschaftskennzahlen vorausberechnet, für den Fall dass dieses oder jenes Land beitrete, den Euro einführe, die Maastrichter Kriterien verletze.

Für die Medien war die Erweiterung ein Spektakel – so meint man im Rückblick. Gleichzeitig fühlten sich, so mehrere Eurobarometer-Umfragen, die betroffenen EuropäerInnen, beitretende und empfangende, zu keinem Zeitpunkt ausreichend informiert.

Im Folgenden wird sich die vorliegende Arbeit mit dem Diskurs zur EU-Osterweiterung in den Printmedien, i.e. den Tageszeitungen Österreichs und der Niederlande beschäftigen. Der Vergleich soll Parallelen und Unterschiede im diskursiven Geschehen in zwei europäischen Ländern aufzeigen – und möglicherweise Defizite in der Kommunikation zum Thema Europäische Union und ihre Erweiterung lokalisieren.

3. Die Europäische Union und ihre Erweiterungen

Über die Geschichte der Europäischen Union im allgemeinen und über die sogenannte Osterweiterung im Besonderen gibt es ausreichend Literatur – hier soll daher nur ein knapper Überblick gegeben werden, um in die Thematik einzuführen.

Bereits in früheren Jahrhunderten und wieder in der Zwischenkriegszeit gab es Versuche, Europa zu einigen, unter anderem die Paneuropa-Union, 1922 von Graf Richard Coudenhove-Calergi gegründet und bis heute aktiv.¹

Die ersten direkten Vorläufer der EU finden sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Initiative des französischen Außenministers Robert Schumann in Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer führte 1951 zur Unterzeichnung der Verträge der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) in Paris. Teilnehmende Staaten waren außer Deutschland und Frankreich noch Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

Sechs Jahre später, 1957, unterzeichnen die gleichen Staaten die „Römischen Verträge“. Die Zusammenarbeit wird dadurch auf die Gemeinsame Agrarpolitik, Außenhandel, Wettbewerbsrecht und Verkehrswesen ausgeweitet (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG), sowie die Europäische Atomgemeinschaft Euratom gegründet.

1967 werden EWG, EGKS und Euratom unter dem Dach der Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengefasst.

1973 erfolgt die erste Erweiterung der EG, Großbritannien, Irland und Dänemark treten bei. Ursprünglich war auch der Beitritt Norwegens geplant, dort jedoch stimmte das Volk in der entscheidenden Abstimmung dagegen.

In den Achtziger Jahren folgte die zweite, die sogenannte Süderweiterung: 1981 kam Griechenland hinzu, 1986 Spanien und Portugal. Diese ist mit größeren Spannungen verbunden. Auf Grund des Wohlstandsgefälles kommt es zu

¹ <http://www.paneuropa.org/de/geschichte.htm>

Befürchtungen, billige Arbeiter aus dem Süden könnten die Arbeitsmärkte der bisherigen EG-Mitglieder stürmen, und deren Bürgern die Arbeitsplätze streitig machen.

Wenige Jahre später kommt es zur „Kalten Erweiterung“: nach der Vereinigung Deutschlands 1990 werden auch die neuen Bundesländer Teil der Europäischen Gemeinschaft.

Mit der Unterzeichnung der Verträge von Maastricht 1992 wurde die Gemeinschaft zur Europäischen Union.

1995 treten erstmals neutrale Staaten der Europäischen Union bei: Schweden, Finnland und eben auch Österreich. In Österreich ist dafür eine Volksabstimmung nötig, die Österreicher entscheiden sich 1994 mit 66,6 Prozent für einen Beitritt. Die hohe Wahlbeteiligung von 82 Prozent zeugt von der damals europafreundlichen Stimmung.

Am 1. Mai 2004 schließlich steigt der Big Bang: die im deutschsprachigen Raum so titulierte Osterweiterung, bei der mit Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien, sowie den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen acht Länder des ehemaligen „Ostblocks“, ehemalige Sowjet-Staaten beitreten. Die Mittelmeerinseln Malta und Zypern werden mit gleichem Datum in die Europäische Union aufgenommen.

Mit 1. Jänner 2007 treten zwei weitere osteuropäische Staaten in die Union ein: mit Rumänien und Bulgarien sind es insgesamt 27 Mitgliedsstaaten, die die Europäische Union bis heute ausmachen.

Eine weitere Erweiterung der Union ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen: Kroatien wie auch die Türkei haben Beitrittsgesuche gestellt und wurden als Kandidaten anerkannt. Vor allem eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ist jedoch heftig umstritten, ein mögliches Beitrittsdatum kann für keinen der beiden Staaten abgesehen werden.

4. Diskursanalyse

Für den Begriff Diskurs gibt es keine allgemein gültige Definition. Unterschiedliche Disziplinen und Forschungsrichtungen, von der Linguistik bis zu Kulturwissenschaften, differieren in ihrer Verwendung des Terminus wesentlich.

Sehr allgemein gehalten kann man mit Keller von einer „*Forschungsperspektive* auf besondere, eben als Diskurse begriffene Forschungsgegenstände“² sprechen. In den Sozialwissenschaften ist die Diskursanalyse ein beliebtes Instrument, um die Macht und Wirkung von Sprache in ihren verschiedenen Ausformungen aufzuzeigen.

Reiner Keller sieht vier für heute gebrauchte Diskursanalysen kennzeichnende Merkmale:

„Diskurstheorien und Diskursanalysen

- beschäftigen sich mit dem tatsächlichen Gebrauch von (geschriebener und gesprochener) Sprache und anderen Symbolformen in gesellschaftlichen Praktiken;
- betonen, dass im praktischen Zeichengebrauch der Bedeutungsgehalt von Phänomenen sozial konstruiert und diese damit in ihrer gesellschaftlichen Realität konstruiert werden;
- unterstellen, dass sich einzelne Interpretationsangebote als Teil einer umfassenderen Diskursstruktur verstehen lassen, die vorübergehend durch spezifische institutionell-organisatorische Kontexte erzeugt und stabilisiert wird, und
- gehen davon aus, dass der Gebrauch symbolischer Ordnungen rekonstruierbaren Regeln des Deutens und Handelns unterliegt.“³

IV.1. Diskursanalyse im Sinne Foucaults

Gemeinsam ist den meisten aktuellen Diskursanalysen ihre Verwurzelung in den Theorien des französischen Philosophen Michel Foucault.

² Reiner Keller, „Diskursforschung“, Opladen 2004, S. 8.

³ Ebenda.

Eines der bleibenden Elemente seiner Werke ist der Bruch mit einer linearen Vorstellung von Geschichte, wie er ihn in seinem 1966 erschienenen Werk „Die Ordnung der Dinge“ vollzieht. Er verabschiedet sich von der Vorstellung, die Geschichte der Wissenschaft erreiche immer größere Erkenntnis, indem er den Epochen Renaissance, Aufklärung, Romantik und Moderne bestimmte Erkenntnisstrukturen (Episteme) zuordnet. Auf deren Basis sei Erkenntnis erst möglich – ähnlich wie nach Saussure auf Basis der langue erst Sprachäußerungen (parole) möglich werden.⁴

Foucault nähert sich einer Quelle nicht, wie viele Historiker bis dahin, indem er versucht daraus die Wahrheit zu ziehen, sie durch Interpretation herausfinden zu können. Diesen Anspruch auf die eine Wahrheit gibt Foucault auf, um vielmehr nach dem Zusammenhang der Quelle und ihrer Aussage zu ihrer historischen Zeit zu fragen.⁵ Seine Forschungsperspektive ist vielmehr eine konstruktivistische: Es gibt keine Eigenschaften, keine Aussagen einer Quelle außerhalb des historischen Diskurses.⁶

Foucaults Begriffsklärung des Diskurs bleibt vage, wandelt sich überdies in seinen Werken. Sie kann aber vielleicht gerade deswegen erfolgreich?

Landwehr fasst Foucaults Diskursbegriff wie folgt zusammen: „In Diskursen werden sprachliche und andere Praktiken organisiert und geregelt, wobei die entsprechenden Regeln rekonstruierbar sind. Diskurse sind nicht nur Hüllen, welche die ‚eigentlichen‘ Dinge umgeben, sondern sie bringen hervor, wovon sie handeln. Insofern sind sie wirkmächtig und wirklichkeitskonstitutiv.“⁷

Diese (konstitutive) Macht ist ein Faktor, der Foucault ebenfalls stark beschäftigt, und der in der Rezeption seiner Ideen eine gewichtige Rolle spielt. Foucault erläutert den Zusammenhang von Wahrheit, Macht und Diskurs am Beispiel

⁴ Keller, Reiner: Diskursforschung. Opladen 2004, S. 16.

⁵ Vgl. Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse. Frankfurt am Main 2008, S. 68.

⁶ Keller, Reiner: Diskursforschung. Opladen 2004, S. 44.

⁷ Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse. Frankfurt am Main 2008, S. 78.

Gregor Mendels. Seine Theorien der Vererbungslehre sind im 20. Jahrhundert unumstritten – zu seiner Zeit wurden sie von Wissenschaftlern nicht anerkannt. Wenngleich Mendel daher eine „Wahrheit“ (im mindesten unserer Zeit) verkündete, befand er sich nicht ‚im Wahren‘ des biologischen Diskurses des 19. Jahrhunderts.⁸

Diskurse üben also Macht aus, in dem sie kontrollieren, was gesagt werden kann. Dabei kann das Verhältnis nicht einseitig betrachtet werden: Diskurse setzen Macht voraus und produzieren gleichzeitig Machtbeziehungen.⁹

IV.2. Kritische Diskursanalyse nach Jäger

Der deutsche Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger stützt sich bei seiner Version der Diskursanalyse, die er selbst als Kritische Diskursanalyse bezeichnet, auf die Tätigkeitstheorie A.N. Leontjews und die Foucault-Rezeption von Jürgen Link. Aus A.N. Leontjews Tätigkeitstheorie bezieht Jäger vor allem Anregungen für seine Definition eines Textes:

„Text ist

- das sprachlich gefaßte Ergebnis einer mehr oder minder komplexen individuellen *Tätigkeit* bzw. eines mehr oder minder komplexen (individuellen) *Denkens*,
- wobei dieser Text zum Zwecke der *Weitergabe* an andere (Kommunikation) oder an mich selbst (zu einem späteren Zeitpunkt) *produziert* wird.
- Voraussetzung zur Produktion eines Textes ist zudem das Vorhandensein von *Wissen* (Weltwissen, Wissenshorizont), das in einem Lernprozess zustandegekommen ist, den ein Mensch lernend und verstrickt in bestehende gesellschaftliche Diskurse, in einer bestimmten historischen Zeit absolviert hat und weiterhin absolviert.
- Hinzu kommt, daß die über Wissen verfügenden Menschen in einer bestimmten *konkreten Situation*, einem bestimmten *Bedürfnis* folgend
- und infolgedessen mit einem bestimmten *Motiv* ausgestattet,

⁸ Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse. Frankfurt am Main 2008, S. 73.

⁹ Ebenda, S. 74.

- dieses Wissen mit einer bestimmten Wirkung(s-Absicht), einem bestimmten *Ziel* gedanklich aus- und weiterverarbeitend,
- i.R. unter Beachtung der *Rezeptionsbedingungen* durch andere etc.
- und unter Zuhilfenahme bestimmter überlieferter (und konventionalisierter, i.R. unbewußt/routinisierte) *sprachlich/gedanklicher* Mittel (Syntax, Grammatik, Pragmatik, Lexikon als Werkzeuge bzw. Operationen), die sie zum Aufbau bestimmter zusammenhängender sprachlich-gedanklicher *Handlungen und Tätigkeiten* bzw. Themen brauchen, schriftlich oder mündlich Text(e) als Resultate ihrer (Sprech-/Denk-)Tätigkeit und somit auch nach Maßgabe eines bestimmten *Tätigkeitsziels* produzieren.“¹⁰

Dieser Text ist immer als Teil eines Ganzen, des Gesamtdiskurses, zu begreifen. Der Gesamtdiskurs besteht aus verschiedenen Diskurssträngen, Interdiskurs, Gegendiskurs, deren Bedeutung im Folgenden geklärt werden soll.

Für Jäger ist Diskurs im allgemeinen „Fluß von ‚Wissen‘ durch die Zeit“. Er begreift Diskurse als Orte, an denen eine historisch-diskursive Wahrheit nach gewissen Regeln konstruiert wird.¹¹

Diese Regeln sind je nach Art des Diskurses unterschiedlich, und können auch gebrochen werden – in den Printmedien würde das etwa bedeuten, gegen ein Tabu zu verstoßen und beispielsweise ohne Genehmigung Privates über das niederländische Königshaus zu veröffentlichen. Passieren dennoch Verstöße, so sind diese nach Jäger wiederum in diskursiven Schienen geleitet – und nehmen zum Beispiel den Charakter von Gegendiskursen an. Auch Gegendiskurse unterliegen bestimmten Regeln, und sind ihrerseits Teil des Diskurses. Sie können in bestimmten Fällen mit dem hegemonialen Diskurs um die Vorherrschaft ringen. Die Wirtschaftskammer Österreich etwa versucht einen Gegendiskurs zum hegemonialen Arbeitsmarkt-Überschwemmungsdiskurs zu etablieren, scheitert aber damit.

Konstituiert wird der Gesamtdiskurs weiters aus verschiedenen Spezialdiskursen und dem Interdiskurs, wie auf der folgenden Abbildung zu sehen ist.

¹⁰ Siegfried Jäger, „Kritische Diskursanalyse“, Duisburg 2001, S. 118f.

¹¹ Ebenda, S. 129.



Abbildung 1: Was ist der Diskurs? Quelle: Jäger, Kritische Diskursanalyse, S. 133.

Hier greift Jäger auf die Arbeiten Jürgen Links zurück. Spezialdiskurse entstammen demnach den verschiedenen Wissenschaften, während der Interdiskurs ein allgemein zugängliches Wissen transportiert, etwa aus Journalismus oder Populärwissenschaften.¹² Der Interdiskurs ist nicht-wissenschaftlicher Diskurs und unterscheidet sich von den Spezialdiskursen durch eine tendenziell schwächere Reglementierung.¹³

Ebenfalls auf Abb. 1. zu sehen sind diskursive Ereignisse – sie sind wesentliche Bestandteile und treiben Diskurse voran. Diskursive Ereignisse sind immer solche, die wahrgenommen werden und Diskussionen auslösen – der sprichwörtliche Baum, der umfällt, ohne dass ihn jemand hört oder sieht, wäre also beispielsweise kein diskursives Ereignis. Wenn dieser Baum jedoch Teil einer Rodung eines Regenwaldgebietes ist, und sein Fallen eine Kampagne von Umweltschützern auslöst, so haben wir ein diskursives Ereignis vor uns.

Die kleinste Einheit in Jägers Modell der Diskursanalyse bildet das Diskursfragment, ein Text – oder in den meisten Fällen ein Teil eines Textes – der sich einem bestimmten Thema widmet.¹⁴ Aus diesen Diskursfragmenten wiederum lassen sich Diskursstränge zusammenfassen, analog zur Definition des Diskurses

¹² Ebenda, S. 131.

¹³ Ebenda, S. 132.

¹⁴ Ebenda, S. 159.

als Wissensfluss wären diese nun „thematisch einheitliche Wissensflüsse durch die Zeit“¹⁵. Wichtig ist also wiederum die zeitliche Dimension – weder Diskurse noch Diskursstränge kommen aus dem Nichts, sie haben ihre Wurzeln in der Vergangenheit und enden auch nicht ohne weiteres, sondern haben eine natürlich nicht immer absehbare Zukunft.

Diskursstränge existieren allerdings nicht nur nebeneinander, immer wieder bilden sich Verschränkungen, indem sie sich gegenseitig untermauern oder beeinflussen.¹⁶ Eine Diskursverschränkung tritt oft in der Form auf, dass in einem Text verschiedene Diskursstränge repräsentiert sind – wenn etwa in einem Kommentar¹⁷ die Öffnung der Grenzen für Arbeitskräfte wirtschaftlich („wir brauchen gut ausgebildete, hoch motivierte Arbeitnehmer“) und kulturell („mehr kultureller Reichtum“) argumentiert wird.

Wird in einem Text ein Thema nur nebenbei erwähnt, so kann man dies als einen diskursiven Knoten ansehen, sozusagen eine leichte Form der Verschränkung mit dem entsprechenden im Text vorherrschenden Diskursstrang.¹⁸

Begibt man sich von der Ebene des Textes auf die Sprache der einzelnen Diskursfragmente, so wendet Jäger hier die von Jürgen Link entwickelte Theorie der Kollektivsymbolik an. Kollektivsymbole sind Teil eines Systems aus Bildern, Metaphern, Allegorien und Vergleichen, die der Gesellschaft eingebrannt sind, ihr kulturelles Wissen und Gedächtnis ausmachen.¹⁹ Diese von allen Mitgliedern leicht decodierbaren Symbole sind selbstverständlich nicht festgeschrieben, sondern verändern sich wie Gesellschaft und Diskurse sich permanent in Veränderung befinden.

Das besondere an Jägers „Kritischer Diskursanalyse“ ist, dass sie neben einer reinen Beschreibung der „gefundenen“ Diskurse den Anspruch stellt, diese kritisch, auch moralisch kritisch, zu beleuchten. „Das kritische Potential von

¹⁵ Ebenda, S. 160.

¹⁶ Ebenda, S. 160f.

¹⁷ Der Standard, 30. April 2004, „Frischer Wind aus dem Osten“, S. 24.

¹⁸ Siegfried Jäger, Kritische Diskursanalyse, Duisburg 2001, S. 167.

¹⁹ Ebenda, S. 133f.

Diskursanalyse kann sich [dabei aber] nicht auf eine spezifische Moral stützen.“²⁰
Die eine Moral gibt es nicht als universelle Moral, es gibt immer nur eine dem Diskurs innewohnende Moral – an der man als Forscher aber ebenso teil hat wie das beforschte Objekt. Jäger sieht die „Lösung des Problems darin, daß die jeweils konkret herrschende Moral zunächst mit den vorhandenen Vorstellungen über den allgemeinen Menschen, also mit dem allgemeinen Menschenbild konfrontiert wird. Sich bereits dabei ergebende Widersprüche könnten Anlaß zu Diskussionen und möglichen Revisionen geben und die Akzeptanz dieser Diskurse in Frage stellen.“²¹

Für die konkrete Analyse wurden nun Artikel aus Tageszeitungen von Jänner bis Juni 2004 herangezogen. Das bestimmende diskursive Ereignis dabei war der Beitritt der zehn neuen EU-Staaten am 1. Mai 2004. In dieser Zeitspanne tauchen kleinere diskursive Ereignisse auf, wie etwa die Wahlen zum Europäischen Parlament oder der Beschluss von Übergangsmaßnahmen im niederländischen Parlament.

Nach Sammlung des Materials wurde eine Strukturanalyse durchgeführt, das heißt die Texte chronologisch sowie nach Themen und Unterthemen geordnet. Dadurch konnte die Diskursposition der verschiedenen Zeitungen grob bestimmt werden. Markante Kollektivsymbole und Illustrationen wurden ebenfalls notiert.

Daraufhin wurden Haupt- und Unterthemen herausgefiltert, das bedeutet, Themen, denen in Zusammenhang mit der EU-Erweiterung viel Raum gegeben wurde, wurden sortiert und in Beziehung zueinander gestellt.

Eine Feinanalyse konnte nur bei den vier jeweils größten Tageszeitungen Österreichs (Krone, Kurier, Presse und Standard) und der Niederlande (Algemeen Dagblad, NRC Handelsblad, Telegraaf, Volkskrant) durchgeführt werden, während für die Strukturanalyse auch eine Auswertung der einiger Magazine herangezogen wurde.

²⁰ Ebenda, S. 229.

²¹ Ebenda, S. 230.

Die anschließende Interpretation der Ergebnisse zeigt, dass sich die Diskurse in vielen Punkten ähneln, trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen der Gesellschaften beider Länder.

5. Österreich

Für Österreich ist es die erste Erweiterung seit seinem Beitritt zur Europäischen Union, und dazu eine, von der das Land durch räumliche Nähe, aber auch durch wirtschaftliche und kulturelle Verflechtungen stark betroffen ist. Diese Bedeutung schlägt sich auch in den Diskursen der Massenmedien nieder.

Österreich hat mit vier der 2004 beitretenden Kandidaten (Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn) eine direkte Grenze, diese Länder waren ein Jahrhundert zuvor auch noch Kronländer der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, bevor Weltkriege und der Eiserne Vorhang sie abschnitten. Bereits zu Jahresbeginn wird in diversen Vorausschauen auf die größten Ereignisse der EU-Erweiterung Raum gegeben, auch in den Neujahrsansprachen von unter anderem Bundespräsident Thomas Klestil und Kardinal Christoph Schönborn nimmt sie eine zentrale Rolle ein.

Außerdem zeugen zahlreiche Extras, Beilagen und Sonderserien, die im ersten Halbjahr 2004 erscheinen, von großem Interesse zumindest der journalistischen Eliten an dem Thema. Etwa zwei Wochen vor dem 1. Mai werden dann in Kurier und Presse Kampagnen mit einem je nach Zeitung unterschiedlich gestalteten Symbol und dem Slogan „Noch ... Tage bis zur EU-Erweiterung“ lanciert.

Ein deutliches Zeichen für den Stellenwert der EU-Erweiterung ist die Zahl an Werbungen, die auf das Ereignis gemünzt sind. Vor allem die Banken benutzen solche Sujets, im Besonderen Erste Bank, Bank Austria und Raiffeisenbank, aber auch die Mobilkom oder Novomatic. Daneben gibt es Kampagnen der Regierung, der Wirtschafts- und der Arbeiterkammer, die auf die Erweiterung Bezug nehmen, ebenso wie die Nationalbank, die mit „Die EU wird größer – Europa wird stabiler“ die Erweiterung selbst bewirbt.

V.1. Wirtschaft

V.1.1. Arbeitsmarkt

Sehr früh und breit wird das Thema Arbeitsmarkt diskutiert; Österreich und Deutschland hatten sich ja während der Beitrittsverhandlungen das Recht auf bis zu siebenjährige Übergangsfristen am Arbeitsmarkt ausbedungen. Dem zu Grunde lag die Befürchtung, Arbeitskräfte aus den neuen EU-Staaten würden in so großen Zahlen nach Österreich bzw. Deutschland kommen, dass der nationale Arbeitsmarkt damit überfordert wäre, und Übergangsregeln für die gesellschaftliche Zustimmung zum Gesamtprojekt EU-Erweiterung notwendig wären.

Die Wortwahl im Diskurs unterstreicht die vermeintliche Bedrohung, meteorologische Begriffe wie „Überschwemmung, Zustrom“ mit oder von Arbeitskräften suggerieren etwas nicht Aufzuhaltendes.²² Die Flut ist eines der markantesten Kollektivsymbole, und wird nicht nur im Bereich der Arbeitsmigration, sondern auch im Asyldiskurs häufig eingesetzt. In Jürgen Links Schema ist sie dem Bereich „Aussen“ zuzuordnen.

Das Katastrophen-Bild setzt sich fest, quer durch alle Medien. Argumentationen dagegen bzw. gegen Übergangsfristen werden meist aus der Position des Angegriffenen, ex negativo, geführt.²³

Wenn etwa der Kurier titelt „Tröpfchen statt Flut“²⁴, im Standard die „Gefahr, von billigen Arbeitskräften regelrecht überschwemmt zu werden, von Experten stark relativiert“²⁵ wird oder die Presse Erste-Bank Chef Treichl mit „Die Ängste vor einem Zustrom von Arbeitskräften nach Österreich sei(!) unbegründet“²⁶ zitiert – immer wieder wird die Metapher wiederholt und kann sich so im Gedächtnis in Verbindung mit der Erweiterung einprägen.

²² Vgl. Christa Baldauf, „Metapher und Kognition“, Frankfurt am Main 1997, S. 204.

²³ Vgl. Holger Münch, „Die Berichterstattung zur EU-Osterweiterung in der deutschen Presse“, Opladen 2003, S. 66.

²⁴ Kurier, 13. Februar 2004, „Migration aus dem Osten: Tröpfchen statt Flut“, S. 20.

²⁵ Der Standard, 30. April 2004, „Friedensprojekt mit offenen Fragen“, S. 2.

²⁶ Die Presse, 17. April 2004, „Erste-Chef Treichl: ‚Arbeitsmarkt sofort freigeben‘“, S. 8.

Nach einzelnen Artikeln davor setzt ein erster Diskurs im Februar ein, als die Regierung die Übergangsfristen diskutiert und Ende Februar im Ministerrat beschließt. Ein zweiter Schwerpunkt der Diskussion liegt im April, Anfang Mai ist bereits ein deutlicher Rückgang festzustellen, nur vereinzelte Diskursfragmente finden sich im Juni.

Als Kommunikatoren treten zunächst vor allem Gewerkschaft und Arbeiterkammer in Erscheinung, die Übergangsfristen bzw. Maßnahmen zum Schutz des Arbeitsmarktes und Verringerung der Arbeitslosigkeit fordern, sowie Vertreter der Wirtschaft und der Wirtschaftskammer. Deutlich wird von Arbeitnehmerseite kommuniziert, dass die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit durch Arbeiter aus dem Osten noch weiter zunehmen könnte. So warnt etwa AK-Präsident Tumpel unter der Schlagzeile „AK: EU-Erweiterung belastet Arbeitsmarkt“²⁷ in der Krone vor „bis zu 70.000 Arbeitskräften aus den EU-Beitrittsstaaten bis 2006.“

„Das Lohngefälle zwischen Österreich und den Beitrittsländern beträgt nach wie vor 1:10 und trotz des leichten Aufschwunges rechnen wir im nächsten Jahr mit 10.000 neuen Arbeitslosen“²⁸ plädiert ÖGB-Vertreter Richard Leutner im Standard für ein striktes Einhalten der Übergangsfristen.

Wie als weitere Rechtfertigung erscheinen um den Zeitpunkt des Beschlusses der Übergangsfristen Berichte über immer mehr EU-Mitglieder, die nun auch solche Schutzmaßnahmen ergreifen. In der Presse liest sich das zum Beispiel so:

„Selbst Länder wie Spanien, Portugal und Griechenland, die wegen ihres relativ niedrigen Lohnniveaus und der großen Entfernung kaum mit einer Arbeitskräfte-Überschwemmung rechnen müssen, gehen auf Nummer sicher und nehmen die im Zuge der Beitrittsverhandlungen festgelegten Übergangsfristen in Anspruch.“²⁹

Der Beitrag impliziert die rhetorische Frage: Wieso sollte es Österreich, das viel näher liegt und ein größeres Risiko eingeht, dann nicht tun?

²⁷ Krone, 13. Jänner 2004, S. 5.

²⁸ Der Standard, „Türen zu im gemeinsamen Haus“, 24. Februar 2004, S. 2.

²⁹ Die Presse, 31. Jänner 2004, „Zuzug in die EU: Die neue Mauer“, S. 15.

Die Wirtschaftskammer steht hier ein wenig in der Defensive, wie eine Schlagzeile auf der Titelseite des Kurier verdeutlicht: „Viele arbeitslos, dennoch will Wirtschaft offene Grenzen“³⁰.

In Opposition zur Arbeiterkammer versucht die WKÖ ihre Gegenargumente im Diskurs zu etablieren – der Wirtschaft würden in Kürze sogar Arbeitskräfte, vor allem Facharbeiter, fehlen.

In den Diskurs der Qualitätsmedien aufgenommen werden auch laufend veröffentlichte Studien, die sich mit dem Einfluss der Erweiterung auf den Arbeitsmarkt Österreichs oder der EU-15 beschäftigen, sowie Interviews und Stellungnahmen von Experten und Wissenschaftlern. Gemeinsamer Tenor: „keine Jobgefahren“³¹. Tatsächlich kommen alle zu ähnlichen Ergebnissen, so sieht das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche „keine negativen Auswirkungen auf den westeuropäischen Arbeitsmarkt“³², das Wirtschaftsforschungsinstitut gibt ebenfalls Entwarnung und rechnet bei sofortiger Öffnung des Arbeitsmarktes mit einer Erhöhung der Arbeitslosenrate in Österreich um bis zu 0,2 Prozentpunkte pro Jahr.³³

Als Argument wird vor allem das geringe Migrationspotential angeführt, auch ohne Übergangsfristen werde es zu keinem „Migrationsdruck“ kommen.

„Es gibt nur eine sehr geringe Mobilität in den MOEL“³⁴, wird Ostexperte Peter Havlik diesbezüglich im Standard zitiert, Bevölkerungswissenschaftler Münz sieht in der Presse „keine erschreckend hohe Zahl“³⁵ an Auswanderungswilligen.

Als unterstreichendes Moment wird angeführt, dass trotz des Wohlstandsgefälles in den Beitrittsländern keine Massenbewegungen stattfinden.

„Die Wanderungsbereitschaft [ist] selbst innerhalb der Länder gering... Beispielsweise ziehen relativ wenige von der ‚armen‘ Ost-Slowakei in die boomende Region Bratislava.“³⁶

„Es ist schon schwer genug, jemanden von Ost- nach Westungarn zu locken.“³⁷

³⁰ Kurier, 23. Februar 2004, „Viele arbeitslos, dennoch will Wirtschaft offene Grenzen“, S. 1.

³¹ Der Standard, 22. April 2004, „DIW-Studie sieht keine Jobgefahren“, S. 23.

³² Der Standard, 13. Februar 2004, „Kein Druck auf Jobs durch EU-Kandidaten“, S. 19.

³³ Die Presse, 23. April 2004, „EU-Erweiterung: 0,1% mehr Arbeitslose“, S. 5.

³⁴ Der Standard, 5. April 2004, „EU-Beitritt bringt Enttäuschung“, S. 13.

³⁵ Die Presse, 25. Februar 2004, „EU: Beschränkung fördert Schwarzmarkt“, S. 7.

³⁶ Kurier, 13. Februar 2004, „Migration aus dem Osten: Tröpfchen statt Flut“, S. 20.

³⁷ Die Presse, 13. Februar 2004, „Viele Arbeitslose auch nach dem EU-Beitritt“, S. 12.

Die Risiken einer Migrationsbewegung liegen aber, so ein Argumentationsstrang, eher bei den Beitrittsländern selbst. Sie könnten durch die Abwanderung einen massiven Brain Drain erleiden. Den EU-Staaten wiederum entgingen qualifizierte Kräfte, weil speziell Wissenschaftler nach Amerika emigrieren könnten. Dabei bezieht man sich im Wesentlichen auf die Expertise des Hamburger Bevölkerungswissenschafters Rainer Münz.

„Die eingeschränkte Freizügigkeit am europäischen Arbeitsmarkt bringt Nachteile für EU und Beitrittsländer. Europa fördert damit die US-Wirtschaft, die heimische Forschung bleibt auf der Strecke. ... Weil die EU-Länder ihren Arbeitsmarkt für Migranten aus den Beitrittsländern über Jahre dichtgemacht haben, verlieren sie die Chance, hoch qualifizierte Kräfte zu engagieren.“³⁸

„Das bedeute ‚mehr Chancen als Risiken‘ für die heutige EU der 15, die sich eher auf eine Zuwanderung von Studenten als von Arbeitslosen einstellen müsse. Weit größer sei die Problematik für die Staaten, denen die Migranten verloren gingen. Hier bestehe Handlungsbedarf für die Regional- und Strukturpolitik der Europäischen Union.“³⁹

In Kurier, Presse und Standard bleibt diese Argumentation unwidersprochen, nicht so in der Krone. FP-Politiker Andreas Mölzer verteidigt in einer Kolumne die Übergangsfristen vehement:

„Dass die Verfechter der Zuwanderung, wie etwa der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz, lauthals warnen, dass die qualifizierten Kräfte in den Beitrittsländern dann halt nach Amerika auswandern würden, statt in die Alt-EU zu kommen, darf getrost überhört werden. Es kommen ja in den wenigsten Fällen ungarische Biochemiker, polnische Astro-Physiker oder tschechische Motoren-Konstrukteure. Der Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt findet bekanntlich bei den einkommensschwächsten Schichten statt. Bei den Hilfsarbeitern und angelernten Kräften, am Bau, im Fremdenverkehr, im Gastgewerbe. Und damit gilt es, gerade die sozial schwächsten Österreicher vor einem solchen Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zu schützen.“⁴⁰

Im Gegensatz zu Experten und Interessensvertretern werden Politiker zum Thema Übergangsfristen bzw. Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Arbeitsmarkt

³⁸ Der Standard, 28. Februar 2004, „Aus dem Braindrain wird kein Braingain“, S. 12.

³⁹ Die Presse, 27. Februar 2004, „Abwanderung bringt mehr Nachteile für neue Mitglieder“, S. 7.

⁴⁰ Krone, März 2004, „Die Übergangsfrist“, S. 14.

nur selten zitiert; wenn, so versuchen sie den Befürchtungen der Bevölkerung auf diesem Gebiet entgegen zu treten, unter anderem mit Hinweis auf die beschlossenen Übergangsregelungen.

Sehr skeptisch gibt sich die Krone, die am Tag der Erweiterung FP-Sozialminister Haupt zitiert: „Und die Sorgen über Billigst-Arbeitskräfte versuchte er mit dem Hinweis zu zerstreuen, dass ,ohnedies eine Übergangsfrist von sieben Jahren Arbeitnehmer, Klein- und Mittelbetriebe schützt.“⁴¹ Die Landeshauptmänner von Wien und Niederösterreich, Michael Häupl und Erwin Pröll, beschwichtigen im Kurier-Interview: „Die, die kommen wollten, sind schon längst da, zum Teil schon österreichische Staatsbürger.“⁴² Vorsichtiger der Landeschef des Burgenlands, Hans Niessl: er will den Arbeitsmarkt „ganz genau beobachten“.⁴³

Bundeskanzler Schüssel hingegen beteuert, die Erweiterung koste keine Arbeitsplätze, im Gegenteil, durch sie könnten 30.000 Jobs geschaffen werden.⁴⁴

Weiter unten im Presse-Interview bekräftigt jedoch auch der Kanzler vorhandene Ängste:

„Wenn wir den Arbeitsmarkt nicht durch eine siebenjährige Übergangsfrist schützen würden, hätten wir relativ schnell eine Migration, die ökonomische und soziale Nachteile bringen würde.“⁴⁵

„Es stimme zwar, dass in den vergangenen 15 Jahren Arbeitsplätze Richtung Osten verlagert wurden. „Aber per Saldo wurden dennoch 56.000 Arbeitsplätze geschaffen“⁴⁶, so auch Minister Bartenstein angesichts der Erweiterung zur Situation nach der Ostöffnung in der Presse, und auch im Kurier präsentiert eine Wifo-Studie 27.500 Jobs als Folge der Erweiterung.⁴⁷

Im Rahmen der Diskussion über Übergangsfristen werden von mehreren Seiten Befürchtungen bezüglich eines auflebenden Schwarzmarkts geäußert. Obwohl Bürger der neuen EU-Länder keine Arbeitsberechtigung in Österreich haben, gilt

⁴¹ Krone, 1. Mai 2004, S. 3.

⁴² Kurier, 21. April 2004, „Offensiv anpacken“, S. 3.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Die Presse, 30. April 2004, „Schüssel: Erweiterung bringt 30.000 Jobs“, S. 5, Krone, 6. Mai 2004, „Schlagabtausch im Parlament: EU-Erweiterung und Arbeitslose“, S. 2.

⁴⁵ Die Presse, 30. April 2004, „Schüssel: Erweiterung bringt 30.000 Jobs“, S. 5.

⁴⁶ Die Presse, 15. April 2004, „Arbeitsmarkt: Erweiterung brachte Arbeitsplätze“, S. 4.

⁴⁷ Kurier, 1. Juni 2004, „EU-neu bringt Österreich viele Jobs“, S. 19.

die Niederlassungsfreiheit für sie sofort. „Deren Aufenthalt wird mit dem 1. Mai legalisiert, nicht aber ihre Arbeit“⁴⁸, so Bevölkerungswissenschaftler Münz in der Presse. Und: die Übergangsfristen könnten so zu einer „Einladung auf den Schwarzmarkt“⁴⁹ werden, dieser „könnte mit 1. Mai richtig aufblühen“⁵⁰. „Mit der EU-Erweiterung könnten zusätzliche Schwarzarbeiter ins Land drängen, wird befürchtet“⁵¹, heißt es auch im Kurier.

Besonders Arbeiterkammer und Gewerkschaft rechnen mit Nachteilen für heimische Arbeitnehmer, etwa Lohndumping, unter anderem in der Tourismus-Branche. Am Bau wird vor allem ein vermehrtes Auftauchen von Scheinfirmen erwartet. So „könnten auf einer Baustelle künftig dreißig ‚Einzelunternehmer‘ aus Ungarn, Tschechien und Polen tätig sein“⁵² gibt AK-Präsident Tumpel zu bedenken. Daher werden strenge Kontrollen gefordert, wie auch „härtere Maßnahmen gegen Schwarzarbeit im Tourismus. Denn die neuen EU-Bürger können dann nicht mehr des Landes verwiesen werden.“⁵³ Letzteres spielt darauf an, dass bei der illegalen Arbeit in Österreich ertappte Bürger aus den neuen EU-Staaten ab Mai nicht mehr mit Aufenthaltsverboten belegt werden können.

Gegenteiliger Meinung ist die ÖVP-geführte Regierung, deren Meinung jedoch weniger prominent im Diskurs auftaucht. So meint etwa Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, er sehe „durch die EU-Erweiterung keine Gefahr, dass die Schwarzarbeit gesteigert wird.“⁵⁴ Durch die nunmehr automatische Arbeitsbewilligung von Angehörigen von in Österreich legal arbeitenden EU-Bürgern falle für diese „jetzt ein Grund für Schwarzarbeit weg“⁵⁵, was daher zu weniger Schwarzarbeit führen könne.

Keine allzu große Rolle spielen die Reaktionen der Beitrittsländer auf die Abschottung der Arbeitsmärkte. Rund um den Beschluss der Übergangsfristen wird über ihre Enttäuschung berichtet, bzw. über die Enttäuschung der Politiker

⁴⁸ Die Presse, 25. Februar 2004, „EU: Beschränkung fördert Schwarzmarkt“, S. 7.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Der Standard, 22. April 2004, „Schwarzarbeit blüht auf“, S. 23.

⁵¹ Kurier, 17. April 2004, „Schwarzarbeit: Keine Strafe für EU-Bürger“, S. 6.

⁵² Die Presse, 17. April 2004, „EU-Erweiterung: ‚Arbeitsmarkt unter Druck‘“, S. 8.

⁵³ Kurier, 22. April 2004, „Freude über viele Gäste aus Osteuropa“, S. 19.

⁵⁴ Die Presse, 17. April 2004, „EU-Erweiterung: ‚Arbeitsmarkt unter Druck‘“, S. 8.

⁵⁵ Ebenda.

aus diesen Ländern. Stellvertretend hier ein Zitat des slowakischen Außenministers Eduard Kukan:

"Wir betrachten die Einführung der weiteren Übergangsfristen für Arbeitnehmer aus Kandidaten-Ländern als unfair und nicht begründet."⁵⁶

In der Argumentation gegen die Arbeitsmarktbeschränkungen tun sich die Ungarn besonders hervor. Unbegründet seien diese daher, da:

„Österreich von Ungarn nichts ‚befürchten‘ müsse, da die Arbeitslosigkeit dort ohnehin nicht so hoch sei und auch in Ungarn selbst bereits Fachkräfte fehlten.“⁵⁷
„deren [der Ungarn, Anm.] Mentalität ‚gar nicht zu massenhafter Arbeitssuche im Ausland neigt. Außerdem hatten wir in den vergangenen Jahren nie eine so niedrige Arbeitslosenrate. Für Angst hat Wien keinen Grund.“⁵⁸

In Folge überlegen einige Beitrittsländer, mit ähnlichen Maßnahmen zurückzuschlagen, was von österreichischen Medien allerdings nicht allzu ernst genommen wird.

„Politiker aus den EU-Neustaaten reagierten nicht nur mit Kritik, sondern auch ihrerseits mit der Ankündigung von Nadelstichen: So schloss der tschechische Premier Vladimír Špidla nicht aus, auch sein Land könnte Beschränkungen für Arbeitnehmer einführen. Gleiche Überlegungen hatten auch schon slowakische und ungarische Regierungsvertreter öffentlich angestellt.“⁵⁹

„[Tschechiens Arbeitsminister] Skromach hat eine Initiative gestartet, die verhindern soll, dass nach dem EU-Beitritt Deutsche oder Österreicher den Tschechen die Arbeitsplätze streitig machen. Das klingt etwas abenteuerlich angesichts der Tatsache, dass das erhebliche Lohngefälle wohl kaum einen Österreicher oder Deutschen auf die Idee brächten, in Tschechien zu malochen.“⁶⁰

Deutet schon die Bezeichnung „Nadelstich“ im Standard auf ein vielleicht lästiges, aber nicht allzu schmerzhaftes Phänomen hin, so tut die Presse die Idee, österreichische bzw. deutsche Arbeiter könnten den Wunsch verspüren, in Tschechien zu „malochen“, als absurd ab.

⁵⁶ Kurier, 12. Februar 2004, „Grenzen für Arbeitskräfte sollen in der EU offen bleiben“, S. 19.

⁵⁷ Der Standard, 27. Februar 2004, „Ungarn für EU-Freizügigkeit“, S. 5.

⁵⁸ Kurier, 18. Mai 2004, „Ungarn sollen sich als Gewinner fühlen“, S. 7.

⁵⁹ Der Standard, 24. Februar 2004, „Enttäuschung in den Beitrittsländern“, S. 2.

⁶⁰ Die Presse, 9. Jänner 2004, „Konflikt: Arbeitsgenehmigung für Österreicher“, S. 12.

Hervorgehoben wird der Ärger über die Täuschung: außer Österreich und Deutschland hatten alle EU-Mitglieder freien Personenverkehr auch auf dem Arbeitsmarkt zugesichert und dieses Versprechen dann gebrochen.

„‘Einige Staaten hatten ein Gentlemen's Agreement angeboten‘, erinnerte sich am Montag in Brüssel ein hoher EU-Diplomat aus einem der Beitrittsländer. Jetzt wollten sie nichts mehr davon wissen: ‚So etwas tun Gentlemen normalerweise nicht‘, bringt er die Frustration bei den Neuen auf einen Nenner.“⁶¹

In Österreich hingegen wird dies – ausgesprochen oder nicht – als Bestätigung und auch Rechtfertigung für die Entscheidung für Übergangsregeln gesehen.

„Österreichs Außenministerin Benita Ferrero-Waldner verteidigte die Arbeitsmarkt-Beschränkungen und freute sich, dass fast alle EU-Länder dem deutsch-österreichischen Beispiel folgten.“⁶²

In Kolumnen und Kommentaren wird in Kurier, Presse und Standard überwiegend gegen Übergangsfristen Stellung genommen. Wesentlich beruft man sich auch hier auf die geringe Mobilität und wirtschaftliche Entbehrlichkeit, in den meinungsbetonten Formen nun pointierter formuliert als in der faktenorientierten Berichterstattung:

„Dass ab Mai die große Welle von Billigarbeitskräften die alten EU-Länder überschwemmen könnte, ist ein Märchen.“⁶³

„Auch die beschworene Migrationswelle ist weit und breit nicht in Sicht. Dazu fehlt es in den Beitrittsländern an Mobilität.“⁶⁴

„Die Ängste der Gewerkschaften, die deshalb auf Abschottung des Arbeitsmarktes gedrängt haben, sind zwar verständlich, sachlich gerechtfertigt sind sie nicht.“⁶⁵

Als unfair wird gewertet, dass die neuen EU-Bürger zwar als Touristen willkommen sind, man sie als Arbeitskräfte aber nicht zulassen möchte.

⁶¹ Der Standard, 24. Februar 2004, „Enttäuschung in den Beitrittsländern“, S. 2.

⁶² Die Presse, 24. Februar 2004, „Arbeitsmarkt: Beitrittsländer verärgert“, S. 11.

⁶³ Kurier, 13. Februar 2004, „Geschlossener Club“, S. 18.

⁶⁴ Der Standard, 24. Februar 2004, „Kein Willkommensgruß in der EU“, S. 28.

⁶⁵ Kurier, 22. April 2004, „Draußen vor der Tür“, S. 19.

„Der Closed Shop wird auf Dauer den Neuen nicht erklären können, dass man zwar ihre Märkte will und ihre Bürger als Touristen willkommen sind, ihre Arbeitskräfte aber gefälligst draußen vor der Tür bleiben sollen.“⁶⁶

„Dabei ist derzeit in den tschechischen, slowakischen oder ungarischen Medien kaum etwas vom Urlaubsland Österreich zu lesen. Da geht es um Übergangsbestimmungen, um Arbeitsmarkt-Abschottung. Da wird den neuen EU-Bürgern erklärt, dass man sie vorerst in den alten EU-Ländern am liebsten nicht sehen möchte.“⁶⁷

Vereinzelte wird in Kommentaren auch der Vergleich zur sogenannten Süderweiterung der EU in den 1980ern gezogen:

„Ob allerdings die Ängste vor Lohndumping, Jobkonkurrenz und Billigbiestern aus dem Osten auch in Wirklichkeit berechtigt sind, steht auf einem anderen Blatt. Auch bei der letzten Süderweiterung der Gemeinschaft 1986 sahen viele schon Scharen von portugiesischen oder spanischen Arbeitsuchenden nach Norden drängen. Die Welle blieb aus.“⁶⁸

Im Gegenteil, so wird argumentiert, man füge der österreichischen Wirtschaft Schaden zu, die auf Potential aus dem Osten zurückgreifen könnte.

„Wenn Österreich seinen Arbeitsmarkt erst 2011 öffnet, wird es zu spät sein. Dann werden die der deutschen Sprache mächtigen, gut ausgebildeten und mobilen jungen Leute aus den Beitrittsstaaten längst in anderen Ländern arbeiten. Die jetzige Schutzklausel, vor allem von einer chronisch fremdenfeindlichen FP gewünscht, ist daher auch aus wirtschaftlichen Gründen kurzsichtig. Sie bringt langfristig mehr Schaden, als derzeit – mit zweifelhaften Argumenten – an Nutzen behauptet wird.“⁶⁹

„Zehntausende hoch motivierte, unternehmerische und veränderungsfreudige junge Osteuropäer zieht es in den Westen, um sich fortzubilden oder zu arbeiten ... Ihr Wissen, gepaart mit Bescheidenheit und Zukunftsglauben, bringt die Dynamik, die das alte Europa dringend braucht.“⁷⁰

Während hier jedoch auf hochqualifiziertes Personal Bezug genommen wird, richten sich die Ängste der Bevölkerung auf die Gruppe der (Hilfs)Arbeiter, die

⁶⁶ Kurier, 13. Februar 2004, „Geschlossener Club“, S. 18.

⁶⁷ Die Presse, 26. April 2004, „Frust auf Österreich“, S. 34.

⁶⁸ Der Standard, 24. Februar 2004, „Kein Willkommensgruß in der EU“, S. 28.

⁶⁹ Kurier, 25. März 2004, „Der enge Horizont“, S. 17.

⁷⁰ Der Standard, 30. April 2004, „Frischer Wind aus dem Osten“, S. 24.

einfache Arbeiten möglicherweise zu geringeren Löhnen verrichten und somit die „kleinen Leute“ in Österreich um ihren Job bringen könnten.

In den wenigen Kommentaren bzw. Kolumnen in der Krone allerdings wird die Gefahr der Grenzöffnung für Arbeitsuchende recht drastisch heraufbeschworen. Kolumnist Günther Nenning äußert außerdem Zweifel an der Wirksamkeit der Übergangsfristen:

„Die billigeren Arbeitskräfte strömen herein und verdrängen die teureren. Angeblich gibt's dagegen schützende Maßnahmen. Ob sie wirken, wern ma sehn. Ich glaub's nicht.“⁷¹

Mit diesen und ähnlichen Diskursfragmenten trägt die Krone zur Verunsicherung der Bevölkerung bei, unterstützt durch bildliche Darstellungen: so wird in einer Karikatur der traditionelle Maiaufmarsch dem der Arbeiter aus den neuen EU-Staaten gegenüber gestellt: diese sind natürlich wesentlich zahlreicher erschienen.⁷²

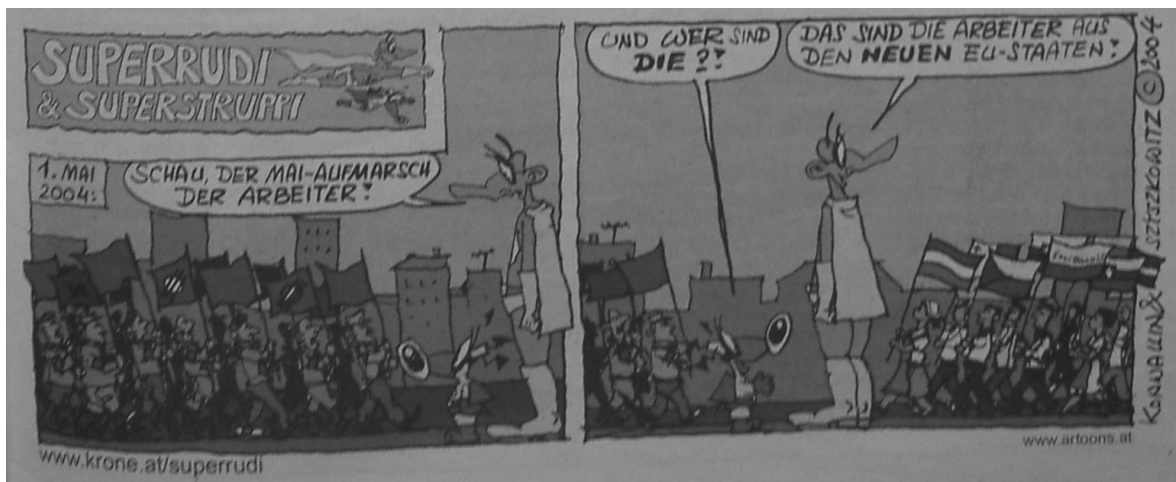


Abbildung 2: Karikatur in der Krone Quelle: Krone, 3. Mai 2004, S. 15.

Eine besondere Rolle spielen hier auch die zum Thema veröffentlichten Leserbriefe, in denen ebenfalls Bilder von zuziehenden Arbeitern transportiert werden:

⁷¹ Krone, 11. Februar 2004, „Kriminal-Europa“, S. 4.

⁷² Krone, 3. Mai 2004, S. 15.

„Die Arbeitslosigkeit kann also nur steigen, durch das Hereinströmen von Hunderttausenden Billiglohn-Arbeitern aus dem Osten.

Die ‚Pro-Erweiterer‘ wenden dann gleich die Beruhigungsspielle ‚Übergangsfristen‘ ein, obwohl man längst weiß, wie leicht es die jetzt noch ‚Illegalen‘ schon haben.“⁷³

„Wenn man bedenkt, dass diese zehn alle Geldempfänger sein werden, dass ein Abwandern von Betrieben einerseits und ein Zuzug fremder Arbeitskräfte aus diesen Ländern andererseits den Verlust von noch mehr heimischen Arbeitsplätzen bedeutet ... frage ich mich, was es hier zu feiern gab!“⁷⁴

Betrachtet man den Diskurs in Kurier, Presse und Standard, so müsste man eigentlich zur Überzeugung gelangen, die Ängste in Bezug auf Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten seien völlig unbegründet und eher einer seltsamen Hysterie zu verdanken als auf Fakten gestützt, und eigentlich spreche mehr gegen die Einführung von Übergangsregeln als dagegen. Die Zielgruppe vor allem der Qualitätszeitungen Presse und Standard hat jedoch auch wenig zu befürchten, es sind typischerweise höher gebildete Leser, die aufgrund ihrer Qualifikationen keine Verdrängung am Arbeitsmarkt erwartet.

Es scheint aber eine deutliche Kluft zu geben zwischen zum Thema Arbeitsmarkt veröffentlichten Studien und Expertenmeinungen bzw. auch den veröffentlichten Meinungen der politischen und wirtschaftlichen Eliten und der Meinung des „Durchschnittsösterreichers“. Interessant wäre ergänzend eine Analyse der Alltagsdiskurse in der Bevölkerung – hier sollen zwei Ergebnisse von Studien zu diesem Thema einen Einblick geben:

In einer vom Kurier in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage etwa erwarten 52 Prozent der Befragten Nachteile, 29 Prozent antworten auf die Frage „Welche Nachteile erwarten Sie sich persönlich?“ mit „höhere Arbeitslosigkeit“, elf Prozent erwarten „Mehr Ausländer/Einwanderer“.⁷⁵

Auch im Flash-Eurobarometer vom März 2003 meinten 51 Prozent der Österreicher, die Erweiterung werde in Österreich zu einer höheren

⁷³ Krone, 29. April 2004, „EU-Erweiterung“, S. 34.

⁷⁴ Krone, 4. Mai 2004, „Das freie Wort“, S. 33.

⁷⁵ Kurier, 14. März 2004, „EU-Erweiterung: Skepsis und Angst überwiegen“, S. 12.

Arbeitslosigkeit führen – insbesondere Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und Arbeiter bzw. Beschäftigungslose.⁷⁶

Man kann also durchaus davon sprechen, dass hier zwei Diskursstränge um die Vorherrschaft kämpfen: einerseits jener rund um Bilder von Flut und Katastrophen, der die Befürchtungen und Ängste der Österreicherinnen und Österreicher, vor allem der bildungsfernen Schichten, transportiert. Andererseits ein gesetzterer, der diese „Flut“ wie der Kurier bildlich zu „Tröpfchen“ werden lassen will, in weiterer Folge eher noch zu willkommenem Niederschlag, sprich notwendigem Zustrom am Arbeitsmarkt.

V.1.2. „Österreich profitiert...“⁷⁷ – Die Wirtschaft macht Gewinne.

Im Gegensatz zum Arbeitsmarkt herrscht im restlichen wirtschaftlichen Diskurs ein positiver Grundtenor. Es steht außer Frage, dass die Erweiterung für Österreichs Wirtschaft als Gesamtes eine Erfolgsgeschichte darstellt. „Österreich wird größter Gewinner sein“⁷⁸, „Ost-Eldorados ohne Grenzen“⁷⁹, „Österreich hat das meiste von der EU-Erweiterung“⁸⁰, „Österreich – ein Hauptgewinner der Erweiterung“⁸¹ – so euphorisch lauten teils die Schlagzeilen. Ganz allgemein wird erwartet, von der wirtschaftlichen Steigerung der Beitrittsländer profitieren zu können.

Tendenziell wird dabei Österreich mit der österreichischen Wirtschaft gleichgesetzt, um so jedem Einzelnen das Gefühl zu geben, auch er könne davon profitieren.

Wenn WKÖ-Präsident Leitl in der Krone versichert, „Die EU-Erweiterung wird uns 2004 die Chance geben, am wirtschaftlichen Aufschwung unserer Nachbarn teil zu haben.“⁸², so soll das „uns“ vom Leser ebenfalls als nicht allein auf die Wirtschaft bezogen, sondern als ihn mit einschließend verstanden werden. Im gleichen Sinne

⁷⁶ Flash EB, „Enlargement of the European Union“, S. 69.

⁷⁷ Kurier, 23. April 2004, „Österreich profitiert, aber manche Branchen sind gefährdet“, S. 22.

⁷⁸ Die Presse, 8. April 2004, „Erweiterung: Österreich wird größter Gewinner sein“

⁷⁹ Der Standard, 11. März 2004, „Ost-Eldorados ohne Grenzen“, S. 19.

⁸⁰ Kurier, 23. April 2004, „Österreich profitiert, aber manche Branchen sind gefährdet“, S. 22.

⁸¹ Die Presse, 22. April 2004, „Österreich – ein Hauptgewinner der Erweiterung“, S. 1.

⁸² Krone, 4-12. Jänner 2004, „Zusammenhalten sichert Erfolg“, S. 4.

antwortet BK Schüssel im Presse-Interview auf die Frage „Wo wird Österreich profitieren?“ mit einem persönlichen „Wir profitieren wirtschaftlich.“⁸³

Von Personen aus Wirtschaft und Politik, die die Erweiterung propagieren wollen, werden die persönlichen Pronomen „wir“ und „uns“ im Hinblick auf zu lukrierende Vorteile oft verwendet, in der Krone geschieht dies gelegentlich auch im redaktionellen Text.

„So sagt der Leiter der Export- und Investitionspolitik, Alexander Schekulin: „Unsere Betriebe liegen gut im Rennen, da sie einen Startvorteil durch die Nähe zu Osteuropa hatten und die Region gut kennen.“⁸⁴

„‘Wenn sich die EU-Beitrittsstaaten entwickeln, dann profitieren davon auch unsere Firmen aufgrund der dort erzielten höheren Gewinne‘ erklärt Christian Jauk, Mitglied des Kuratoriums für den heimischen Kapitalmarkt.“⁸⁵

„Stark sind wir dort [in Ungarn, Anm.] vor allem in der Bau(stoff)industrie (Strabag)...“⁸⁶

Primär geht es um Aktivitäten österreichischer Unternehmen in den Beitritts-, vor allem den Nachbarländern. Tatsächlich haben viele österreichische Firmen in den Jahren nach der Ostöffnung 1989 Investitionen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern getätigt und Niederlassungen gegründet. Im Banken- und Versicherungswesen dominieren österreichische Marken die Märkte der Nachbarländer, auch die großen Bauhandels- und Lebensmittelketten sind stark vertreten.

„Auch rot-weiß-rote Ketten wie Spar, bauMax, Humanic und Kika sind in Südosteuropa seit Jahren auf dem Vormarsch.“⁸⁷

„Insgesamt haben Handelsketten wie Spar, Kika/Leiner, Humanic, bauMax schon lange die Geldbörsen der neuen EU-Bürger in Visier. Alle großen Banken haben die Region mit ihren Filialnetzen überzogen, Austro-Versicherungen gehören zu den Platzhirschen.“⁸⁸

⁸³ Die Presse, 30. April 2004, „Schüssel: Erweiterung bringt 30.000 Jobs“, S. 5.

⁸⁴ Der Standard, 11. März 2004, „Ost-Eldorados ohne Grenzen“, S. 19.

⁸⁵ Krone, Ende Jänner 2004, „Was bedeutet Ostfantasie“, S.5.

⁸⁶ Krone, 18. April 2004, „Vorsprung ist weg“, S. 5.

⁸⁷ Kurier, 1. Mai 2004, „Chancen durch steigende Kaufkraft“, S. 23.

⁸⁸ Kurier, 25. Mai 2004, „Die positive Stimmung ist ein unglaublicher Motor“, S. 19.

„Tschechien etwa wurde zum wichtigsten Standort für österreichische Auslandsinvestitionen, dort gibt es schon 4000 Niederlassungen. Slowenien wiederum ist mit 700 € pro Kopf der wichtigste Abnehmer unserer Waren, und dort ist Österreich größter Investor.“⁸⁹

„Wie sehr die heimische Wirtschaft bereits von der Öffnung des Ostens und dem sich abzeichnenden EU-Beitritt profitiert hat, zeigen ein paar Fakten: Kein Land hat seit 2000 so hohe Exportsteigerungen in die mittel- und osteuropäischen Länder wie Österreich...“⁹⁰

„Schon jetzt ist Österreich unter den EU-Staaten Vorreiter bei Handelsbeziehungen mit den künftigen Mitgliedern in Mittel- und Osteuropa. Während Österreich nur einen Anteil von zwei Prozent der EU-Bevölkerung hat, tätigt es neun Prozent des Außenhandels mit den künftigen Mitgliedern und 13 Prozent der aus der EU stammenden Investitionen.“⁹¹

Diese Vorreiterrolle wird zur Pioniertat hochstilisiert, die Beitrittsländer im Osten werden zu nahezu abenteuerlichem Terrain.

„Österreichische Banken und österreichische Unternehmen waren Pioniere der Ostöffnung.“⁹²

„...junge Westeuropäer [zieht es] in den Osten, fasziniert von einem "Hier-geht-noch-was"-Gefühl dank weniger Bürokratie und mehr unternehmerischem Spielraum.“⁹³

„Seit mehr als einem Jahrzehnt werden die Handelsströme zwischen Österreich und den mittelosteuropäischen Nachbarn immer stärker. Pioniere verschiedenster Branchen fackelten nicht lange und bauten sich bei den Nachbarn neue Standbeine auf.“⁹⁴

„Herbert, you must be crazy“ zitiert der Kurier Bankfreunde des Interviewpartners Herbert Stepic, als dieser Anfang der 90er an Expansion in den Osten dachte. Vorgestellt wird er denn auch als „Ostpionier und Chef der RZB-Auslandsabteilung“⁹⁵, wie es in der Einleitung heißt.

⁸⁹ Krone, 9. März 2004, „Die neuen EU-Länder werden Heimmarkt“, S. 6.

⁹⁰ Krone, 11. April 2004, „Österreich profitiert vom Beitritt der ‚k.u.k.‘ Länder“, S. 6.

⁹¹ Der Standard, 9. März 2004, „Die Exportchance vor der Haustür“, S. 20.

⁹² Die Presse, 22. April 2004, „Vorreiter mit Startvorteil in Mitteleuropa“, S. IV.

⁹³ Der Standard, 30. April 2004, „Frischer Wind aus dem Osten“, S. 24.

⁹⁴ Kurier, 19. April 2004, „Pioniere auf Märkten Osteuropas“, S. 7.

⁹⁵ Kurier, 18. Jänner 2004, „Man nimmt sie mit dem Bauch“, S. 7.

Die Begriffe „Risikobereitschaft“ und „Reformländer“, wie sie Edith Stingl in ihrer Diskursanalyse der Zeitschrift News im Jahr 2002 in diesem Kontext häufig gefunden hat⁹⁶, werden 2004 jedoch nur mehr selten gebraucht – das Risiko gehört eher der Vergangenheit an. So berichtet Unternehmer Hans-Peter Spak aus seiner Anfangszeit im Osten Anfang der 90er Jahre: „Als ich anfang, hieß es von den Banken: sehr schwierig, sehr gefährlich, ui, ui, ui, ob das jemals gut gehen wird.“⁹⁷ Heute seien Geldmittel für die Expansion nach Osten leichter zu bekommen.

In den einzelnen Länderportraits in Krone und Kurier darf natürlich ebenfalls der Österreich-Bezug nicht fehlen. Vor allem bei der Krone machen die Verflechtungen mit Österreich gut die Hälfte der Berichterstattung über die wirtschaftliche Situation des jeweiligen Beitrittslandes aus. Alle großen im Land vertretenen Unternehmen werden gelistet. Aber auch im Kurier spielt das österreichische Engagement in der Serie eine Rolle, so werden österreichische Firmen und deren Niederlassungen im jeweils vorgestellten Beitrittsland präsentiert, wie z.B. „Greiner Verpackungen“ in Estland⁹⁸, oder besondere Geschäftsbeziehungen analysiert, wie die österreichischer Banken in Malta.⁹⁹

Eine im Diskurs gefundene Erklärung für den Erfolg in den Beitrittsländern beruht auf den historisch guten Beziehungen Österreichs vor allem zu den Nachbarn, die früher Kronländer der k.u.k. Monarchie waren.

„Österreich nimmt im Osten eine Vorreiterrolle ein, vor allem in jenen Staaten, die einmal zur ‚k.u.k.‘ Donaumonarchie gehört haben.“¹⁰⁰

„Wir können mit den Menschen dort aus historischen Gründen besser umgehen.“¹⁰¹

⁹⁶ Vgl. Edith Stingl, „Die EU-Osterweiterung im Spiegel der Medien – eine exemplarische Diskursanalyse anhand des Beispiels von NEWS. Diplomarbeit, Wien 2003, S. 93f.

⁹⁷ Kurier, 2. Jänner 2004, „Osterweiterung mit Ketchup“, S. 16.

⁹⁸ Kurier, 13. April 2004, „Firmengründung im Schnelltempo“, S. 6.

⁹⁹ Kurier, 16. April 2004, „Paradies für rotweißrote Banken“, S. 6.

¹⁰⁰ Krone, 11. April 2004, „Österreich profitiert vom Beitritt der ‚k.u.k.‘ Länder“, S. 6.

¹⁰¹ Krone, 1. Mai 2004, „Die Chance für Österreich“, S. 7.

„Nicht zuletzt wegen historischer Verwandtschaften Österreichs mit seinen Nachbarn hatten heimische Unternehmen weniger Berührungsängste und konnten sich so beachtliche Marktanteile erschließen.“¹⁰²

Das österreichische Engagement werde sich durch den EU-Beitritt der Nachbarländer nun verstärken, so die Experten, und durch die gute Konjunktur in diesen Ländern soll auch das Wachstum in Österreich angekurbelt werden.

„Laut dem jüngsten Konjunkturbericht der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werde die bevorstehende EU-Erweiterung dem Außenhandel Österreichs und den Investitionen einen neuen Impuls verleihen.“¹⁰³

„Belebende Impulse für die heimische Wirtschaft erwartet [ÖNB-Direktor] Zöllner von der EU-Erweiterung. „Die überwiegende Zahl der Unternehmen wird profitieren.“¹⁰⁴

„Die neuen EU-Länder werden Österreich einen weiteren Wachstumsschub bringen.“¹⁰⁵

Außerdem scheint nun die Zeit reif zu sein für Klein- und Mittelunternehmen, den Sprung über die Grenze zu wagen. Ganz allgemein oder auch sehr konkret:

„Außerdem erwartet der Wirtschaftsforscher [Jan Stankovsky vom WIFO, Anm.], dass jetzt Österreichs Klein- und Mittelbetriebe am Zug sind und ihre Chancen in den grenznahen Regionen wahrnehmen werden.“¹⁰⁶

„Der oberösterreichische Malermeister Otto Hirsch zum Beispiel ging vor Jahren über die tschechische Grenze, um dort preisgünstige Lieferanten zu finden. Heute hat er in mehreren Beitrittsländern eigene Firmen, in Polen entsteht gerade eine zweite.“¹⁰⁷

Unter anderem für diese KMUs eröffnet Niederösterreich Büros in den Nachbarländern, die bei der Expansion in diese Länder behilflich sein sollen. Diese NÖ-Offensive findet auch in den Medien Beachtung:

¹⁰² Kurier, 19. April 2004, „Pioniere auf Märkten Osteuropas“, S. 7.

¹⁰³ Die Presse, 20. Jänner 2004, „Studien: Erweiterung bringt Schub beim Wachstum“, S. 23.

¹⁰⁴ Kurier, 21. April 2004, „Österreich laboriert an Exportschwäche“, S. 21.

¹⁰⁵ Krone, 21. April 2004, „Österreich wettbewerbsfähig“, S. 5.

¹⁰⁶ Der Standard, 11. März 2004, „Ost-Eldorados ohne Grenzen“, S. 19.

¹⁰⁷ Die Presse, 22. April 2004, „Europas Osten ist der große Hoffungsmarkt“, S. V.

„Die neue Wirtschaftsagentur, die in Kooperation mit Raiffeisen entstanden ist, soll niederösterreichischen Unternehmen helfen, in Tschechien leichter Fuß zu fassen. Umgekehrt sollen tschechische Unternehmer bei einem wirtschaftlichen Engagement in Niederösterreich beraten werden. ... Das Land Niederösterreich hat sich daher entschlossen, aktiv an dem Prozess mitzuwirken. Neben dem Prager Büro wird es auch Außenstellen in Bratislava und Budapest geben.“¹⁰⁸

„Niederösterreich soll laut Landeshauptmann Erwin Pröll von der EU-Erweiterung stark profitieren. Deshalb wird eine Exportoffensive gestartet, die vom Land, der Entwicklungsagentur Eco Plus und der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien getragen wird. Ein Kernstück der Aktion ist die Eröffnung von Niederösterreich- Büros in Prag, Pressburg und Budapest.“¹⁰⁹

„Die Büroeröffnung markiere eine ‚Zäsur‘, betonte Pröll. Nach der langen ‚Phase der Verhandlungen‘ in Sachen EU-Erweiterung starte hiermit die ‚Phase der Umsetzung‘ von Wirtschaftskontakten; für Niederösterreich mit seinen langen Außengrenzen ‚die tief greifendste ökonomische Veränderung seit Ende des Zweiten Weltkrieges‘.“¹¹⁰

Trotz der allgemeinen Erfolgsmeldungen gibt es Stimmen, die davor warnen, dass noch immer zu wenig getan werde. Man müsse die Möglichkeiten, die sich dank der Erweiterung böten, intensiver verwerten. Diese Stimmen bleiben jedoch stark im Hintergrund. Die Presse präsentiert unter dem Titel „Studie: Zwölf Milliarden ungenutztes Marktpotenzial“¹¹¹, der Kurier mit „Top-Manager wenig informiert“¹¹² jeweils eine Befragung unter Führungskräften, bei der diese sich selbst bzw. ihre Firmen zu etwa zwei Drittel zu wenig vorbereitet bzw. informiert ansehen.

Immer wieder erscheinen auch Artikel, die darstellen, wie einzelne Branchen oder die Erweiterung aufnehmen, welche Chancen, aber auch Risiken sich dadurch für sie ergeben.

¹⁰⁸ Kurier, 31. Jänner 2004, „Niederösterreich eröffnet eigene Wirtschaftsagentur in Prag“, S. 20.

¹⁰⁹ Die Presse, 27. Jänner 2004, „Niederösterreich: Export-Offensive läuft an“, S.

¹¹⁰ Der Standard, 7. Februar 2004, „St. Pölten hat eine Botschafterin in Prag“, S. 11.

¹¹¹ Die Presse, 8. März 2004, „Studie: Zwölf Milliarden ungenutztes Marktpotenzial“, S. 13.

¹¹² Kurier, 22. April 2004, „Top-Manager wenig informiert“, S. 19.

Vor allem der Handel möchte aus der steigenden Kaufkraft der Verbraucher in den Beitrittsstaaten seinen Vorteil ziehen – durch Exporte wie auch durch „Einkaufstouristen“.

„Die Konsumenten werden nicht wie in Deutschland oder Österreich vom ‚Angstsparen‘ gebremst. Sie geben Geld für ihre steigenden Bedürfnisse aus und motivieren so die Betriebe zu steigenden Investitionen. Von dem wachsenden Konsumkuchen schneiden sich die österreichischen Investoren ein dickes Stück ab.“¹¹³

„Denn die zusätzlichen Investitionen produzieren über eine gesteigerte Kaufkraft wieder Konsumnachfrage. Und kein Land der EU ist so verflochten mit den Beitrittsländern wie Österreich.“¹¹⁴

„‘Die heimischen Händler können es gar nicht erwarten, bis die Grenzen endlich fallen.’ Es werde damit gerechnet, dass Konsumenten aus den Beitrittsländern die österreichischen Geschäfte stürmen werden.“¹¹⁵

„Die EU-Aufnahme wird zu einem Anstieg des Wohlstandes in den neuen Mitgliedsländern führen. Dadurch werden dort auch Kaufkraft und Nachfrage steigen. Die Erweiterung wird das Unionseinkommen in den nächsten zehn Jahren laut Bank Austria-Creditanstalt um rund 250 Milliarden Euro erhöhen. Nach Österreich werden davon etwa zehn Prozent fließen.“¹¹⁶

Erfolge einzelner Unternehmen veranschaulichen diese abstrakten Zahlen, vor allem in Krone und Kurier sind diese Berichte in lockerem Stil verfasst. Worte wie „Vollgas“, „aufmöbeln“, „erobern“ haben Föhrenfunktion, sie geben eine positive Dynamik wider bis hin zu einem Siegesgefühl.

„Kika – Vollgas in den Beitrittsländern“¹¹⁷, „Kika ‚möbelt‘ den Osten auf“¹¹⁸

„Berglandmilch erobert mit McDonald’s Beitrittsländer“¹¹⁹

„Wege der Erweiterung. Henkell & Söhnlein arbeitet sich kontinuierlich in Richtung Osten vor“¹²⁰

¹¹³ Kurier, 25. Mai 2004, „Westeuropa lahmt, Osten im Galopp“, S. 19.

¹¹⁴ Der Standard, 5. Februar 2004, „Investitionen befeuern Konjunkturmotor im Osten“, S. 17.

¹¹⁵ Die Presse, 2. April 2004, „Grenzenlose Shoppinglust“, S.24.

¹¹⁶ Die Presse, 8. April 2004, „Österreich wird größter Gewinner sein“, S. 7.

¹¹⁷ Kurier, 23. April 2004, „Kika – Vollgas in den Beitrittsländern“, S. 23.

¹¹⁸ Krone, 23. April 2004, „Kika ‚möbelt‘ den Osten auf“, S. 6.

¹¹⁹ Krone, 28. April 2004, „Berglandmilch erobert mit McDonald’s Beitrittsländer“, S. 5.

¹²⁰ Der Standard, 26. Juni 2004, „Wege der Erweiterung“, S. 12.

„Ost-Erweiterung mit Ketchup – Spak Feinkost, RZB und bof behaupten sich auch weit jenseits der Grenze“¹²¹

Interessant bei letzterem Artikel ist die amüsante Wendung am Schluss: da wird erklärt, dass es sich bei bof um eine slowenische Firma handelt – die bei ihrer „Osterweiterung“ nach Wien und Graz erfolgreich ist. Immerhin liegt die Hauptstadt Ljubljana westlich dieser österreichischen Städte.

Klare Hoffungsbranche ist auch der Tourismus, dem sich ebenfalls zahlreiche Artikel widmen. Man erwartet sowohl Urlauber als auch Business-Gäste.

„EU-Erweiterung beflügelt Österreichs Tourismus“¹²²

„EU-Erweiterung als Gästemagnet“¹²³

„Osttouristen sorgen für rasch steigende Nächtigungszahlen - Schon drei Millionen Übernachtungen in Österreich entfielen im Jahr 2003 auf die östlichen Nachbarn und künftigen EU-Mitglieder Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien und Polen. Dieser Trend wird sich nach dem Beitritt verstärken.“¹²⁴

„‘In den künftigen zehn EU-Mitgliedsländern warten 75 Millionen Einwohner darauf, im Ausland Ferien zu machen‘, so der Chef der Österreich Werbung Arthur Oberascher. Die häufig geäußerte Kritik, die Gäste aus Osteuropa seien Billigtouristen, ist laut Oberascher längst überholt. Die Tagesausgaben der Ungarn etwa lägen deutlich über jenen der inländischen Feriengäste.“¹²⁵

Auch Vertreter anderer Branchen melden sich – jedoch vereinzelt - zu Wort, so widmet die Presse etwa einer nach Polen expandierenden Rechtsanwaltskanzlei einen Bericht unter dem Titel „Expansion: Rechtsanwälte entdecken Polen“¹²⁶, und eine Consulting-Firma wird für den Artikel „Consulting: Berater hoffen auf Erweiterung. Österreichs Berater sehen sich besonders prädestiniert für Ost-Aufträge.“¹²⁷ herangezogen.

¹²¹ Kurier, 2. Jänner 2004, „Osterweiterung mit Ketchup“, S. 16.

¹²² Der Standard, 29. März 2004, „EU-Erweiterung beflügelt Österreichs Tourismus“, S. 1.

¹²³ Kurier, 30. April 2004, „EU-Erweiterung als Gästemagnet“, S. 16.

¹²⁴ Krone, 16. April 2004, „Osttouristen sorgen für rasch steigende Nächtigungszahlen“, S. 8.

¹²⁵ Die Presse, 14. April 2004, „Tourismus: 300.000 Gäste pro Jahr mehr aus Osteuropa“, S. 14.

¹²⁶ Die Presse, 10. März 2004, „Expansion: Rechtsanwälte entdecken Polen“, S. 21.

¹²⁷ Die Presse, 16. April 2004, „Berater hoffen auf Erweiterung“, S. 35.

Neben der Wirtschaft kann auch tatsächlich der einzelne Österreicher profitieren – oder zumindest davon träumen, an den Ostbörsen dank der „Ostfantasie“ Gewinne zu machen. Die Berichte klingen alle ähnlich positiv, und der Kurier widmet den Ostbörsen sogar eine ganze Serie.

„Osteuropas Börsen haben vom EU-Beitritt dieser Länder in wenigen Tagen bereits vorweg stark profitiert. Nach bereits gutem Vorjahr stiegen ungarische Aktien auch heuer um 28%, tschechische um 27%. Nur die Slowakei hinkt nach.“¹²⁸

„Die EU-Erweiterung wurde am Wochenende ausgiebig gefeiert - und an den Börsen wird die Party noch eine Zeitlang weitergehen. Auch wenn von Ostfantasie zuletzt bereits häufig die Rede war, sind Analysten überzeugt, dass dieses Phänomen die Kurse weiter steigen lassen wird.“¹²⁹

„Mit dem EU-Beitritt im Mai ist die Dynamik im Osten noch nicht ‚gelaufen‘ Das Währungsrisiko für Investoren ist hoch, und die Länder haben noch gewaltige Aufgaben vor sich. Die heimischen Fondsmanager sind trotzdem weiter sehr zuversichtlich für die großen Börsenplätze der Nachbarn.“¹³⁰

„Mit der EU-Erweiterung soll auch das Wachstum an den Börsen der Beitrittsländer einen neuen Schub erfahren. So dürfen etwa Gelder aus der ‚Zukunftsvorsorge‘ - die private Pensionssicherung mit staatlicher Prämie - in Aktien dieser Märkte fließen. Eine neue KURIER-Serie zeigt die Chancen an den Beitrittsbörsen auf.“¹³¹

V.1.3. „... aber manche Branchen sind gefährdet“¹³² – Nachteile und Konkurrenz für die österreichische Wirtschaft

Auch wenn der Kurier am 23. April groß mit der Schlagzeile aufmacht „Erweiterung der EU bringt viele Billig-Jobs in Gefahr“¹³³, so bleibt dieser Diskursstrang im Vergleich zum oben beschriebenen Profit-Diskurs sehr im

¹²⁸ Krone, 24. April 2004, „Hoffnungsvoller EU-Nachwuchs“, S. W4.

¹²⁹ Die Presse, 3. Mai 2004, „Ostfantasie gibt es weiterhin“, S.

¹³⁰ Der Standard, 11. März 2004, „Ostbörsen ziehen weiter Kapital an“, S. 15.

¹³¹ Kurier, 1. März 2004, „Die Börsen der Beitrittsländer“, S. 1.

¹³² Kurier, 23. April 2004, „Österreich profitiert, aber manche Branchen sind gefährdet“, S. 22.

¹³³ Kurier, 23. April 2004, „Erweiterung der EU bringt viele Billig-Jobs in Gefahr“, S. 1.

Hintergrund. Der Untertitel lautet denn auch gleich: „Österreich bleibt aber Hauptgewinner des ‚größeren Europa‘“.

Es finden sich Artikel, die nur Positives über die Folgen der Erweiterung für die österreichische Wirtschaft aussagen – im umgekehrten Fall findet sich auf Österreichs Wirtschaft im allgemeinen bezogen nicht einmal in der sehr kritischen Krone ein Bericht, der nur Negatives aussagt und die Chancen völlig verschweigt.

Ansonsten gibt es einige Branchen, auf die durch die Erweiterung schwierigere Bedingungen herrschen als davor. So zum Beispiel die Frächter:

„Von der Politik im Stich gelassen fühlen sich Österreichs Frächter und sehen sich nach der EU-Osterweiterung den Kräften des Marktes ungeschützt ausgeliefert.“¹³⁴

„‘Zehn bis 15 Prozent der Unternehmen werden es nicht schaffen‘, fürchtet Adolf Moser, Obmann des Fachverbandes Güterbeförderung in der Wirtschaftskammer. Der Grund: ‚Die heimischen Frächter sind eindeutig Verlierer der EU-Osterweiterung‘.“¹³⁵

Auch der Wegfall der Zölle bringt nicht für alle Unternehmen Vorteile – manche haben daran verdient:

„Die für andere internationale Firmen segensreiche EU-Erweiterung sei für Schenker zunächst "sehr schmerzhaft", gestand [Vorstandsvorsitzender] Wieland. Damit falle nämlich das bisher lukrative Zollgeschäft aus, bei dem sich Schenker dank guter Zollkontakte und Erfahrung eine starke Position gesichert hatte.“¹³⁶

Der Standard widmet einen „CrossOver“-Bericht den Fleischern, für die die Lage nicht ganz rosig aussieht, die aber dennoch auch Chancen in der Erweiterung sehen.

„‘Starke Bedenken‘ gab es vonseiten der Fleischer im nördlichen Niederösterreich angesichts der neuen Nachbarn, die per 1. Mai in die EU aufgenommen wurden, erzählt Adolf Matzek, stellvertretender Landesinnungsmeister der Fleischer mit Betrieb in Horn. ‚Aber die Konkurrenz geht vice versa.‘ Auch österreichische Betriebe fänden über der Grenze Chancen und Risiken.“¹³⁷

¹³⁴ Die Presse, 16. Juni 2004, „EU-Erweiterung: Frächter sehen sich als Verlierer“, S. 12.

¹³⁵ Kurier, 16. Juni 2004, „Frächter vor Pleitewelle“, S. 21.

¹³⁶ Die Presse, 25. Februar 2004, „Verkehr: Schenker expandiert in die Slowakei“, S. 15.

¹³⁷ Der Standard, 29. Mai 2004, „Qualitätsschub und Nischenpolitik“, S. 26.

Ambivalent bis kritisch wird die Situation der Landwirtschaft gesehen, im Fokus vor allem die Milchwirtschaft. Hier tut sich vor allem die Presse mit plakativen Schlagzeilen hervor: „Österreichs Milchwirtschaft zittert vor der EU-Erweiterung“¹³⁸, „Milch – großer Jammer im Osten“¹³⁹.

Insgesamt wird die Situation für die österreichischen Bauern als nicht so schlecht beschrieben, die Beitrittsländer stellen noch keine unmittelbare Konkurrenz dar – aus Qualitätsgründen, unter anderem, da die Molkereien die vorgeschriebenen Hygienestandards noch nicht erfüllen.

Negativ sehen die Autowerkstätten die Erweiterung – ein Abwandern der Kunden vor allem im Grenzgebiet wird befürchtet:

„Vor allem in Randbezirken sei die Konkurrenz der Autowerkstätten jenseits der Grenzen sehr groß. ‚Die Stundensätze liegen dort bei 20 bis 25 Euro‘, sagt Nagl [Landesinnungsmeister der KFZ-Techniker NÖs, Anm.]. Mit diesen Preisen können Österreicher nicht mithalten. Daher rechnet er mit einer weiteren Zunahme des Reparatur-Tourismus und mit einem Rückgang der Arbeitsplätze.“¹⁴⁰

„Spottpreise bei Reparaturen“ meint auch die Krone – die das Ganze allerdings mehr aus der Sicht der Konsumenten sieht: so sei „der Preisvorteil nicht wegzuleugnen“.¹⁴¹

Neben einer Reparatur des Autos ist auch der Autokauf im benachbarten dann EU-Ausland eine Überlegung wert, versprechen einige Artikel doch die Chance auf günstigere Preise:

„Gewaltige Unterschiede bei den Kfz-Preisen machen den Autokauf in Österreichs östlichen Nachbarländern attraktiv. Ein Rundruf der "Presse" bei slowakischen Autohändlern ergibt bei gängigen Modellen Preisvorteile von bis zu 25 Prozent. Dies wird sich auch so bald nicht ändern. Der Volkswagen-Konzern wird die Preise auch nach der Osterweiterung der EU im Mai nicht schlagartig anheben, erklärte Porsche Austria-Sprecher Hermann Becker. Andere Konzerne dagegen planen Preissteigerungen auf annähernd österreichisches Niveau.“¹⁴²

¹³⁸ Die Presse, 17. März 2004: „Österreichs Milchwirtschaft zittert vor der EU-Erweiterung“, S. 22.

¹³⁹ Die Presse, 24. März 2004, „Milch: Großer Jammer im Osten“, S. 20.

¹⁴⁰ Die Presse, 8. März 2004, „Kfz-Werkstätten auf der Verliererseite“, S. 17.

¹⁴¹ Krone, 2. März 2004, „Ostkonkurrenz für Autohändler“, S. 10.

¹⁴² Die Presse, 28. Jänner 2004, „Osteuropa: Autokäufer auf Schnäppchenjagd“, S. 1.

„Beim Kauf eines Neuwagens in Tschechien, Slowakei, Ungarn oder Slowenien sind je nach Automarke bis zu 19 Prozent günstigere Preise drinnen.“¹⁴³

Andere wiederum sehen den Kostenvorteil eher skeptisch:

„Fahrzeuge sind in den Beitrittsstaaten nicht immer günstiger“¹⁴⁴

„Der Preis ist also immer von der lokalen Nachfrage abhängig. Interessant ist dabei, hat der österreichische Branchendienstleister Eurotax festgestellt, dass Modelle von Marken wie Skoda oder Suzuki in jenen Ländern, in denen die Fahrzeuge hergestellt werden, also Tschechien und Ungarn, zuweilen teurer sind als in Österreich.“¹⁴⁵

„Die heimischen Händler und Importeure enttäuschen die Erwartung, dass ein Autokauf nach der EU-Osterweiterung im Mai deutlich billiger wird. Die Autofirmen Ford und VW erwarten einen Unterschied von zehn Prozent zwischen den Preisen für ein Auto in den benachbarten Ost-Staaten und Österreich.“¹⁴⁶

Fazit in der Presse Ende Juni: „Der große Verkaufsboom, den sich so mancher slowakische Autohändler von der EU-Erweiterung versprochen hat, ist - noch - nicht eingetreten.“¹⁴⁷ Also sieht die Situation für Österreich doch wieder nicht so schlecht aus.

Derartige Berichte zu negativen Folgen für österreichische Branchen und Betriebe bleiben aber in einzelne Diskursfragmente, ein durchgängiger Diskursstrang zu wirtschaftlichen Risiken entwickelt sich nicht.

V.1.4. „Jahrzehntelange Aufholjagd“¹⁴⁸ – Die Wirtschaft der Beitrittsländer

¹⁴³ Krone, 2. März 2004, „Ostkonkurrenz für Autohändler“, S. 10.

¹⁴⁴ Krone, 24. April 2004, „Auto-Kauf ab dem 1. Mai“, S. 46.

¹⁴⁵ Der Standard, 17. April 2004, „Kleinautos in Osteuropa billiger, größere nicht“, S. 23.

¹⁴⁶ Kurier, 7. Februar 2004, „Autos kosten in Osteuropa knapp weniger als in Österreich“, S. 19.

¹⁴⁷ Die Presse, 30. Juni 2004, „Automarkt Slowakei: Österreicher schauen sich um“, S.

¹⁴⁸ Krone, 23. April 2004, „Jahrzehntelange Aufholjagd“, S. 6.

Die Berichte über die Wirtschaft der Beitrittsländer fallen unterschiedlich aus. Einerseits – und vor allem im Zusammenhang mit Profiten österreichischer Unternehmen – wird das enorme Wachstum und Potential betont. Andererseits wird auch darauf hingewiesen, dass die Wirtschaft der Beitrittsländer noch lange nicht auf dem Niveau der EU-15 ist bzw. sein wird.

„Die EU-Beitrittsländer Estland und Slowenien schneiden in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schon jetzt besser ab als die Alt-Mitglieder Italien, Portugal und Griechenland. Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die Anfang der Woche vom Weltwirtschaftsforum in Genf veröffentlicht wurde.“¹⁴⁹

„Dass die EU-Erweiterung für die neuen Mitgliedsländer Vorteile bringt, ist klar. Der Weg Richtung Europa hat in allen Ländern das Wachstum beschleunigt. Die Analysten der Erste Bank etwa schätzen, dass sich in den Beitrittsländern die positive Wirtschaftsentwicklung des Vorjahres (2,8 Prozent) heuer (3,5 Prozent) und im kommenden Jahr (4,0 Prozent) fortsetzen wird.“¹⁵⁰

„Das Wirtschaftswachstum der neuen EU-Mitglieder beschleunigt sich, der Aufholprozess kommt voran. Das kräftigste Wachstum gibt es weiterhin in den "Tigerstaaten" getauften baltischen Ländern. Trotzdem liegt ein Gleichstand mit der "alten" EU in ferner Zukunft.“¹⁵¹

"Bei der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) je Einwohner liegen neun von zehn Regionen der EU-Beitrittsländer unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Die Bandbreite ist dabei allerdings enorm.“¹⁵²

„Die wirtschaftliche Aufholjagd der EU-Beitrittsländer wird mehrere Jahrzehnte dauern, so das Wifo. Das gilt auch, wenn das Wirtschaftswachstum dieser Länder über viele Jahre doppelt so hoch ist wie jenes der alten EU-15.“¹⁵³

Durch den EU-Beitritt geraten auch einige Branchen in den neuen Mitgliedern durch verstärkten Wettbewerb und neue EU-Vorschriften unter Druck:

„Der Gast [Ungarns Ministerpräsident Péter Medgyessy] verwahrte sich gegen die Darstellung, die Chancen lägen ausschließlich bei den Beitrittsländern, die Risiken hingegen bei den alten Mitgliedern. Auch in Ungarn sieht er gefährdete Bereiche -

¹⁴⁹ Die Presse, 27. April 2004, „Studie: Beitrittsländer wettbewerbsfähig“, S. 4.

¹⁵⁰ Die Presse, 20. Jänner 2004, „Erweiterung bringt Schub beim Wachstum“, S. 23.

¹⁵¹ Der Standard, 25. Mai 2004, „EU-Neulinge steigen aufs Gas“, S. 19.

¹⁵² Kurier, 19. Februar 2004, „Neun von zehn Regionen der Beitrittsländer schwach“, S. 17.

¹⁵³ Krone, 23. April 2004, „Jahrzehntelange Aufholjagd“, S. 6.

vor allem die in Teilen zu klein strukturierte Landwirtschaft und die Klein- und Mittelbetriebe, die mit dem europäischen Wettbewerb zu kämpfen haben.“¹⁵⁴

„Das Beispiel Tschechien zeigt deutlich, wie schwer die nächsten Jahre für die Nahrungsmittelindustrie in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern werden: Von insgesamt rund 13.000 Lebensmittelfirmen erfüllen gerade 4000 die hohen hygienischen EU-Standards. Von diesen hat Brüssel bislang nur 130 Betrieben jene Qualitätszertifikate zugestellt, die für den Export in die jetzigen EU-Länder notwendig sind. Eine Übergangsfrist bis Ende 2006 wurde 52 Nahrungsmittelbetrieben gewährt.

Der Rest wird wohl oder übel zusperren müssen - außer die Unternehmen können so viel investieren, um auf den EU-Stand zu kommen. Das glaubt aber niemand wirklich. Allein in Tschechien werden Investitionen von jährlich 500 Mill. Euro nötig sein, um die Lebensmittelwirtschaft auf Schiene zu bekommen.“¹⁵⁵

Mehr noch, der EU-Beitritt wird anders als von Vielen erwartet nicht unmittelbar zu einem weiteren Investitionsschub in den MOEL führen, wird Anfang Mai klargestellt.

„Entgegen einer weit verbreiteten Annahme werde die jüngste Erweiterung der EU zu keinem neuen Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen in den acht mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern führen. ... Die osteuropäischen Länder hätten großteils bereits im Vorfeld der Erweiterung Vorteile durch Investitionen erfahren. Zusätzliche positive Effekte dürften sich in Grenzen halten.“¹⁵⁶

„Entgegen der weit verbreiteten Annahme wird die nun vollzogene Erweiterung der EU zu keinem neuen Einstieg der ausländischen Direktinvestitionen in den acht mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern führen. ... Die osteuropäischen Länder hätten großteils bereits im Vorfeld der Erweiterung die Vorteile aus dem EU-Beitritt in Bezug auf Investitionen erfahren. Ein weiterer Grund für den Rückgang der Direktinvestitionen in den neuen EU-Ländern liege darin, dass sich die Vorbereitungen für den Beitritt gleichsam als "Anker" für wirtschaftsfreundlichen Reformen erwiesen haben. Die EU-Mitgliedschaft könnte nun laut Studie dazu führen, dass diese Disziplin in der Politik wieder schwindet. Zudem erfordere die Umsetzung der EU-Standards enorme Ausgaben, und viele Regeln im Zusammenhang mit der Europäischen Union reduzieren die wirtschaftliche Flexibilität der Länder. Die EU-Mitgliedschaft verbiete auch jede Form von Anreizen für Direktinvestitionen.“¹⁵⁷

¹⁵⁴ Kurier, 21. Februar 2004, „Der 1. Mai ist nicht das Ziel, sondern der Start“, S. 7.

¹⁵⁵ Die Presse, 7. Jänner 2004, „Osteuropäische Nahrungsmittelindustrie: EU-Standards bedeuten für viele das Aus“, S. 16.

¹⁵⁶ Der Standard, 4. Mai 2004, „Studie: Ende des Investitionsbooms in den neuen EU-Ländern“, S.

17.

¹⁵⁷ Kurier, 4. Mai 2004, „Gebremste Investitionen in neue EU“, S. 19.

„Der scharfe Investitionsrückgang zeige vielmehr, dass die ‚Beitrittsgeschichte‘ und deren positive Auswirkungen auf die neuen EU-Mitglieder so gut wie gelaufen – ‚Schnee von gestern‘ - sei. Die sich daraus ergebenden Risiken seien in den Empfängerländern noch nicht hinreichend erkannt worden. Nämlich: dass die "kostensensibelsten" Investitionen sich künftig Länder und Regionen mit noch günstigeren Anlagebedingungen aussuchten. Die Löhne in den neuen EU-Mitgliedsländern lägen zwar weiterhin deutlich unter dem Niveau Westeuropas, inzwischen jedoch höher als in den übrigen Ländern Osteuropas und den Schwellenländern Asiens. Vor allem Ungarn, Polen, Slowenien und die Slowakei würden künftig um ihre Investitionen kämpfen müssen.“¹⁵⁸

„Während viele positive Effekte bereits konsumiert sind, wird der EU-Beitritt zum 1. Mai den Neuen vor allem Preiserhöhungen bringen. Zusätzliche Wachstumsimpulse sind kurzfristig nicht zu erwarten, die große Arbeitslosigkeit wird endgültig zum Hauptproblem der EU. ...

Die Erneuerung der veralteten Wirtschaftsstrukturen hat zu höherem Output und enormen Produktivitätsgewinnen geführt. Aber weiterhin liegt die MOEL-Produktivität nur bei etwas mehr als der Hälfte der EU-15, womit anhaltende Arbeitslosigkeit durch weitere Effizienzsteigerung programmiert ist.“¹⁵⁹

Sachlich und wertfrei läuft zunächst die Diskussion darüber, wann die neuen Länder der Eurozone beitreten werden ab.

„Nur Litauen erfüllt schon jetzt die Kriterien. Bis 2007 könnten auch die anderen baltischen Staaten, Slowenien, die Slowakei und vielleicht auch Ungarn so weit sein, meint Josef Christl, Direktor der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). Er rät den EU-Beitrittsländern aber, sich nicht zu rasch auf den Weg in die Währungsunion zu machen. Ein Argument der OeNB: Wenn das eine oder andere Land noch Währungsabwertungen für die Anpassung der Wirtschaft braucht, dann sollte man diese Möglichkeit nicht frühzeitig aufgeben.“¹⁶⁰

„Am 1. Mai ist es soweit: Zehn mittel- und osteuropäische Länder werden der EU beitreten. Bis zur Einführung des Euro werden jedoch bei den meisten noch mehrere Jahre vergehen. Immerhin müssen die zehn Neuen, deren Wirtschaftskraft gegenwärtig etwa sechs Prozent des gesamten Eurolandes ausmacht, die Maastricht-Konvergenz-Kriterien erfüllen und so wirtschaftliche Stabilität beweisen. Hauptproblem der meisten Beitrittsländer ist die Staatsverschuldung“¹⁶¹

Schon kurz nach dem Beitritt werden die Neuen gerügt – wegen ihrer hohen Defizite, die gegen die Maastricht-Kriterien verstoßen, wird ein Verfahren wie

¹⁵⁸ Die Presse, 12. Mai 2004, „Studie: ‚Kollaps bei Auslandsinvestitionen‘“, S. 22.

¹⁵⁹ Der Standard, 5. April 2004, „EU-Beitritt bringt Enttäuschung“, S. 13.

¹⁶⁰ Kurier, 2. März 2004, „EU-Osterweiterung: Euro-Einführung behutsam angehen“, S. 17.

¹⁶¹ Die Presse, 22. März 2004, „EU: Estland und Zypern wollen Euro schon 2006“, S. 18.

schon zuvor gegen Deutschland und Frankreich eingeleitet. Strafmaßnahmen kann es für Nicht-Mitglieder der Währungsunion allerdings nicht geben.

„Zwölf Tage nach der Erweiterung hat die EU-Kommission gegen sechs der zehn neuen Mitgliedstaaten formell ein Verfahren wegen übermäßiger Defizite - mehr als drei Prozent vom jeweiligen Bruttoinlandsprodukt - eingeleitet. Nach Angaben von EU-Währungskommissar Joaquín Almunia wiesen Polen, Tschechien, Ungarn, die Slowakei, Malta und Zypern 2003 eine höhere Neuverschuldung auf, als nach dem Euro-Stabilitätspakt erlaubt. Da die Länder aber noch nicht zur Eurozone gehören, drohen ihnen keine Sanktionen.“¹⁶²

„Währungskommissar Joaquin Almunia will im Juni das Verfahren gegen die sechs Defizitsünder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Zypern und Malta eröffnen. Allerdings soll es dann nicht zur üblichen Auflage kommen, den Budgetabgang im Folgejahr unter drei Prozent zu drücken. Vielmehr beruft sich Almunia auf eine Ausnahmeregelung, die der Stabilitätspakt bei ‚speziellen Umständen‘ vorsieht.“¹⁶³

Insgesamt entsteht kein ganz klares Bild von der wirtschaftlichen Situation der Beitrittsländer. Einerseits ist ihr hohes Wachstum unbestritten, andererseits werden geringe Kaufkraft, niedrige Löhne, hohe Arbeitslosigkeit in einigen Staaten und insgesamt doch ein beachtlicher Rückstand der Wirtschaftsentwicklung vor allem in den Staaten Mittel- und Osteuropas diagnostiziert. Diese beiden Diskurse entfalten sich nebeneinander, ohne sich gegenseitig allzu sehr zu verschränken. Es scheint manchmal, als wäre der Boom der Wirtschaft gut genug, um dort Investitionen zu tätigen und Geschäfte zu machen, als wären es die dortigen Betriebe allerdings nicht wert, die Subventionen der EU zu erhalten, die eine Weiterentwicklung „aus eigener Kraft“ ermöglichen würden – da werden die Unternehmen der Beitrittsländer plötzlich zur unliebsamen Konkurrenz.

¹⁶² Der Standard, 13. Mai 2004, „Brüssel rügt Defizite der EU-Neulinge“, S. 27.

¹⁶³ Die Presse, 5. Mai 2004, „EU-Haushaltspolitik: Defizitverfahren auch für die Neuen“, S. 9.

V.2. Politik

V.2.1. „Babylonische Sprachverwirrung“¹⁶⁴ – Institutionen und Verwaltung in der EU der 25

Zehn neue Länder, das bedeutet mehr Kommissare, mehr Parlamentsabgeordnete, mehr Teilnehmer an den Ministerräten, mehr Sprachen, mehr Meinungen, mehr Einzelinteressen. Wie das alles bewältigen?

Im Jänner und Februar erscheinen die ersten Porträts der Kandidaten für die EU-Kommissare aus den neuen Ländern.¹⁶⁵ Anfang Mai sollen sie ihr Amt antreten, mit 1. November läuft ihr Mandat bereits wieder aus. Bis dahin sollen sie jeweils einen der bisherigen Kommissare begleiten, eigene Verantwortungsbereiche bekommen sie noch nicht. Die Krone ist die einzige Zeitung, die die neuen Kommissare völlig ignoriert.

Die Debatte um die neue Verfassung der Europäischen Union stellt einen eigenen Diskurs dar, in dem sich nur selten Verschränkungen zur Erweiterung finden. Kommentare, die die Situation der EU vor der Erweiterung zusammenfassen, beziehen sich auch auf die Probleme bei der Einigung auf eine Verfassung, ansonsten findet sich wenig. Die Presse berichtet, dass es mit dem In-Kraft-Treten des Vertrags von Nizza mit 1. Mai zu einem Machtverlust der großen EU-Länder und auch Österreichs kommen wird, da man sich nicht auf eine Verfassung verständigen konnte,¹⁶⁶ und der Kurier erklärt in einer Sonderbeilage zur EU-Wahl „Neue Spielregeln für eine Union der 25 und mehr“¹⁶⁷. In beiden Fällen wird jedoch nicht näher auf die Erweiterung eingegangen.

¹⁶⁴ Die Presse, 28. Februar 2004, „Babylonische Sprachverwirrung“, S. 10.

¹⁶⁵ Kurier, 10. Februar 2004, „Die zehn neuen: Ein Ex-Premier und viele ehemalige Minister“, S. 15, Die Presse, 14. Jänner 2004, „Zehn neue Kommissare auf Abruf“, Die Presse, 31. Jänner 2004, „Einzug in Brüssel: Fischler bekommt Kommissar beigestellt“, S. , Der Standard, 10. Jänner 2004, „Kandidatenkür der EU-Beitrittsländer“, S. 3, Der Standard, 10. Februar 2004, „Zehn neue EU-Kommissare“, S. 3.

¹⁶⁶ Die Presse, 16. April 2004, „Erweiterung: Machtverschiebung ab 1. Mai“, S. 10.

¹⁶⁷ Kurier, 18. April 2004, Sonderausgabe EU hat die Wahl, „Neue Spielregeln für eine Union der 25 und mehr“, S. 4-5.

Anklänge an die Verfassung und künftige Entscheidungsfindung in der EU finden sich in Kommentaren und Interviews:

„Vorwärts würde zum Beispiel bedeuten, die Strukturen ‚schlanker‘ zu machen, wie es neudeutsch so schön heißt - aber die Konflikte um Stimmrechte und Kommissare werden im klassisch schlechten Kompromiss durch Aufblähung gelöst.“¹⁶⁸

„Schon jetzt sind gemeinsame Entscheidungen in der Europäischen Union schwierig. Wie soll denn eine Union mit 25 Mitgliedern funktionieren?

Schüssel: Das hängt vom guten Willen und von der Disziplin der Teilnehmer ab. Wenn jeder zu jedem Mini-Thema Stellung nimmt, wird allein das Zeitbudget nicht ausreichen. Es ist richtig, Europa wird mehr Zeit für sich brauchen, auch mehr Kraft. Es werden sich die Spielregeln ändern müssen. Wir brauchen mehr Mehrheitsabstimmungen. Wir brauchen eine Konzentration auf das Wesentliche.“¹⁶⁹

Insgesamt werden Erweiterung und Verfassung zwar beide als Aufgaben der EU gesehen, jedoch nicht intensiv miteinander verknüpft.

Eine weitere Herausforderung, die sich mit der Erweiterung stellt, sind die zahlreichen Übersetzungen. Zwanzig Amtssprachen hat die erweiterte Union – wäre in Zypern die Vereinigung geglückt, wäre mit Türkisch noch eine hinzugekommen. Doch auch so gibt es theoretisch 380 Sprachkombinationen, die nur noch durch Zwischenübersetzungen bewältigbar sind. Die größten Probleme stellen dabei die baltischen Sprachen und Maltesisch dar – Malta hatte es neben Englisch als zweite Amtssprache durchgesetzt. Der Ausdruck „babylonische Sprachverwirrung“ wird in Presse und Standard mehrmals gebraucht, in der Krone spricht man von „Sprachenchaos“¹⁷⁰.

„Wenn Sie jemanden kennen, der von Maltesisch auf Finnisch übersetzt, lassen Sie es mich wissen“, scherzt der Chef der EU-Übersetzungsabteilung, Karl Johann Lönnroth, im Standard.¹⁷¹

Thematisiert wird auch der Einflussverlust des Französischen. Ein Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, bestimmte Dokumente nur mehr in den drei gängigsten

¹⁶⁸ Der Standard, 8. April 2004, „Die Eurosklerose geht wieder um“, S. 36.

¹⁶⁹ Die Presse, 30. April 2004, „Schüssel: Erweiterung bringt 30.000 Jobs“, S. 5.

¹⁷⁰ Krone, 25. April 2004, „Deutsch wird in der EU wichtiger“, S. 36.

¹⁷¹ Der Standard, 11. Juni 2004, „Eine babylonische Sprachverwirrung“, S. 11.

Sprachen Englisch, Deutsch und Französisch vorzulegen. Die Krone sieht dadurch eine Aufwertung des Deutschen, die Presse sieht das Englische auf dem Vormarsch:

„Das bringt für uns eine interessante Entwicklung: Deutsch wird in der EU an Bedeutung gewinnen! Denn die Abgeordneten der meisten neuen Länder, etwa Ungarn und Polen, können sehr gut Englisch und Deutsch. Französisch ist in den Oststaaten nicht gebräuchlich. Daher werden die neuen Länder lieber in Deutsch als in Französisch verhandeln!“¹⁷²

„Die EU-Erweiterung am 1. Mai wird das Übergewicht des Englischen unter den Eurokraten noch verstärken. Von den tausenden osteuropäischen Kandidaten, die sich für eine Stelle im Beamtendienst der EU beworben haben, haben 69 Prozent ihre Prüfung auf Englisch abgelegt, 18 Prozent auf Deutsch und nur 13 Prozent auf Französisch.“¹⁷³

Dem Artikel ist bereits ein kritischer Unterton anzumerken, noch mehr wird die EU-Bürokratie nach der Erweiterung kritisiert, als es tatsächlich zur Verzögerung von Gesetzgebungsverfahren kommt:

„Die größere Sprachenvielfalt führt sogar dazu, dass die Mühlen der Brüsseler Bürokratie noch langsamer mahlen als bisher: Nun musste der Beschluss von zwei wichtigen Richtlinien im Finanzbereich um sechs Monate verschoben werden, weil sie erst dann in alle Sprachen übersetzt sein werden.“¹⁷⁴

Vor allem neue Aufgaben in Verwaltung, steigende Bürokratie und nationale Einzelinteressen werden den EU-Mitgliedern vorgeworfen – alten wie neuen. Diese Probleme werden zwar unter anderem im Zusammenhang mit der Erweiterung diskutiert, jedoch nicht spezifisch als Erweiterungsfolge gesehen, sondern als Defizite der EU im Allgemeinen. Die einzelnen Blätter liegen hier im Wesentlichen auf einer Linie, nur die Krone macht einen Bogen um die meisten komplexeren Sachverhalte.

¹⁷² Krone, 25. April 2004, „Deutsch wird in der EU wichtiger“, S. 36.

¹⁷³ Die Presse, 28. Februar 2004, „Babylonische Sprachverwirrung“, S. 10.

¹⁷⁴ Die Presse, 29. Mai 2004, „Brüssel: Zwanzig Sprachen sind zu viel“, S. 10.

V.2.2. „50 Cent pro Kopf für mehr Europa“¹⁷⁵ – Die Kosten der Erweiterung

Im Februar 2004 legt die EU-Kommission den Finanzplan für die Jahre 2006 bis 2013 vor – und bereits davor sickert durch, dass die Ausgaben und somit die Mitgliedszahlungen steigen sollen. Österreich ist als Nettozahler besonders betroffen. Im Streit um die Finanzen spielen auch die Beihilfen an die neuen EU-Staaten eine Rolle.

Während Krone und Kurier ihre Berichterstattung zur EU-Finanzierung mit der Erweiterung verknüpfen, spielt in Presse und Standard der Posten Erweiterung in der EU-Budget-Debatte eine geringe Rolle. Österreichs Nettozahler-Dasein wird sehr wohl thematisiert, jedoch eher als Gegenposition zur EU-Kommission oder zu den Nettoempfängern der alten Mitgliedsstaaten wie Spanien und Portugal.

Gänzlich unaufgeregt berichtet die Presse:

„Der EU-Beitrag Österreichs wird laut den Berechnungen der Kommission durch die Erweiterung um 48,7 Millionen steigen. Das sind 0,022 Prozent mehr als die ohne die Aufnahme der neuen Mitglieder anfallenden 2,16 Milliarden Euro.“¹⁷⁶

In einem Standard-Kommentar wird die Budgeterhöhung diskutiert:

„Deutschland und Frankreich wünschen sich mehr EU-Außenpolitik, Österreich will mehr Geld für Grenzschutz und für grenzüberschreitende Verkehrsprojekte: Nur zahlen wollen deren Regierungen dafür nicht, ... Die Budget-Obergrenze, die die EU-15 selbst 1999 beschlossen hatten, dürfe auf keinen Fall ausgeschöpft werden. Bei diesem Widerspruch ist es aber kein Wunder, dass die EU-Kommission angesichts der Erweiterung von Territorium und Aufgaben der Union die Staaten trotzdem beim (damaligen) Wort nehmen will.“¹⁷⁷

Natürlich ist mit „Erweiterung von Territorium“ der im Mai erfolgende Beitritt der zehn EU-Kandidaten gemeint, die Erweiterung ist jedoch ganz klar nicht das Hauptthema.

¹⁷⁵ Die Presse, 22. April 2004, „50 Cent pro Kopf für mehr Europa“, S. I.

¹⁷⁶ Die Presse, 5. Februar 2004, „Ausgaben 2004 niedriger als geplant“, S. 7.

¹⁷⁷ Der Standard, 20. Jänner 2004, „Mehr EU ohne mehr Geld“, S.28.

Der Kurier hingegen spricht ganz deutlich die Kosten für die Erweiterung im neuen Budget an:

„Um die Beitritte der zehn neuen Mitglieder ab Mai 2004 und die Ausgaben für die alten EU-Staaten zu finanzieren, wie die Agrar- und Strukturpolitik, müssen die Nettozahler tief in die Tasche greifen.

Alle neuen Mitglieder sind Netto-Empfänger und halten ihre Hand weit auf.“¹⁷⁸

„Für die Nettozahler, wie Österreich, ist die Ankündigung [einer Erhöhung der Ausgaben, Anm.] der Haushaltskommissarin eine Drohung. In den nächsten Jahren wird die Bundesregierung brutto noch mehr nach Brüssel überweisen müssen.

2004 zahlt Österreich brutto rund 2,2 Mrd. Euro; die neuen EU-Mitglieder kosten Österreich heuer knapp 49 Millionen Euro.“¹⁷⁹

Noch radikaler die Krone: „Geldbombe Osterweiterung: So wird in der EU gelogen“¹⁸⁰ titelt sie angesichts der Pläne der EU-Kommission, „Nettozahlern ‚keine Mehrkosten‘ versprochen, doch in Wahrheit Horror-Erhöhung geplant“. Sie bezieht sich darauf, dass „Brüssel verschwieg: Das Versprechen galt nur bis 2006. Für die Zeit danach, dem EU-Budget von 2007-2013, hat Brüssel in den Beitrittsverträgen den neuen Mitgliedern Geldmittel versprochen, die mit der derzeit geltenden Finanzierungsstruktur gar nicht geleistet werden können.“¹⁸¹

Das Thema Kosten der Erweiterung kommt näher zum Beitrittsdatum noch einmal auf, allerdings ohne direkten Bezug zur Budget-Debatte. „50 Cent pro Kopf und Woche“ werde die EU-Erweiterung kosten, erklärt Europaabgeordnete Ursula Stenzel. Die Reaktionen von Krone und Presse fallen höchst unterschiedlich aus. „Enorm viel Geld“ ist das für die Krone. „Der Beitrag Österreichs als einer der sechs Nettozahler fällt dabei nicht zu knapp aus: Die ÖVP-Abgeordnete im Europaparlament Ursula Stenzel hat unlängst berechnet, dass sich die Kosten der EU-Erweiterung statistisch gesehen für jeden einzelnen Österreicher auf 50 Cent pro Woche belaufen.“¹⁸²

¹⁷⁸ Kurier, 12. Jänner 2004, „Kampf um die Kasse“, S. 3.

¹⁷⁹ Kurier, 5. Februar 2004, „Der Preis für die Erweiterung“, S. 18.

¹⁸⁰ Krone, 31. Jänner 2004, „Geldbombe Osterweiterung: So wird in der EU gelogen“, S. 4.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² Krone, 29. April 2004, „Notizen zur EU-Erweiterung“, S. 4.

„Die Erweiterung kostet bei weitem nicht so viel wie sie bringt“, so die Presse. „Eine Nicht-Erweiterung oder auch nur eine spätere Erweiterung hingegen hätte viel mehr gekostet.“¹⁸³ Es ist nicht das einzige Mal, dass die Presse auf den Kosten-Nutzen-Vorteil der EU-Erweiterung pocht:

„Der Nutzen der nahenden Vergrößerung der Union wird deren Kosten bei weitem übersteigen,“¹⁸⁴ heißt es auch schon davor. Auch hier werden die höheren Kosten einer Nichterweiterung hervorgehoben.

Die Krone stellt also Österreich als Opfer der EU dar, deren Erweiterung nun eine Beitragserhöhung in Millionenhöhe bringen wird, der Kurier sieht ebenfalls die Erweiterung als einen Hauptauslöser von Mehrkosten.

Der Diskurs in Standard und Presse hingegen sieht ander aus: hier lässt man sich auf diese Argumentation nicht ein, die EU-Erweiterung wird nicht in Frage gestellt.

V.2.3. „Unfairer Wettbewerb“¹⁸⁵ – Steuerdumping und Subventionen

Indirekte Kosten fallen für Österreich in Form von Verlust von Förderungen an. Das Burgenland, in der laufenden Finanzperiode bis 2006 Ziel-1-Fördergebiet, wird diesen Status verlieren. Allerdings, wie immer wieder betont wird, durch den eigenen Aufholprozess:

„Beim einzigen Ziel-1-Gebiet in Österreich, dem Burgenland, ist nicht die Erweiterung schuld, dass es diesen Status verlieren wird. Nach jüngsten Berechnungen von eurostat lag es bereits 2001 über der 75-Prozent Schwelle.“¹⁸⁶

Im Interview fordert Landeshauptmann Niessl dennoch weitere Fördergelder.

„STANDARD: Da gibt es doch auch einen Nachteil.

Niessl: Der Nachteil ist, dass wir, wenn wir 2006 aus eigener Kraft und nicht durch den statistischen Effekt der Erweiterung aus dem Ziel-1-Status herausfallen, nachher weniger hohe Fördermöglichkeiten haben werden.

¹⁸³ Die Presse, 22. April 2004, „50 Cent pro Woche für mehr Europa“, S. 1.

¹⁸⁴ Die Presse, 8. April 2004, „Österreich wird größter Gewinner sein“, S. 2.

¹⁸⁵ Kurier, 14. April 2004, „Unfairer Wettbewerb“, S. 17.

¹⁸⁶ Kurier, 19. Februar 2004, „Umverteilung in EU von Ost nach West“, S. 17.

STANDARD: Wofür dann weiter fördern?

Niessl: Das Burgenland war früher die Bruchstelle zwischen zwei Machtblöcken und ist heute die Schnittstelle der Erweiterung. Wir grenzen als einzige Region Europas an drei Erweiterungsländer, die alle Ziel-1-Gebiete sind. Da darf der Unterschied nicht zu groß werden, denn sonst würde die dynamische Entwicklung der letzten Jahre ins Stocken geraten.“¹⁸⁷

Auch die Regierung in Wien macht sich für eine eigene Grenzlandförderung stark, die jedoch auf wenig Zustimmung in der Kommission stößt.

„Klar ist jedoch, dass die Erweiterung mit 1. Mai diesen Jahres einen Mittelabfluss der jährlich 30 Milliarden Euro schweren Brüsseler Zuschüsse von den alten in die neuen Mitgliedsstaaten bringen wird. Deshalb und wegen seiner besonders langen Grenze zu den osteuropäischen EU-Neulingen fordert Österreich eine besondere Förderung der Grenzgebiete. ... ‚Ein eigenes Grenz-Programm wäre notwendig, um das Fördergefälle abzufangen‘, meint der EU-Experte der Wirtschaftskammer, Christian Mandl. Er verweist darauf, dass jenseits der Ostgrenzen nahezu alle Gebiete in die höchste Förderklasse (Ziel 1) fallen.“¹⁸⁸

Die Beitrittsländer werden also Einiges an Subventionen einstreifen können. Gleichzeitig versuchen sie, mit niedrigen Steuersätzen Unternehmen anzulocken. Dies erregt den Unmut vor allem der Nettozahler wie Deutschland.

„[Deutschlands] Finanzminister Hans Eichel sagte jüngst: ‚Steuerdumping innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist für die Bundesregierung nicht akzeptabel‘. Und CSU-Chef Edmund Stoiber meinte, dass ‚mit deutschen Steuergeldern nicht länger die Verlagerung von deutschen Arbeitsplätzen nach Osteuropa gefördert werden darf‘.“¹⁸⁹

„Österreich als EU-Nettozahler finanziere das ‚Steuerdumping‘ einzelner Beitrittsländer mit, kritisiert er [AK-Präs. Tumpel, Anm.]. ‚Es kann aber nicht sein, dass mit dem Geld aus Brüssel ein solcher Steuerwettlauf nach unten losgetreten wird. Das ist ein unfairer Wettbewerb, der die Abwanderung von Betrieben beschleunigt und zigtausende Arbeitsplätze kosten kann.“¹⁹⁰

„Dass sich Mitgliedsländer großzügig fördern lassen und gleichzeitig den Zahlerländern mit Steuerdumping Unternehmen abwerben, hat mit fairem Wettbewerb nichts zu tun.“¹⁹¹

¹⁸⁷ Der Standard, 16. Februar 2004, „Geldstrom darf nicht abrupt abreißen“, S. 13.

¹⁸⁸ Die Presse, 5. Februar 2004, „Brüssel will keine Förderung der Grenzregionen“, S. 14.

¹⁸⁹ Kurier, 14. April 2004, „Steuerwettlauf in EU wird zum Problem“, S. 17.

¹⁹⁰ Die Presse, 19. April 2004, „EU: Steuer-Wettbewerb erhitzt die Gemüter“, S. 8.

¹⁹¹ Kurier, 14. April 2004, „Unfairer Wettbewerb“, S. 17.

Man fürchtet, dass die Staaten einander im gegenseitigen Steuerwettbewerb ruinieren.

„Der Steuerwettlauf nach unten bewirke absehbarerweise eine völlige Erosion des KöSt-Aufkommens, warnen Kritiker.“¹⁹²

„‘Der Steuerwettbewerb in der EU ist die Achillesferse für unser System der sozialen Marktwirtschaft‘, meint Pierre Defraigne, Vizedirektor in der Generaldirektion Handel in der EU-Kommission. Auf der EU-Japan-AsienJournalistenkonferenz im japanischen Fukuoka kritisierte er die osteuropäischen Beitrittsländer, die ‚in naiver Weise‘ die Steuern für Unternehmen radikal senken würden, um Investoren ins Land zu locken. ‚Es gibt immer jemanden, der mit den Steuern weiter runter geht.‘ Der Ökonom ist überzeugt, dass die Länder den ‚gefährlichen Weg‘ nicht lange durchhalten, wenn eine Finanzquelle für die staatlichen Leistungen versiegt.“¹⁹³

„Die Arbeiterkammer in Österreich warnt davor, dass durch die fehlenden Steuereinnahmen in Folge des Steuerwettlaufs (!) die Sozialsysteme immer schwieriger zu finanzieren sein werden.“¹⁹⁴

„STANDARD: *Die Slowakei zieht Auslandsinvestoren mit niedrigen Steuern an. Ist das vernünftig?*

Roth: Für ein kleines Land rechnet sich das, etwa für Irland. Aber wenn die großen Länder das tun, dann ist Europa pleite. Das ist der größte Skandal in der EU: Der Herr Monti greift bei Fusionen und Subventionen ins letzte Detail ein, aber er hat keine Macht, die Wettbewerbsverzerrungen im Steuersystem zu bekämpfen.“¹⁹⁵

„Konzerne, Banken, Versicherungen etc. als Gewinner auf der einen Seite, ein verarmter Staat auf der anderen. Das also sind die wahren Gefahren der Ost-Erweiterungen für Österreich – nicht ein eventueller Zuzug ausländischer Arbeitskräfte!“¹⁹⁶ (Leserbrief in der Krone)

Österreich beschließt eine Senkung der Körperschaftssteuer auf 25 Prozent, insgesamt wird der Steuerwettbewerb von der Regierung nicht so problematisch gesehen:

¹⁹² Der Standard, 21. April 2004, „EU-Erweiterung birgt Risiko des Steuerdumpings“, S. 17.

¹⁹³ Kurier, 14. April 2004, „Steuerwettlauf in EU wird zum Problem“, S. 17.

¹⁹⁴ Kurier, 20. April 2004, „Letten und Polen arbeiten am längsten“, S. 18.

¹⁹⁵ Der Standard, 15. März 2004, „Nicht mit Finger auf Osteuropäer zeigen“, S. 17.

¹⁹⁶ Krone, 4. Februar 2004, „Die wahre Gefahr der EU-Erweiterung“, S. 25.

„Österreichische Spitzenpolitiker erachten hingegen das Problem des Steuer-Wettlaufs als nicht so dramatisch. ‚Die Steuern für Unternehmen werden sich auch in Osteuropa zwischen 20 und 25 Prozent effektiv einpendeln‘, sagt Wirtschaftsminister Martin Bartenstein zur ‚Presse‘. Er hält den Steuerwettbewerb zwischen den Staaten im Prinzip für gut und glaubt, dass die Maastricht-Kriterien verhindern, dass ein Land auf zu viele Steuereinnahmen verzichten kann. Denn um den Euro einführen zu dürfen, muss der Haushalt ausgeglichen sein.“¹⁹⁷

Als eine Lösung werden Mindeststeuersätze diskutiert, die jedoch nicht so leicht realisierbar scheinen.

„Die nahende EU-Erweiterung gibt der Debatte um einen einheitlichen Mindestsatz in der Unternehmensbesteuerung neue Nahrung. Finanzminister Karl-Heinz Grasser hatte sich in der *Financial Times* für eine langfristig anzustrebende Mindestkörperschaftssteuer von 15 Prozent ausgesprochen. Zuletzt forderte CSU-Chef Edmund Stoiber eine Mindest-KöSt, um dem Steuerdumping in der erweiterten EU einen Riegel vorzuschieben.“¹⁹⁸

Verteidigt wird die Niedrigsteuer-Politik einerseits von politischen Vertretern der Beitrittsländer selbst, vor allem der Slowakei, die durch die Einführung der Flat Tax im Kreuzfeuer der Kritik steht:

„Im Gespräch mit österreichischen Vertretern der Vereinigung Europäischer Journalisten beschreibt Miklos [Finanzminister der Slowakei, Anm.] seine Steuerreform als großartige Chance für die slowakische Wirtschaft, die mit dem neuen Autowerk von Hyundai die jüngste Milliardeninvestition für sich entschieden hat, und als Ansporn für die gesamte EU. ‚Steuerwettbewerb ist positiv‘, sagt Miklos auf eine Frage des STANDARD. ‚Wenn andere Länder unserem Beispiel folgen, dann sinken auch dort die Abgabenquoten. Und das wird die Strukturreformen in den jetzigen EU-Ländern beschleunigen.‘ Beispiel Österreich, wo die Körperschaftssteuer auf 25 Prozent sinkt.“¹⁹⁹

„Viel mehr Raum, in der erweiterten EU Selbstbewusstsein zu zeigen, sieht Figel [EU-Kommissar der Slowakei, Anm.] in wirtschaftspolitischen Impulsen. So tritt er dem Vorwurf des slowakischen "Steuerdumpings" im Wettlauf um Firmenstandorte entschieden entgegen und verteidigt die Politik der Niedrigsteuern für Unternehmen: "Ohne Wettbewerb ist auch keine Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen", betont Figel.“²⁰⁰

¹⁹⁷ Die Presse, 19. April 2004, „EU: Steuer-Wettbewerb erhitzt die Gemüter“, S.

¹⁹⁸ Der Standard, 21. April 2004, „EU-Erweiterung birgt Risiko des Steuerdumpings“, S. 17.

¹⁹⁹ Der Standard, 25. März 2004, „Die Slowakei beschleunigt die Reformen in ganz Europa“, S. 20.

²⁰⁰ Die Presse, 12. Juni 2004, „Interview: ‚Österreich schadet sich nur‘“, S. 29.

Andererseits kommt auch in Kommentaren Verständnis für die Position der neuen EU-Mitglieder auf:

„Die rasante Aufholjagd Irlands im europäischen Wettbewerb ist - nicht nur, aber zu einem wesentlichen Teil - auf die exponierte Position in Steuerfragen zurückzuführen. Die niedrigen Steuern haben viele Unternehmen angelockt, die dann für ein rasantes Wirtschaftswachstum gesorgt haben.

Soll man den Beitrittsländern im Osten diesen Weg verwehren? Es kann auch nicht im Interesse der "alten" EU-Länder liegen, die strukturschwachen Beitrittsländer in ihrer Position einzuzementieren. Die Aufholjagd der neuen Länder wird auch der restlichen EU zugute kommen.“²⁰¹

„Den neuen Mitgliedern kann eine solche Strategie allerdings nicht verübelt werden. Schließlich hat Irland lange genug vorgezeigt, wie ein Einzelner auf Kosten der Gemeinschaft vom Steuerwettbewerb profitieren kann.“²⁰²

Auch wenn die österreichische Wirtschaft die Senkung der Körperschaftssteuer auf 25 Prozent begrüßt, so setzt sich in diesem Diskursstrang doch eher eine negative Sichtweise durch: das Steuerdumping bleibt ein von den „Neuen“ hervorgerufenes Problem. Sie werden so zu Unruhestiftern in der Union, die das Gleichgewicht stören. Anstatt dankbar die ihnen gewährten Subventionen und Förderungen als Ausgleich zu akzeptieren, beginnen sie einen unlauteren Wettbewerb, in dem es nur Verlierer geben kann.

V.2.4. „Skepsis bei EU-Erweiterung logisch“²⁰³ - Die Stimmungsmache der Politiker und die Skepsis der Bevölkerung

Für die politische Elite ist die EU-Erweiterung eine im Konsens beschlossene Sache,²⁰⁴ und wird grundsätzlich nie in Frage gestellt.

Zu verschiedenen Anlässen und Veranstaltungen wird gerne die „Jahrhundertchance“²⁰⁵ der EU-Erweiterung in Festansprachen eingebaut. Bei den

²⁰¹ Die Presse, 19. April 2004, „Meinung: Keine Angst vor dem Wettbewerb“, S.

²⁰² Kurier, 14. April 2004, „Unfairer Wettbewerb“, S. 17.

²⁰³ Die Presse, 9. April 2004, „Pröll: Skepsis bei EU-Erweiterung logisch“, S. 15.

²⁰⁴ Bei der Abstimmung im Parlament am 3. Dezember 2003 stimmten bis auf zwei Abgeordnete der Freiheitlichen Partei Österreichs alle der Erweiterung der EU um die zehn Kandidaten zu.

Feiern rund um den Mai werden besonders euphorische Reden geschwungen und anschließend in den Printmedien zitiert, „Einigung“ und „Friede“ sind die zentralen Themen:

„Wir sind alle Gewinner“²⁰⁶ (VP-Chef und Bundeskanzler Wolfgang Schäussel)

„Was vor 20 Jahren eine Utopie war und vor zehn Jahren ein Traum, ist jetzt Wirklichkeit geworden. Das zerrissene Herz von Europa ist heute wieder einig.“²⁰⁷ (VP-Chef und Bundeskanzler Wolfgang Schäussel)

„Mit dem EU-Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten in die Europäische Union wird Europa zum ersten Mal in der Geschichte nicht mit Waffengewalt, sonder friedlich geeint – nach freier demokratischer Entscheidung der Bürger.“ (Bundespräsident Thomas Klestil)²⁰⁸

„Unbedingt ein Tag der Freude. Die Nachkriegs-Verhältnisse wurden damit vom Kopf auf die Füße gestellt“²⁰⁹ (Grünen-Chef Alexander Van der Bellen)

„Es ist ein gutes Gefühl, am Friedensprojekt Europa mitzuarbeiten“²¹⁰ (FP-Sozialminister Herbert Haupt)

„Heute wird in Europa Geschichte geschrieben, es ist das größte Friedenswerk unseres Kontinents.“²¹¹ (SP-Chef Alfred Gusenbauer)

„Dieser historische Schritt ist durch Glück und die Gunst der Stunde möglich geworden.“²¹² (NÖ Landeshauptmann Erwin Pröll)

Nach der offiziellen Feier in Dublin sind auch internationale Stimmen zu vernehmen:

„Mit den Beitritten der zehn neuen Mitglieder wird der Traum vieler Generationen von Europäern Wirklichkeit.“²¹³ (Deutschlands Bundeskanzler Gerhard Schröder)

²⁰⁵ Die Presse, 20. Jänner 2004, „Pröll: Safaripark darf nicht sterben“, S. 5.

²⁰⁶ Krone, 1. Mai 2004, „Auch Mauern in den Köpfen durchbrochen“, S. 2.

²⁰⁷ Die Presse, 3. Mai 2004, „Zitiert“, S., Kurier, 3. Mai 2004, „Millionen Europäer feierten die historische Erweiterung“, S. 2., Der Standard, 3. Mai 2004, „Zitiert“, S. 3.

²⁰⁸ Der Standard, 3. Mai 2004, „Zitiert“, S. 3.

²⁰⁹ Krone, 1. Mai 2004, „Auch Mauern in den Köpfen durchbrochen“, S. 3.

²¹⁰ Krone, 1. Mai 2004, „Auch Mauern in den Köpfen durchbrochen“, S. 3.

²¹¹ Krone, 3. Mai 2004, „Auch der Maiaufmarsch ganz im Zeichen Europas“, S. 10.

²¹² Krone, 3. Mai 2004, „Große Feiern zur EU-Erweiterung: Grenzen einen Tag lang geöffnet“, S. 11.

²¹³ Kurier, 1. Mai 2004, „Irlands EU-Präsidentschaft begrüßt die Neuen in Dublin/Ein Streifzug durch die feiernde Union“, S. 4.

„Wir begraben die Vergangenheit und erwarten die Zukunft“²¹⁴ (Irlands Staatspräsidentin Mary McAleese)

„Das ist eine Glücksstunde. Und ich möchte uns wünschen, dass uns dieses Glück erhalten bleibt - auch im Alltag mit all seinen Problemen, dass wir nicht die Visionen aus dem Auge verlieren. Wir sind das junge Europa.“²¹⁵ (Deutschlands Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl)

„Die EU-Erweiterung ist eine große Genugtuung für Ungarn. Dieses Volk hat im 20. Jahrhundert sehr viel gelitten. Jetzt sind wir an dem Punkt angelangt, wo die Geschichte uns Gerechtigkeit zuteil werden lässt.“²¹⁶ (Ungarns Ministerpräsident Péter Medgyessy)

In Interviews zum Thema EU bzw. EU-Erweiterung fallen teils ebenfalls begeisterte Worte:

„‘Die Erweiterung ist eine große Chance für uns.’ Wie aus einem Munde klingt dieser Satz, den jeder der drei Landeshauptmänner von Niederösterreich, Wien und Burgenland - Erwin Pröll, Michael Häupl und Hans Niessl - unabhängig voneinander ausspricht.“²¹⁷

Andere Politiker geben sich eher nüchtern. Bundeskanzler Schüssel etwa bleibt betont sachlich, wenn auch positiv – der Begriff „historischer Moment“ wird hier nur vom Interviewer gebraucht:

„Die Presse: In Österreich überwiegt laut Umfragen eine emotionale Ablehnung der Erweiterung. Warum wird dieser historische Moment der europäischen Wiedervereinigung nicht positiver gesehen?

Wolfgang Schüssel: Es gibt in ganz Europa eine größere Skepsis zur Erweiterung - nicht nur in Österreich. In Österreich ist aber eines interessant, was etwa in der letzten Eurobarometer-Umfrage nicht zum Ausdruck kam: Gegenüber den unmittelbaren Nachbarn ist eine eindeutige Zustimmung feststellbar. Je weiter weg die Erweiterung stattfindet, umso skeptischer sind die Österreicher. ... Die Österreicher sehen, dass die Mitgliedschaft der Nachbarn in der Europäischen Union vernünftig, unvermeidlich und auch alternativlos ist. Allerdings ist richtig,

²¹⁴ Krone, 3. Mai 2004, „Wir begraben die Vergangenheit und erwarten die Zukunft“, S. 4.

²¹⁵ Die Presse, 3. Mai 2004, „Zitiert“, S., Der Standard, 3. Mai 2004, „Zitiert“, S. 3.

²¹⁶ Kurier, 1. Mai 2004, „Irlands EU-Präsidentschaft begrüßt die Neuen in Dublin/Ein Streifzug durch die feiernde Union“, S. 4., Der Standard, 3. Mai 2004, „Zitiert“, S. 3.

²¹⁷ Kurier, 21. April 2004, „Offensiv anpacken“, S. 3.

dass man dieses Ereignis sehr nüchtern sieht. Die emotionale Begeisterung wie bei unserem eigenen EU-Beitritt ist nicht da.“²¹⁸

Abgesehen von den Politikerstatements wird der Diskurs in Kurier, Presse und Standard getragen von Umfragen und deren Interpretation bzw. Kommentaren.

Den Start macht die Presse: „EU in tiefer Krise, Beitritte als Fehler“²¹⁹ findet sich im Jänner auf der Titelseite. Präsentiert werden Ergebnisse einer Imas-Umfrage zum Thema EU, bei der 38 Prozent der Befragten die Erweiterung als Fehler, 42 Prozent sie für teilweise falsch halten. Kommentiert wird das dann so:

„Nun steigt der ganze Frust über die EU empor. Der im Boulevard widergespiegelte Seelenzustand der Österreicher zeigt auch in Umfragen Wirkung. ...

Natürlich sind die Österreicher besondere Nörgler, die negative Nachrichten gerne aneinander reihen, bis ein Gesamtbild entsteht, das der Wirklichkeit nicht mehr entspricht. Aber nicht nur Brüssel, sondern auch die heimische Politik hat dieses Bild mitgezeichnet - etwa durch die Mitschuld am Transitdesaster und durch die verweigerte Information zur EU-Erweiterung.“²²⁰

Im Februar wird in Kurzberichten das Ergebnis der Eurobarometer-Studie präsentiert²²¹ und teils kurz andiskutiert: „...gegenüber einigen Beitrittsländern herrscht immer noch Skepsis: ‚Mit Ungarn und Slowenien haben die Menschen kein Problem, Tschechien liegt im Mittelfeld, der Beitritt Polens und der baltischen Staaten wird kritisch wahrgenommen‘, sagte Peter Ulram vom Fessel+GfK-Institut.“²²²

Im Kurier wird im März darauf eine für den Kurier erstellte Umfrage zur EU-Erweiterung veröffentlicht, die die positiven und negativen Erwartungen der Niederösterreicher und Burgenländer erfragt:

„52 Prozent der Befragten haben negative Assoziationen zur EU-Erweiterung. Diese Gruppe fürchtet persönliche Nachteile, höhere Arbeitslosigkeit (das ist eine der Hauptängste), mehr Ausländer, mehr Kriminalität auf Grund der offenen Grenzen und auch wirtschaftliche Nachteile für Österreich.“²²³

²¹⁸ Die Presse, 30. April 2004, „Schüssel: Erweiterung bringt 30.000 Jobs“, S. 5.

²¹⁹ Die Presse, 22. Jänner 2004, „EU in tiefer Krise, Beitritte als Fehler“, S. 1.

²²⁰ Die Presse, 22. Jänner 2004, „Glosse: Die Lust am Frust“, S. 34.

²²¹ Kurier, 14. Februar 2004, „Die EU kommt in Österreich immer schlechter an“, S. 3., Krone, 14. Februar 2004, „Vor Erweiterung: Die EU-Skepsis in Österreich steigt weiter an“, S. 6.

²²² Der Standard, 14. Februar 2004, „Mehrheit sieht keine Vorteile der EU“, S. 6.

²²³ Kurier, 14. März 2004, „EU-Erweiterung: Skepsis und Angst überwiegen“, S. 12.

Genannt werden also die Hauptdiskurse um die EU-Erweiterung. Interessant ist, dass wirtschaftliche Nachteile für Österreich befürchtet werden, obwohl in den Medien vermehrt von Gewinnen für die Wirtschaft zu lesen ist.

Wenig später widmet der Kurier eine ganze Seite dem Verhältnis der Österreicher zu ihren beitretenen Nachbarn, um so der Skepsis gegenüber der Erweiterung auf den Grund zu kommen. Unwissenheit und Vorurteile ob der langen Trennung durch den Eisernen Vorhang werden geortet. Den Ungarn wird noch die meiste Sympathie entgegengebracht:

„In Umfragen, was den Österreichern spontan zu anderen Ländern einfällt, gibt es zu Ungarn überwiegend positive Nennungen - etwa "Tourismus", "nette Leute". Zu Tschechien, Slowakei, vor allem aber zu Polen, wird meistens Negatives genannt: "Kriminalität", "wirtschaftliche Probleme" oder "Konflikte mit Österreich".

Ein Grund dafür ist für die Autoren, dass die meisten Österreicher schon in Ungarn waren, Land und Leute persönlich kennen. Tschechien oder die Slowakei haben noch wenige besucht.“²²⁴

Während der Kurier Sympathien und Antipathien ein Interview mit Fürst Karl Schwarzenberg beistellt, der unter dem Titel „Menschen, die sich sehr ähnlich sind, gehen sich auf die Nerven“ die Zwistigkeiten Österreichs und Tschechiens mit Familienstreit erklärt und akzeptiert, stößt das in einer Umfrage gefundene Desinteresse der Österreicher gegenüber ihren neuen Nachbarn²²⁵ in der Presse auf in einer Glosse geäußerte Vorwürfe:

„Es ist eine Mischung aus Angst und Überheblichkeit, die hierzulande die Einstellung zu den östlichen Nachbarn prägt. ... Wollen die Österreicher in der erweiterten EU nicht nur Sympathien sondern auch wirtschaftlichen Erfolg auf ihrer Seite haben, müssen sie wohl auch über ihren xenophoben Schatten springen. Österreich hat in den Jahren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bereits viel versäumt, in Osteuropa als Pionier einer neuer Freundschaft aufzutreten. Die EU-Erweiterung ab 1. Mai macht aber aus dieser - offensichtlich noch immer vorhandenen - Chance eine ökonomische Notwendigkeit.“²²⁶

²²⁴ Kurier, 21. März 2004, „Die Grenzen im Kopf“, S. 4.

²²⁵ Die Presse, 16. April 2004, „EU-Neulinge: Für Österreicher nicht so wichtig“, S. 10.

²²⁶ Die Presse, 16. April 2004, „Glosse: Versch(r)obene Sichtweise“, S. 26.

Richtige Beachtung findet die Skepsis der Österreicher im Standard erst Ende April. Hier gehen dem keine konkreten Umfragen voraus, meist wird das Thema eingebettet in Kommentare, die die Erweiterung insgesamt sehr positiv darstellen - so hat man nicht immer den Eindruck, dass die Skepsis der Bevölkerung als berechtigtes Gefühl akzeptiert wird.

„Die heimische Durchschnittsbevölkerung, groß im Fürchten und Lieber-alles-beim-Alten-Lassen, wollte mit den Veränderungen ‚im Osten‘ nicht allzu viel zu tun haben. Inzwischen sind wir etwas pragmatischer geworden, zumindest die jüngeren Eliten erkennen die ungeheuren, teils auch tatsächlich genutzten Chancen, die die EU-Erweiterung bietet. Jedenfalls wäre es ein guter Beginn, die Beitrittsländer nicht mehr als "den Osten" zu sehen.“²²⁷

„In den Beitrittsländern wird die Erweiterung mit großen wirtschaftlichen und politischen Hoffnungen verbunden, doch es wäre falsch, die Tatsache zu verdrängen, dass in vielen alten EU-Staaten (auch in Österreich und Deutschland!) die Menschen dem 1. Mai eher mit Skepsis, ja oft mit Angst entgegensehen. Was die Meinungsumfragen widerspiegeln, sind die Versäumnisse der politischen Klasse und nicht zuletzt der EU-Zentrale.“²²⁸

„Skeptiker (oder doch Kleinbürger?) aller Bildungsschichten sehen das nicht so: Sie waren immer für den Sturz des Kommunismus. Selbstverständlich. Insgeheim aber hätten sie es gerne gesehen, wenn der Eiserne Vorhang geblieben wäre: kein Menschenhandel, keine Flüchtlinge, keine Arbeitsmigration. Immer wieder erlebt man Gespräche dieses Inhalts.“²²⁹

Wer also Vorbehalte gegen die EU-Erweiterung hegt, muss sich hier den Vorwurf des Kleinbürgertums, der Überheblichkeit oder der Heuchelei gefallen lassen. Dem Leser wird von Presse und Standard gleichsam vermittelt, dass Österreich nur Vorteile zu erwarten habe und Gefühle wie Skepsis und Angst unverständlich sind.

Teils schließt sich der Kurier dieser Einschätzung an, wie hier Reinhard Göweil in der Sonderbeilage Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung vom 30. April:

„Die Aufnahme der neuen Mitglieder in die Europäische Union fällt Österreich bemerkenswert schwer. Das liegt teilweise sicher daran, dass mit der FP eine

²²⁷ Der Standard, 20. April 2004, „Erinnerungen an den Osten (I)“, S. 27.

²²⁸ Der Standard, 30. April 2004, „Die Wiederkehr der Geschichte“, S. 43.

²²⁹ Der Standard, 30. April 2004, „Historisches Friedensprojekt“, S. 44.

Partei in der Regierung sitzt, die sich mit der europäischen Idee schwer tut, um es höflich auszudrücken. Das liegt zum Teil auch daran, dass vor allem die Arbeiterkammer geschickt Arbeitsplatz- und Migrationsängste schürte. Obwohl also Österreich seine 1600 Kilometer lange EU-Außengrenze in eine Binnengrenze umwandeln kann und nun sicher wie in Abrahams Schoß mitten im Kontinent liegt, herrschen Skepsis und Angst.“²³⁰

Wieder wird die Schuld der Politik gegeben – diesmal explizit der FPÖ, aber auch der Arbeiterkammer. Doch gibt es im Kurier durchaus auch Kommentare, die eine nicht unkritische Haltung zur Erweiterung einnehmen, zum 1. Mai etwa Christoph Kotanko:

„Es wird überhaupt viel gefeiert in diesen Tagen. ... Vieles kommt von Herzen. Manches jedoch wirkt inszeniert, verordnet, aufgesetzt. Es lässt sich nicht wegreden: Das historische Ereignis der Vereinigung Europas wird überschattet von Sorgen, Zweifeln, Konfusion.“²³¹

Weiters ortet er „scharfe Konkurrenz in der Nachbarschaft“, „unfairen Wettbewerb“ in der Steuerfrage, und nicht zuletzt: „Die EU hat noch andere Probleme, etwa ihre Unfähigkeit, international geschlossen aufzutreten, oder die ungewisse Zukunft der europäischen Verfassung.“²³²

Den Lesern ist die Linie der Tageszeitungen teils zu positiv, wie Leserbriefe in Presse und Kurier zeigen:

„EU-Erweiterung: Nur Zuversicht?

Die Aufnahme der neuen EU-Staaten wurde allseits mit großem Pomp gefeiert. Immer aber hörte man von den Berichterstatlern auch davon, dass ein großer Bevölkerungsanteil aus den bisherigen EU-Staaten dieses Ereignis mit Sorge betrachtet.

Von öffentlicher Seite gibt es nur zuversichtliche Äußerungen über die Auswirkungen in den alten EU-Ländern. Es ist z.B. die Rede von zigtausend neuen Arbeitsplätzen. Woher weiß man das? Wird es bei uns im Gegenteil im grenznahen Bereich nicht Umsatzeinbußen für arbeitsintensive Unternehmen geben?

²³⁰ Kurier, 30. April 2004, „Europa, neu gedacht“, Sonderbeilage S. 2.

²³¹ Kurier, 1. Mai 2004, „Zweifel und Zuversicht im großen Europa“, S. 2.

²³² Ebenda.

So fahren schon jetzt Schwaben und Bayern hunderte Kilometer nach Ungarn, um sich dort ihre Zähne richten zu lassen. Wie wird es KFZ-Werkstätten und anderen Handwerksbetrieben ergehen?“²³³

„Nicht nur Freude über Erweiterung

Seit 1. Mai gehören zehn weitere Staaten zur EU - insgesamt sind es 25. Es gibt dazu auch kritische Reaktionen.

In den letzten Wochen vor der EU-Erweiterung wurden wir von Berichten und Reportagen über die Vorzüge der Beitrittsländer und die Chancen in diesem Zusammenhang für Österreich regelrecht überschwemmt. Eines haben alle gemein: Es fehlt ein vernünftiges Pro und Contra.

Die positiven Seiten haben wir zur Genüge kennen gelernt, doch wenn es um die Ängste der Bevölkerung geht, werden diese regelmäßig (von allen Medien) als übertrieben, unbegründet oder sogar als lächerlich dargestellt.“²³⁴

Weniger Beschwerden, dass ihre Skepsis nicht ernst genommen werde, haben die Leser der Krone. Auch im Kleinformat gibt es natürlich positive Berichte zur Erweiterung, die Skeptiker finden jedoch ebenfalls Gehör, vertreten unter anderem durch Kolumnist Nenning:

„Und schon werden wir wieder auf die Probe gestellt. Die EU-Erweiterung ist eine Prüfung auf Herz und Nieren. Sind diese und alle unsere sonstigen Körperteile EU-kompatibel. ... Zwecks Beruhigung werden wir angelogen. Die führenden Staatsmänner, Staatsfrauen oder wie man sie nennen soll, rufen uns im Chor zu, was sie selber nicht glauben: dass alles, alles gut gehen wird.“²³⁵

Wolf Martins „In den Wind gereimt...“ reimt gegen die Erweiterung:

„Da sie mit Wichtigem gescheitert,/hat die EU sich nun erweitert/und damit, fürcht ich, nichts verbessert/nur die Probleme noch vergrößert./Sozialabbau gibt's weit und breit,/es wächst die Arbeitslosigkeit,/in Ohnmacht Schwarz und Rot sich gleichen,/und reicher werden nur die Reichen.“²³⁶

Auch in den Leserbrief-Seiten haben EU- und Erweiterungsgegner ein Forum:

„Mitnichten, Herr Bundeskanzler Dr. Schüssel, ist Österreich, damit meinen Sie wohl uns alle, hoch erfreut darüber, dass diese EU durch die zehn bekannten Mitglieder erweitert wird.“²³⁷

²³³ Die Presse, 5. Mai 2004, „Nur Zuversicht?“, S. 9.

²³⁴ Kurier, 6. Mai 2004, „Nicht nur Freude über Erweiterung“, S. 7.

²³⁵ Krone, 19. April 2004, „Reiner Wein“, S. 6.

²³⁶ Krone, 8. Mai 2004, „In den Wind gereimt“, S. 2.

²³⁷ Krone, 3. Jänner 2004, „Mir fällt dazu wirklich nichts mehr ein...“, S. 24.

„daher glauben nur noch die wenigsten Leute daran, dass die Erweiterung ein riesiger Vorteil für Österreich sein soll, nachdem sich auch alle anderen Versprechungen, mit denen wir 1994 in die EU hineingelockt wurden, in Schall und Rauch aufgelöst haben.“²³⁸

„Was soll das für eine ‚Bereicherung‘ sein, wenn jetzt die Europäische Union (EU) um zehn neue Mitgliedsstaaten größer geworden ist?“²³⁹

Wenn man also den Diskurs in den Qualitätszeitungen zusammenfassen möchte, so kann man die Skepsis gegenüber der Erweiterung begreifen als ein Massenphänomen, das nicht sein müsste wenn die Politik nicht so wenig dagegen oder Boulevardzeitungen nicht so viel dazu getan hätten. Es wird beinahe das Bild vermittelt einer egoistischen, trotzigten Nation, die sich schämen sollte ihren Nachbarn gegenüber so unfreundlich eingestellt zu sein.

In der Krone hingegen wird die Skepsis als vollkommen verständliche Reaktion der von Günther Nenning so gern zitierten einfachen Leute akzeptiert und multipliziert.

Der Kurier positioniert sich quasi dazwischen, immerhin werden die Ängste der Österreicher vermehrt als real und verständlich dargestellt, die moralisch-überhebliche Komponente nicht so sehr betont.

V.2.5. Anti-EU-Populisten und die Skepsis der Bevölkerung in den Beitrittsländern

„In vielen Beitrittsländern stärken Reformen, die vermeintlich oder tatsächlich mit dem EU-Beitritt zu tun haben, teils stark populistisch geprägte Protestbewegungen. In Polen liegt der Anti-EU-Rabauke Andrzej Lepper mit seiner Partei in Umfragen bereits in Führung. In Ungarn bereitet Expremier Viktor Orbán sein Comeback mit einem rechtspopulistischen Kurs vor. In Tschechien wiederum zählen vor allem die Kommunisten zu den Nutznießern einer verbreiteten EU-Skepsis.“²⁴⁰

²³⁸ Krone, 16. Februar 2004, „Fischlers Profit Theorie“, S. 27.

²³⁹ Krone, 29. April 2004, „EU-Erweiterung“, S. 34.

²⁴⁰ Der Standard, 5. April 2004, „Denkzettel auf Slowakisch“, S. 24.

„Polen ist der einzige EU-Neuling, der eine Anti-EU-Opposition, noch dazu eine besonders wilde, in seinem Parlament hat. Es ist der charismatische Bauernführer Andrzej Lepper, der alle Beitrittsverlierer kreuzzugsartig hinter sich versammelt.“²⁴¹

„Demagogen sind von der politischen Bühne der neuen EU-Staaten nicht wegzudenken“²⁴²

Die politische Situation in den Beitrittsländern ist immer wieder Thema in den österreichischen Tageszeitungen – meist geht es um die in Umfragen immer stärker werdenden Populisten und EU-Kritiker. Diese werden als Gefahr für die EU-Kandidaten wie auch für die EU selbst gesehen, die Anti-EU-Haltung wird dabei tendenziell mit politischer Instabilität gleichgesetzt.

Wenn es um die Ängste der Menschen in den Beitrittsländern geht, so ist das Hamstern von Produkten, vor allem von Lebensmitteln, ein markantes Thema.

„Ältere Menschen in Osteuropa fühlen sich in diesen Tagen beim Einkaufen in alte sozialistische Zeiten versetzt: In vielen Geschäften sind Zucker, Mehl, Reis oder Nudeln aus den Regalen verschwunden - oder die begehrten Lebensmittel werden nur in limitierten Mengen abgegeben. Die Ursache sind Hamsterkäufe. Die Leute glauben, dass nach dem EU-Beitritt in rund zwei Wochen alles teurer wird.“²⁴³

„Mancher Händler fühlt sich an die Mangelzeiten in der kommunistischen Ära erinnert. Doch der Grund für die Hamsterkäufe heute ist ein anderer: Im Fernsehen haben sie erzählt, dass Reis, Zucker und Windeln drastisch teurer würden, wenn der nahe EU-Beitritt am 1. Mai erfolgt ist.“²⁴⁴

„Das Foto dient als bester Beweis für die Unsicherheit der Letten, was sie nun wirklich in der EU erwartet: Eine alte Frau fährt auf dem Fahrrad auf einer Schotterstraße. Auf dem Gepäckträger schleppt sie einen Riesensack Salz nach Hause. Aus Angst vor Preiserhöhungen haben die Balten die Salz- und Zuckerregale in den Supermärkten leer geräumt. Die dortigen Wirtschaftsforscher haben erhoben, dass durchschnittlich 65 Kilogramm Zucker, 17 Kilo Salz und 41 Kilo Mehl in jeder Speisekammer lagern.“²⁴⁵

²⁴¹ Krone, 16. April 2004, „Das Sorgenkind“, S. 6.

²⁴² Die Presse, 23. April 2004, „Was die Wähler gerne hören wollen“, S. 3.

²⁴³ Kurier, 20. April 2004, „Vor den Beitritten: Hamsterkäufe im Osten“, S. 4.

²⁴⁴ Die Presse, 22. April 2004, „Erweiterung: Ängste und Hamsterkäufe in Tschechien“, S. 25.

²⁴⁵ Die Presse, 19. Mai 2004, „Ich habe noch nie Schmiergeld bezahlt“, S. 27.

Zumeist wird hier auf die kommunistische Zeit dieser Länder hingewiesen, wo man sich auf Grund von Lebensmittelengpässen vor Geschäften anstellte. Nicht in allen, aber in einigen Artikeln wird darauf hingewiesen, dass ein Teil der Ängste durchaus begründet ist:

„Das estnische Wirtschaftsforschungsinstitut EKI veröffentlichte nun eine Studie, wonach rund 90 Prozent der Esten glauben, dass Zucker nach dem EU-Beitritt am 1. Mai empfindlich teurer wird. Durchaus berechtigt, meint EKI-Chefin Marje Josing. Sie erwartet eine Verdreifachung des Endverbraucherpreises innerhalb kürzester Zeit. Derzeit kostet ein Kilo Zucker in Estland 4,5 Kronen (29 Cent). "Das entspricht dem Weltmarktpreis", so Josing. Nach dem Beitritt müsse Estland die höheren EU-Preise übernehmen, weshalb es rasch zu Preisanpassungen kommen werde.“²⁴⁶

Ansonsten wird das Thema in den Beilagen zur EU-Erweiterung aufgegriffen. Im Kurier schreibt bei jedem Länderportrait ein Journalist aus dem jeweiligen Beitrittsland über die Gefühle und Erwartungen in seinem Land anlässlich des EU-Beitritts. Von Euphorie ist selten die Rede.

„Kurz vor dem faktischen EU-Beitritt gibt es keine EU-Euphorie in Polen. Die Opposition belauert die darnieder liegende Regierung, die gerade mit der Außenpolitik Punkte machen wollte, jedoch innenpolitisch durch Korruptionsaffären gelähmt und von der Bevölkerung auch wegen der waghalsigen Wirtschaftsreformen abgelehnt wird. In das momentane Vakuum drängt die populistische „Selbstverteidigung“ Andrzej Leppers.“²⁴⁷

„Estland zeichnet sich unter allen beitretenden mittel- und osteuropäischen Ländern durch den ausgeprägtesten EU-Skeptizismus aus. Die Mühen und Leiden in der Sowjetunion sind im Gedächtnis vieler Esten noch vorhanden. Deshalb meint so mancher, man solle nicht gleich wieder in den Schoß der nächsten Union eintauchen. Als Schreckgespenst gilt vor allem die riesige Brüsseler Bürokratie.“²⁴⁸

„Die Menschen wissen, dass es sehr lang dauern wird, bis ihre Gehälter mit österreichischen vergleichbar sein werden. Die Vorteile des EU-Beitritts sind für sie zwar interessant, aber nicht so zahlreich, als dass sie glauben würden, alles würde ab nun besser.“²⁴⁹

²⁴⁶ Die Presse, 31. März 2004, „Lebensmittel: Im Baltikum sind die Hamster unterwegs“, S. 24.

²⁴⁷ Kurier, 17. April 2004, „Die Marathonläufer von Warschau“, Serie Polen S. 2.

²⁴⁸ Kurier, 13. April 2004, „Die Esten sehen die EU sehr skeptisch“, Serie Estland S. 2.

²⁴⁹ Kurier, 15. April 2004, „Das Happy End einer romantischen Story“, Serie Slowakei, S. 2.

„Viele erhoffen sich vom Beitritt neue Möglichkeiten für Ausbildung und Arbeit, dass die Wirtschaft aufblüht und sich die Qualität der Infrastruktur verbessert. Aber genau so gibt es Befürchtungen, dass ausländische Investoren lettisches Land aufkaufen, Kleinbauern ihre Höfe verlieren und Mittelbetriebe unter ungleichen Bedingungen mit Betrieben aus den ältere (!) EU-Staaten konkurrieren müssen.“²⁵⁰

In einem Presse Spectrum zur EU-Erweiterung kommen aus jedem Beitrittsland unter der Rubrik „Kurz gesagt“ Personen unterschiedlicher Profession zu Wort – Student, Ökonomin, Kulturkritiker, Verleger, Künstler, Lehrer, Grenzschutzsoldat. Sie sprechen über ihre eigenen Emotionen und die Aussichten in ihren Ländern was den Beitritt zur EU betrifft:

„Die Menschen in Slowenien denken, dass für sie jetzt alles leichter und besser wird. Ein richtiger Euro-Skeptizismus war bei uns nicht zu finden, es gab nur kleinere Gruppen, die EU-Kritik übten.“²⁵¹

„Je näher der Beitrittstermin rückt, desto mehr reduziert er sich für viele Ungarn zu einem belanglosen Rechtsakt, der von parteipolitischen Streitigkeiten und dem täglichen Überlebenskampf überschattet wird.“²⁵²

„Viele hier denken bei EU nur an die höheren Preise: Zucker wird teurer, Versicherungen, Transport, Energie, alles. Je näher der 1.Mai rückt, desto größer wird diese Angst. Es fällt den Leuten dann schwer, sich daran zu erinnern, dass für europäisches Geld der radioaktive Sickersee hier in Sillamäe saniert wird und Millionen in die Renovierung von Wasser- und Abwassernetzen fließen.“²⁵³

„Ich persönlich fahre in letzter Zeit aus privaten Gründen viel nach Italien. Aber was ich dabei immer deutlich spüre, sind die großen Barrieren von Seiten der Bürger der "alten" EU-Mitgliedsländer, wie sie auf uns aus dem "Osten" schauen: Man hat Angst vor uns, wir sind die, die ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“²⁵⁴

Der Standard wählt in seinem Spezial Europa einen anderen Weg, die Diskursposition aus den Beitrittsländern einzubringen. In den Beiträgen von Journalisten und Schriftstellern aus den zehn neuen EU-Mitgliedern geht es nicht immer um den Beitritt. Der Dichter Glavkos Koumides aus Zypern etwa gibt ein

²⁵⁰ Kurier, 15. April 2004, „Nach Hause kommen“, Serie Lettland S. 2.

²⁵¹ Die Presse, 17. April 2004, „Slowenien: Kurz gesagt“, S. XII.

²⁵² Die Presse, 17. April 2004, „Ungarn: Kurz gesagt“, S. XIX.

²⁵³ Die Presse, 17. April 2004, „Estland: Kurz gesagt“, S. X.

²⁵⁴ Die Presse, 17. April 2004, „Slowakei: Kurz gesagt“, S. XX.

Stimmungsbild der Hauptstadt Nikosia und erzählt vom Leben in einem geteilten Staat,²⁵⁵ die litauische Schriftstellerin Jurga Ivanauskaitė vom katholischen Glauben der Litauer und ihrer Sprache, Liedgut und Tradition.²⁵⁶ In einigen davon wird jedoch auch die Skepsis oder Freude der Bevölkerung erwähnt:

„Und wenn Slowenien bald auch noch zum Kreis der Nettozahler stößt, hält sich die Freude in Grenzen.“²⁵⁷

„Es ist der feste Glaube, dass diese Verbesserung mit dem EU-Beitritt kommen wird. Der 1. Mai wird als eine Chance für Polen angesehen. Jedoch sind die jungen Polen ungeduldig. Sie hätten gerne schon jetzt alles, was die Union bietet. Sie haben keine Zeit. Sie wollen nicht warten. Europa, das ist das Heute und sehr konkret. Das gemeinsame Europa bedeutet nicht nur die ‚vier Freiheiten‘ und größere Toleranz für Verschiedenheit, sondern auch die Rückbesinnung auf die jeweils eigenen Wurzeln.“²⁵⁸

„Viele Ungarn befürchten, in der Europäischen Union baden zu gehen. Nicht zuletzt deshalb ist das Land tief gespalten und polarisiert. Viele Menschen werden das Gefühl nicht los, bloße Schachfiguren zu sein.“²⁵⁹

Wenn die Krone die Gefühle der Menschen in den beitretenden Staaten wiedergibt, dann nur unter „Jubel bei unseren Nachbarn“²⁶⁰ und „das Strahlen in den Gesichtern vieler, vor allem junger Menschen in den zehn neuen Mitgliedsstaaten“²⁶¹, ein einziger Hinweis in einer Kolumne von Ernst Trost findet sich, dass es auch in den Beitrittsstaaten Unsicherheiten geben könnte: „Obwohl viele [Ungarn, Anm.] bang in die Zukunft blicken, bezeugen zahlreiche Festzelte an den Uferpromenaden doch eine gewisse Europa-Freude.“²⁶²

Diese Sonderbeiträge, Beilagen und Serien versammeln konzentriert, was sonst kaum thematisiert wird: sozusagen die andere Seite, die Sicht

²⁵⁵ Der Standard, 30. April 2004, „Internat mit Puff im Keller“, S. A13.

²⁵⁶ Der Standard, 30. April 2004, „Matriarchat im Land des Regens“, S. A10.

²⁵⁷ Der Standard, 30. April 2004, „Der Hahn von Ormož oder: Wo fast jeder jeden kennt“, S. A8.

²⁵⁸ Der Standard, 30. April 2004, „Polens künftige Elite ist ungeduldig“, S. A4.

²⁵⁹ Der Standard, 30. April 2004, „Werden uns prächtig amüsieren“, S. A6.

²⁶⁰ Krone, 1. Mai 2004, „Jubel bei unseren Nachbarn“, S. 1.

²⁶¹ Krone, 3. Mai 2004, „Wir begraben die Vergangenheit und erwarten die Zukunft“, S. 4.

²⁶² Krone, 3. Mai 2004, „Feuerspiele“, S. 5.

V.2.6. „Tschechien: Der Problemfall“²⁶³: Tschechien, Temelin und die Benes-Dekrete

Die Diskussion um Temelin und die Benes-Dekrete erreicht ihren Höhepunkt vor der Abstimmung über die EU-Erweiterung im Parlament – zwei FPÖ-Gegenstimmen sind die Folge.

Der Diskurs um Atomkraftwerke ist ein in Österreich mit besonderer Emotionalität geführter, dementsprechend Raum erhält hier der entsprechende Diskursstrang im Zuge der Erweiterung bzw. vor allem des EU-Beitritts des Nachbarlandes Tschechien, das ein für Österreich beunruhigendes Atomkraftwerk, Temelin, unweit der Grenze in Betrieb hält. Im Vorfeld wurde versucht, einen Zeitplan zur Stilllegung des Atomkraftwerkes zu vereinbaren, im sogenannten Melker Prozess, mit wechselhaften Ergebnissen, die jedoch im Diskurs in der ersten Jahreshälfte 2004 keine Rolle spielen. Viel mehr geht es um die Sicherheit Österreichs:

„Na sowas, jetzt ist Tschechien auch in der EU, und das AKW Temelin ist noch immer nicht sicherer geworden...“²⁶⁴

... und gleichzeitig, das schwingt deutlich mit, um die Durchsetzungskraft in der EU.

„‘Temelin‘ und ‚Beneš-Dekrete‘ sind von der EU zu einer Sonderangelegenheit Österreichs erklärt worden, die sich Wien selbst mit Prag aushandeln soll. Hoffnungen Österreichs auf ein Umdenken in Prag nach dem EU-Beitritt wurden enttäuscht.“²⁶⁵

„Würde die Vereinbarung über die Schließung nicht eingehalten, wäre dies ein klassischer Fall von Verletzung des EU-Beitrittsvertrages, erklärt der im österreichischen Umweltministerium zuständige Sektionschef Ernst Streeruwitz auf KURIER-Anfrage. Die Folge wäre ein EuGH-Verfahren, verbunden mit Strafzahlungen.“²⁶⁶

²⁶³ Krone, 17. April 2004, „Tschechien: Der Problemfall“, S. 6f.

²⁶⁴ Krone, 11. Mai 2004, „Und Temelin...“, S. 25.

²⁶⁵ Krone, 17. April 2004, „Tschechien: Der Problemfall“, S. 6f.

²⁶⁶ Kurier, 26. Mai 2004, „Diplomatischer Krieg um AKW“, S. 5.

Die Durchsetzungsmacht wird gegenüber Tschechien noch in einem zweiten Fall erprobt: die Benes-Dekrete, mittels derer Deutsche und Österreicher nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet und vertrieben wurden, sind dort noch immer geltendes Recht. Ebenso in der Slowakei, die sich auch beim Thema Atomkraftwerk unfreiwillig in den Diskurs „einklinkt“:

„In Tschechien, der Slowakei und Slowenien, die allesamt am 1. Mai Mitglieder der Europäischen Union sein werden, ist nicht nur nicht von Entschädigung für die Opfer der Vertretungen aufgrund der AVNOJ- und Beneš-Dekrete die Rede, die beiden nördlichen dieser drei Länder weigern sich nach wie vor kategorisch, die Dekrete außer Kraft zu setzen.“²⁶⁷

„STANDARD: Die Probleme zwischen Österreichern und Tschechen werden immer an Temelín und den Benes-Dekreten festgemacht. In beiden Punkten sind "die Tschechen" nach Meinung vieler Österreicher einfach stur. Warum?

Woodhams: Vielleicht, weil die Österreicher sie stur gemacht haben. Aktion weckt immer Gegenaktion. Doch ich möchte gerne unterscheiden: Temelín ist etwas ganz anderes als die Benes-Dekrete. Die Österreicher haben mehr für Umweltschutz übrig als die Tschechen - obwohl die Tschechen jetzt aufholen. Auf der anderen Seite waren manche Aktionen von Österreich kindisch - zum Beispiel die Kinder zum Protest an die Grenze zu stellen. Das hat bei vielen Tschechen Erinnerungen an die kommunistische Zeit geweckt. Da haben sie auch immer Kinder mit Fähnchen aufmarschieren lassen. Die Tschechen fühlten sich provoziert.“²⁶⁸

Als „Erweiterung mit Versagen“ bezeichnet auch ein Leserbrief in der Presse den Beitritt Tschechiens. „Dafür wird von Václav Klaus noch dieses Unrecht geehrt und europaweit von den Medien verbreitet. Wer hat versagt: Die Verhandler, die Medien, Europa?“²⁶⁹

Hier herrscht der viel zitierte „mediale Schulterschluss“: der österreichische Diskurs brandmarkt Atomenergie als schlecht, ebenso den Umgang mit der Vergangenheit in Form der Benes- oder Avnoj-Dekrete.

Ein Diskursstrang, der nicht in seiner Quantität, wohl aber in seiner Qualität wesentlichen Einfluss auf den EU-Erweiterungsdiskurs als Gesamtes hat.

²⁶⁷ Krone, 10. Februar 2004, „Halbwilde Eingeborene?“, S. 4.

²⁶⁸ Der Standard, 24. Jänner 2004, „Kindisch, freundlich und stur“, S. 11.

²⁶⁹ Die Presse, 10. März 2004, „Tschechien: Erweiterung mit Versagen“, S.

V.2.7. Sonderfall 2: Zypern und die gescheiterte Wiedervereinigung



Abbildung 3: Unterwegs nach Europa

Quelle: Krone, 23. April 2004, S. 3.

EU-Erweiterung: Albtraum Zypern – Karikatur Unterwegs nach Europa

„Zypern ist für die EU wirtschaftlich ein Gewinn – höher entwickelt als das ‚Mutterland‘ Griechenland -, aber politisch wegen der Teilung der Insel ein Risikofall.“²⁷⁰

„Die Meinung in Europa über den Beitritt ist gespalten: Holt sich Europa einen Krisenherd in die EU oder hat erst die Aussicht auf den Beitritt den Weg frei gemacht für eine Lösung, an der seit 30 Jahren gerungen wird?“²⁷¹

„Die EU importiert sich eine Krisenbombe aus dem Mittelmeer!“

„Der schon organisierte EU-Erweiterungsjubel am 1. Mai wurde von den Zyperngriechen kräftig verpatzt, die trotz ihres „Neins“ zur Wiedervereinigung den EU-Beitritt (voreilig) in der Tasche haben, ... So schlecht hatte der berühmte EU-Erweiterungsminister Verheugen (‚Ich bin getäuscht worden‘) verhandelt.“²⁷²

„Im Süden haben sich die EU-Erweiterer ohnehin schon total verheddert. Blauäugig tappten die Eurokraten in die Tricks und Fallen der Levante. Nur so konnte die teure Blamage passieren, dass die EU den Inselgriechen die Aufnahme in die E versprochen hatte, ohne die Wiedervereinigung Zyperns zur Bedingung zu machen. ... So ist das im Mittelmeerraum, wenn sich ahnungslose Nordeuropäer

²⁷⁰ Krone, 22. April 2004, „Zypern: Mittelmeerbombe“, S. 6.

²⁷¹ Krone, 22. April 2004, „Zypern: Mittelmeerbombe“, S. 7.

²⁷² Krone, 26. April 2004, „Zypern-Blamage der EU kostet die Nettozahler zwei Milliarden Euro“, S. 4.

auf ‚Handschlagqualität‘ verlassen. EU-Erweiterungskommissar Verheugen (SPD), der schon in Prag (‚Beneš‘) seine Hilflosigkeit unter Beweis gestellt hatte, über seinen neuesten Flop mit Zypern: ‚Ich bin getäuscht worden.‘“²⁷³

„EU-Erweiterungskommissar Verheugen, eine Fehlbesetzung sondergleichen, wird von den Neuen über den Tisch gezogen, dass es eine Freude ist! Jeder wusste, dass es keine Wiedervereinigung auf Zypern geben wird! Nur Verheugen nicht! Hilflös, wie er ist, macht er sich nicht nur in Prag lächerlich (Beneš), sondern es wurden auch seine Verhandlungsergebnisse mit Zypern zur Farce. Seine Entschuldigung: ‚Ich bin getäuscht worden!‘“²⁷⁴ (LB)

„Die USA überlegen eine Aufhebung des Embargos, wollen aber zunächst den Bericht von Kofi Annan an den Sicherheitsrat abwarten. In Brüssel erwägt man außerdem auch Finanzhilfen für den Norden. EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen meinte, die EU sei von den griechischen Zyprioten "getäuscht" worden, weil es eine klare Einigung gegeben habe, das Zypern-Problem nicht an den Griechen scheitern zu lassen. EU-Außenbeauftragter Javier Solana bedauerte das Nein der Griechen und lobte die türkischen Zyprioten.“²⁷⁵

„So erwiesen sich also die griechischen Zyprioten nicht nur für den 1. Mai, sondern langfristig als Spielverderber im Haus der EU.“²⁷⁶

²⁷³ Krone, 8. Mai 2004, „EU: Die Neuen im Süden sind die härtere Nuss“, S. 4.

²⁷⁴ Krone, 10. Mai 2004, „Die Neuen in der EU“, S. 24.

²⁷⁵ Die Presse, 26. April 2004, „Nein zu Wiedervereinigung belastet EU“, S. 5.

²⁷⁶ Die Presse, 26. April 2004, „Meinung: Spielverderber“, S. 5.

V.3. Verkehr

V.3.1. „Gesucht – Anschluss nach Osten“²⁷⁷ – Die Verkehrsanbindung an die beitretenden Nachbarstaaten

„Warum kurz vor der Erweiterung der EU die Autobahnen fehlen – hat die Politik geschlafen?“²⁷⁸ – dem versucht der Kurier im März auf den Grund zu gehen. Und löst damit einen Diskurs mit unterschiedlichen Forderungen und Schuldeingeständnissen aus.

„Die Mobilitätszuwächse wurden unterschätzt. Und es ist am Budget gelegen“²⁷⁹, so zunächst die Antwort von Verkehrsminister Hubert Gorbach. Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll wiederum gibt Versäumnisse zu, man sei aber dennoch früher fertig als die Tschechen, die für den Anschluss der Nordautobahn zuständig seien. „Prölls Fazit: ‚Früher hat es geheißen, wann macht Österreich endlich weiter. Jetzt frage ich: Wann tun Tschechien und die Slowakei weiter?‘“²⁸⁰

Gegenteiliges liest man in der Presse: „Während aber der Autobahnanschluss auf slowakischer Seite fertig ist, dockt Österreich dort erst im Jahr 2007 an.“²⁸¹ kritisiert man hier.

Die Burgenländer Landesregierung wiederum schiebt die Schuld auf den Bund: „Wien, Niederösterreich und Burgenland drängen seit Jahren darauf, dass die Verkehrswege ausgebaut werden.‘ Wenn hier jemand ‚geschlafen‘ habe, dann wohl der Bund.“²⁸²

²⁷⁷ Kurier, 15. April 2004, „Gesucht – Anschluss nach Osten“, S. 14.

²⁷⁸ Kurier, 27. März 2004, „Warum kurz vor der Erweiterung der EU die Autobahnen fehlen“, S. 9.

²⁷⁹ Kurier, 27. März 2004, „Warum kurz vor der Erweiterung der EU die Autobahnen fehlen“, S. 9.

²⁸⁰ Ebenda.

²⁸¹ Die Presse, 3. Mai 2004, „Die verschlungenen Wege in den Osten“, S. 3.

²⁸² Der Standard, 10. April 2004, „Zeit des bösen Erwachens“, S. 13.

„Wien – Prag: Fahrzeit wie 1904!“²⁸³, so ein „Alarmruf“ in der Krone. „Die EU-Erweiterung wurde von den ÖBB verschlafen“, so der Vorwurf des Österreichischen Gewerbevereins, die ÖBB wiederum spielt den Ball zurück an die Politik.

„Dass viel verschlafen wurde, streitet niemand mehr ab.“²⁸⁴ befindet der Kurier zwei Wochen vor der Erweiterung. Im Verkehrsministerium sucht man nun die Kooperation mit den Nachbarstaaten:

„Im Klartext heißt dies, dass grenzüberschreitende Projekte (Straße, Schiene und Wasserweg) künftig abgestimmt werden. Bestes Beispiel ist die Weinviertelautobahn (vormals Nordautobahn). Österreich wollte bis 2012 die Grenze erreichen, doch Tschechien wäre drei Jahre schneller. Gorbach hofft nun, mit privater Hilfe eine Beschleunigung zu erreichen und ebenfalls 2009 mit der A 5 fertig zu sein.“²⁸⁵

„Wer auf der Strecke Bratislava nach Wien auf einer bestens ausgebauten Straße unterwegs ist, der kann nur in der Slowakei sein,“²⁸⁶ ätzt die Krone, wo Österreich doch „speziell die Chancen der EU-Erweiterung so gut nützen wollte.“ Nun habe man „die EU-Erweiterung völlig verschlafen“, so der Vorwurf der Logistiker.

Ob nun Tschechien und die Slowakei auch nicht, sowieso nicht oder doch fertig werden mit dem Bau der Anschlussstraßen – Fakt ist, Österreich kommt hier nicht so gut weg. Das Bild wird dominiert von Chaos und Schuldzuweisungen, und die am häufigsten gebrauchte Metapher des „Wir haben verschlafen“ spricht für sich. Im wesentlichen bleibt die Debatte des Autobahnausbaus jedoch Teil des innenpolitischen Diskurses, der mit dem Diskurs zur EU-Erweiterung hier teils mehr, teils weniger intensiv verschränkt wird.

²⁸³ Krone, 27. April 2004, „Wien – Prag: Fahrzeit wie 1904!“, S. 24.

²⁸⁴ Kurier, 15. April 2004, „Gesucht – Anschluss nach Osten“, S. 14.

²⁸⁵ Ebenda.

²⁸⁶ Krone, 8. Mai 2004, „Straße und Schiene: Milliardenstau beim Ausbau“, S. W 1.

V.3.2. „Österreich droht LKW-Lawine aus dem Osten“²⁸⁷ – Das Transit-Problem.

Gibt es die „Transitlawine“, die „Transitwalze“, die Österreich überfährt?²⁸⁸ Die Befunde fallen unterschiedlich aus.

In Standard und Kurier glaubt man an zusätzlichen Verkehr nach der EU-Erweiterung:

„Sicher ist vor allem eins: der Verkehr wird nach dem Beitritt der Nachbarn zunehmen. Vor allem mehr LKW werden auf den heimischen Straßen unterwegs sein.“²⁸⁹

„Mit dem Beitritt der unmittelbaren Nachbarstaaten droht Österreich eine neue Welle von Transit-Lkw.“²⁹⁰

In der Krone sowieso: „Bei uns in Österreich bringen die offenen Grenzen jedem was: dem Westen Transit, dem Osten Kriminalität“²⁹¹ tönt die Kunstfigur des „Herrn Strudl“ launig.

Allein die Presse ist skeptisch, was den Einfluss der Erweiterung auf den Verkehr betrifft. Die Zunahme könnte sich weniger dramatisch gestalten als von manchen gefürchtet:

„Offen ist auch noch, wie stark der Lkw-Verkehr nach dem 1. Mai durch die EU-Erweiterung steigen wird. Mit der Erweiterung fallen die Kontingente für den Lkw-Verkehr aus Ungarn, Tschechien, Slowenien und der Slowakei weg. Eine weitere Zunahme könnte in einigen Jahren der Beitritt der Erweiterungsstaaten zum Schengen-Abkommen und damit der Wegfall der Grenzen bringen.“²⁹²

„Der Großteil des Verkehrszuwachses werde aber weiter hausgemacht sein, ... Denn der Anteil des Verkehrs aus den Erweiterungsländern am österreichischen Gesamtverkehr, der derzeit bei fünf Prozent liege, werde auf maximal 10 bis 15

²⁸⁷ Kurier, 30. April 2004, „Österreich droht LKW-Lawine aus dem Osten“, Sonderbeilage S. 4.

²⁸⁸ Die vorliegende Arbeit verwendet Wiener Ausgaben der jeweiligen Zeitungen. In den Regionalausgaben des noch stärker vom Transit betroffenen Westens Österreich können mehr bzw. im Ton noch schärfere Artikel zum Thema vermutet werden.

²⁸⁹ Der Standard, 30. April 2004, „Friedensprojekt mit offenen Fragen“, S. 2.

²⁹⁰ Kurier, 30. April 2004, „Österreich droht LKW-Lawine aus dem Osten“, Sonderbeilage S. 4.

²⁹¹ Krone, 4. April 2004, „Herrn Strudls Sonntags-Notizen“, S. 4.

²⁹² Die Presse, 3. April 2004, „Transit: Lkw-Verkehr steigt weiter an“, S.

Prozent steigen. Von einer ‚Verkehrslawine aus dem Osten‘ könne man daher nicht sprechen.“²⁹³

„Die EU-Erweiterung hat die Verkehrsprobleme nicht geändert. Die Transitlawine gibt es in Ostösterreich nicht.“²⁹⁴

Ob hausgemacht oder nicht, wirkt die „Transitlawine“ bedrohlich, der zunehmende Verkehr auf den Straßen ist für Viele zu spüren. Der Diskursstrang zum Transitverkehr stellt quantitativ kein großes Element dar, oft genug wird die Erweiterung jedoch damit in Verbindung gebracht, um ein negatives Element in den Diskurs einzubringen.

²⁹³ Die Presse, 4. Mai 2004, „Transit: Verkehrsschub aus den neuen EU-Ländern“, S.

²⁹⁴ Die Presse, 24. Mai 2004, „Erweiterung: Keine Transitwalze im Osten“, S.

V.4. Sicherheit

V.4.1. „Ostgangster – Die Krake ist schon hier“²⁹⁵

Die Sicherheit ist ein sehr emotional diskutiertes Thema, auf das sich vor allem die Krone stürzt – die oben zitierte Schlagzeile stammt jedoch aus der Qualitätszeitung „Der Standard“, ein Beispiel dafür, dass auch dort gelegentlich mit sensationsheischenden Titeln gearbeitet wird, gibt der Bericht doch weitgehend Entwarnung seitens der Exekutive. Der oben zitierte Titel ergibt sich aus der Stellungnahme eines Experten:

„‘Die Krake ist schon hier. Der Schlagbaum hat sie nicht aufgehalten‘, sagt der stellvertretende Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Holger Bernsee.“²⁹⁶

Vermeintliches Risiko Nummer Eins: vermehrte Einbrüche und Diebstähle durch „Ostbanden“. Bereits im Februar warnt die Krone: „Österreich nach EU-Erweiterung noch stärker im Visier der Täter: Immer mehr Einbrüche, Überfälle durch Profi-Banden aus dem Osten.“²⁹⁷ Dass die Täter hierbei nicht aus den neuen EU-Ländern kommen und die Exekutive „nicht besorgt“ ist, geht völlig unter. Zwei Tage später legt Kolumnist Günther Nenning eins drauf:

„Es kommt, es ist nicht aufhaltbar, dieses Kriminal-Europa, Pardon, die EU-Erweiterung, gleich um die Ecke im Mai und gleich um zehn Staaten, alle liebenswert. Herzlich willkommen.“²⁹⁸

Ebenfalls vielsagend: die Einleitung zu einer kleinen Umfrage zur EU-Erweiterung: „Wie wird es wirklich werden nach dem 1. Mai? Wird die Kriminalität steigen?“²⁹⁹. In zwei der sechs Statements wird ein Gefühl der steigenden Unsicherheit

²⁹⁵ Der Standard, 15. April 2004, „Ost-Gangster: ‚Die Krake ist schon hier‘“, S. 6.

²⁹⁶ Ebenda.

²⁹⁷ Krone, 9. Februar 2004, „Immer mehr Einbrüche, Überfälle durch Profi-Banden aus dem Osten“, S. 9.

²⁹⁸ Krone, 11. Februar 2004, „Kriminal-Europa“, S. 4.

²⁹⁹ Krone, 1. Mai 2004, „EU-Erweiterung: Zuversicht und Skepsis bei Österreichern!“, S. 12.

erwähnt. Mit Foto, Name, Alter und Beruf sieht man hier „Menschen wie du und ich“, deren Ängste umso realer wirken.

„Edith Farkalits (54) aus Wien. Die Angestellte ist gegen die Erweiterung: ‚Wir haben jetzt schon so viele Ostbanden und Einbrecher hier, das wird noch schlimmer werden. Ich mache mir um unsere Sicherheit Sorgen.‘“³⁰⁰

Auch in Leserbriefen vermitteln viele Schreiber ihre Befürchtungen:

„Die Kriminalitätsrate wird sprunghaft ansteigen, und über kurz oder lang werden wir genau solche Zustände haben wie in anderen westlichen Großstädten.“³⁰¹

„[Nach Schilderung eines Einbruchs in das Eigenheim des Schreibers, Anm.] Die Politiker sehen die Osterweiterung als positiven Erfolg, aber die Bevölkerung im Grenzgebiet hat – wie man sieht nicht unbegründet – Angst davor.“³⁰²

„Jetzt geben es schon teilweise unsere EU-Hochjubler zu, dass die importierte Kriminalität nicht mehr zu bewältigen sein wird. Unsere Gefängnisse sind übevoll.“³⁰³

Dass Straftaten in Österreich von aus dem Osten stammenden Tätern verübt werden, entgeht auch den anderen Tageszeitungen nicht, das Thema wird jedoch bei weitem nicht in diesem Stil aufgebauscht.

Anlässlich eines Überfalls am Großgrünmarkt in Wien heißt es allerdings auch im Kurier:

„Beobachtern fällt auf, dass immer öfter Banden unterwegs sind. Nach Einschätzungen von Experten stammen sie aus dem Osten und haben die EU-Erweiterung auf kriminelle Weise vorweggenommen.“³⁰⁴

Nach ähnlicher Erkenntnis aus der Kriminalstatistik des Jahres 2003 meint auch Klaus Stöger in der Presse: „Die bange Frage stellt sich: Ist die Wiener Polizei wirklich für die bevorstehende EU-Erweiterung gerüstet?“³⁰⁵

³⁰⁰ Ebenda.

³⁰¹ Krone, 8. April 2004, „Der EU-Sumpf“, S. 28.

³⁰² Krone, 20. April 2004, „Angst vor der nahen Osterweiterung“, S. 25.

³⁰³ Krone, 10. Mai 2004, „Jahrhundertchance?“, S. 24.

³⁰⁴ Kurier, 23. Februar 2004, „Kriminalität aus dem Osten“, S. 9.

³⁰⁵ Die Presse, 16. Jänner 2004, „Tatort Wien: Serie in 259.000 Folgen“, S. 11.

Der Standard hingegen zitiert eher beruhigende Berichte des Deutschen Bundeskriminalamts, und auch im Lead des eingangs erwähnten Artikels heißt es: „Die EU- Erweiterung bietet auch Verbrechersyndikaten einen größeren Markt. Experten warnen aber vor Hysterie: Sie erwarten keinen akuten Kriminalitätsanstieg nach dem 1. Mai.“³⁰⁶

V.4.2. „Letzte Schlepperoffensive“³⁰⁷ – Menschenschmuggel und Flüchtlingswellen

Abgesehen von der Einbruchs-Kriminalität sind Menschenschmuggel, (in geringerem Umfang) Prostitution und die Asylproblematik relevant für den Sicherheits-Diskurs.

Befürchtungen der Kinderhilfsorganisation Unicef warnen in Presse und Standard vor einer Zunahme des Schleppertums:

„Österreich wird im Zuge der EU-Erweiterung nicht nur bei einer funktionierenden Lösung für Asylwerber gefordert sein, sondern auch den Kampf gegen den Menschenhandel intensivieren müssen: Nach der EU-Polizeiorganisation Europol warnt jetzt auch das UN-Kinderhilfswerk Unicef, dass das Schleppertum im Zuge der EU-Erweiterung zunehmen wird.“³⁰⁸

„Es sei zu befürchten, dass die Menschenhändler nach der kommenden Osterweiterung verstärkt Schlupflöcher für die Ausdehnung ihrer Geschäfte fänden, hieß es.“³⁰⁹

Auch im Rotlichtmilieu könnte es zu Problemen kommen, nachdem Prostituierte aus den neuen EU-Staaten ab dem Beitritt ihr Gewerbe als Selbständige frei in Österreich ausüben dürfen.

„Rotlicht-Mafia aus ehemaliger Sowjetunion will nach EU-Erweiterung in den Westen – AIDS-Gefahr durch Ostmädchen“³¹⁰ geht es in der Krone Anfang April zunächst hauptsächlich um das Gesundheitsrisiko.

³⁰⁶ Der Standard, 15. April 2004, „Ost-Gangster: ‚Die Krake ist schon hier‘“, S. 6.

³⁰⁷ Der Standard, 10. Februar 2004, „Letzte Schlepperoffensive“, S. 8.

³⁰⁸ Die Presse, 5. April 2004, „Erweiterung: Unicef warnt: Schleppertum wird zunehmen“, S.

³⁰⁹ Der Standard, 9. April 2004, „Menschenhändler nutzen EU-Erweiterung“, S. 5.

„Mehr Sex-Mädchen aus dem Osten?“ titelt sie wenig später, und nun steht die Gefahr durch Kämpfe im zwischen Zuhältern im Vordergrund: „Heimische Sicherheitsexperten befürchten, dass osteuropäische Zuhälterbanden nun versuchen, in unserem Land verstärkt Fuß zu fassen.“³¹¹ Auch im Standard werden unmittelbar vor der Erweiterung Schwierigkeiten erwartet: „Und Auseinandersetzungen im Rotlichtmilieu, wo nicht selten auch Menschenhändler involviert sind, werden erfahrungsgemäß nicht auf die feine Art ausgetragen.“³¹² Außer diesem kurzen Problembereich ist Prostitution sonst jedoch kein Thema im Diskurs.

Ab dem 1. Mai gilt eine neue Regelung für Asylwerber: sie dürfen in das EU-Land, in dem sie zuerst registriert worden sind, zurückgeschoben werden. Das bedeutet, Flüchtlinge, die bereits beispielsweise in der Slowakei oder Tschechien aufgetaucht sind und in Österreich aufgegriffen werden, dürfen hier keinen Asylantrag stellen sondern werden zurückgeschickt.

Schon im Februar berichtet daher der Standard von einer „letzten Schlepperoffensive“, die bis zum 1. Mai erwartet werde: „Bis dahin, so die Vermutung im Innenministerium, würden Schlepper verstärkt versuchen, Flüchtlinge nach Österreich zu schleusen. Nach dem 1. Mai sei eine gewissen Entspannung zu erwarten.“³¹³

Sehr groß wird über die Flüchtlingsthematik im Kurier berichtet, mit einem ganzseitigen Bericht vor dem 1. Mai – „Flüchtlingswelle aus neuen EU-Ländern“³¹⁴ – und zweien danach – „Flüchtlingsstrom versiegte fast“³¹⁵, „Traum vom Westen endet in der Slowakei.“³¹⁶ Begleitet sind diese Reportagen von Bildern und konkreten Geschichten von Flüchtlingen, sowie Informationen zur gesetzlichen und tatsächlichen Lage in Österreich, wo mit 1. Mai auch ein neues Asylgesetz in

³¹⁰ Krone, 4. April 2004, „AIDS-Gefahr durch Ostmädchen“, S. 8.

³¹¹ Krone, 27. April 2004, „Mehr Sex-Mädchen aus dem Osten?“, S. 12.

³¹² Der Standard, 30. April 2004, „Friedensprojekt mit offenen Fragen“, S. 2.

³¹³ Der Standard, 10. Februar 2004, „Letzte Schlepperoffensive“, S. 8.

³¹⁴ Kurier, 30. April 2004, „Flüchtlingswelle aus neuen EU-Ländern“, S. 9.

³¹⁵ Kurier, 7. Mai 2004, „Flüchtlingsstrom versiegte fast“, S. 13. Man beachte auch hier die in der Asyl- wie der Migrationsfrage häufig benutzten meteorologischen Metaphern.

³¹⁶ Kurier, 9. Mai 2004, „Traum vom Westen endet in der Slowakei“, S. 4.

Kraft tritt, dass die Aufteilung der Menschen von den großen Flüchtlingslagern in kleinere Quartiere regelt.

Die Krone berichtet ebenfalls vor der Osterweiterung: „Anzahl der Asyl-Anträge explodiert vor der EU-Osterweiterung: „Niederösterreich als Transitland für Tausende illegale Grenzgänger“³¹⁷, weit größer ist jedoch der Bericht über die weiteren Überwachungsmaßnahmen, mit großer Schlagzeile am Titelblatt: „‘Krone‘-Lokalausweis drei Tage vor der EU-Osterweiterung am 1. Mai: Ostgrenze bleibt streng bewacht.“³¹⁸ In der Reportage geht es um den Schutz des Landes durch Bundesheer-Soldaten, die an der Grenze zur Slowakei ihren Kontrollposten haben, der Leser soll ein Gefühl der Sicherheit bekommen. Direkter Bezug zur EU-Erweiterung wird keiner mehr hergestellt.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die neuen EU-Mitglieder zwar noch nicht Mitglieder des Schengen-Abkommens, aber dennoch für die Sicherung der Außengrenzen zuständig sind. Innenminister Ernst Strasser hofft im Standard auf die „Osterweiterung als Sicherheitsgurt“³¹⁹, und die Presse bekundet nach einem Lokalausweis am „Ende der Welt“, der polnischen Außengrenze, wo die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt wurden: „Bisher war die Grenze zur Ukraine und zu Weißrussland ein offenes Tor für Schlepperbanden. Jetzt wird sie verriegelt.“³²⁰

Im Zuge dessen wird die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung als Chance gesehen, in ihrem Spezial zur EU-Erweiterung berichtet die Presse von drei verschiedenen österreichischen Initiativen, bei denen unter anderem Polen und die Slowakei beteiligt sind. Erste Erfolge sind auch schon zu verzeichnen: „Immerhin, so Innenminister Strasser, habe die Zusammenarbeit mit der Slowakei

³¹⁷ Krone, 20. April 2004, „Niederösterreich als Transitland für Tausende illegale Grenzgänger“, S. 19.

³¹⁸ Krone, 28. April 2004, „Ostgrenze bleibt streng bewacht“, S. 1.

³¹⁹ Der Standard, 2. Februar 2004, „Innenminister Strasser hofft auf ‚Osterweiterung als Sicherheitsgurt‘“, S. 3.

³²⁰ Die Presse, 15. April 2004, „Schutz der Außengrenze: Polen trägt jetzt Hauptlast“, S.

die illegale Migration um ein Viertel reduziert, die Zahl der gestohlenen Autos halbiert.“³²¹

V.4.3. „Ich habe noch nie Schmiergeld bezahlt“³²² – Betrug und Korruption

„Das Europaparlament fordert die Beitrittskandidaten mit Nachdruck auf, mehr gegen die Korruption zu unternehmen.“³²³ heißt es in der Presse im März. Der Kurier widmet sich dem Thema in kurzen Artikeln zur Sicherheit im Rahmen seiner Serie von Länderporträts.

„Korruption ist ein ‚relativ begrenztes Problem‘“³²⁴ (Estland)
„Große Erfolge gegen Mafia und Korruption“³²⁵ (Slowakei)
„Schweijks zäher Kampf gegen die Korruption“³²⁶ (Tschechien)
„Gläserne Westentasche‘ in der Puszta – Ungarn bekämpft massiv die Korruption“³²⁷ (Ungarn)

Die Schlagzeilen geben schon wieder, dass es um den Kampf gegen die Korruption geht, auch in den anderen Beitrittsstaaten ist sie Thema. Auch über Zypern heißt es: „Die Bekämpfung der Korruption sollte aber noch auf eine umfassendere Basis gestellt werden.“³²⁸

Einigermaßen überzeugend gebannt ist die Korruption nur in Slowenien: „Korruption ist sehr gering“, heißt es da, und: „Slowenien ist der einzige Beitrittsstaat, dem ein EU-Kommissionsbericht bescheinigt, dass ‚sich die Korruption in Grenzen hält.‘“³²⁹

³²¹ Die Presse, 22. April 2004, „Sichere Grenzen: Zwischen Abschottung und Freizügigkeit“, S. VII.

³²² Die Presse, 19. Mai 2004, „Ich habe noch nie Schmiergeld bezahlt“, S.

³²³ Die Presse, 11. März 2004, „Beitrittsländer: Korruption bleibt Hauptübel“, S.

³²⁴ Kurier, 13. April 2004, „Korruption ist ein ‚relativ begrenztes Problem‘“, S. 4.

³²⁵ Kurier, 15. April 2004, „Große Erfolge gegen Mafia und Korruption“, S. 4.

³²⁶ Kurier, 16. April 2004, „Schweijks zäher Kampf gegen die Korruption“, S. 4.

³²⁷ Kurier, 14. April 2004, „‘Gläserne Westentasche‘ in der Puszta“, S. 4.

³²⁸ Kurier, 14. April 2004, „Zypern wurde zum Eldorado von Schiebern und Oligarchen“, S. 4.

³²⁹ Kurier, 13. April 2004, „Uniformierte Vorzugsschüler“, S. 4.

Auch in den Länderporträts der Krone wird auf Verbrechen und Korruption eingegangen: „abenteuerliche Korruptionsskandale in der wirtschaftlichen und politischen Elite“³³⁰ in Polen, „Wie Polen wird Litauen seit der ‚Wende‘ von Korruptionsskandalen geplagt“³³¹ (Litauen), „Hauptsorge der lettischen Regierung ist der Kampf gegen die allgegenwärtige Korruption“³³² (Lettland).

„Das ist ein bisschen aufgespielt und nicht höher als in anderen Ländern“, wird hingegen Air-Baltic-Chef Bertolt Flick, ein Deutscher, in der Presse zur Situation in Lettland zitiert. „Ich habe noch nie Schmiergeld bezahlt.“³³³

Neben Korruption sind Betrug und Geldwäsche in einigen der beitretenden Staaten ein Problem. „Im Kampf gegen Geldwäsche und kriminelle Finanztransaktionen sieht Michael Ikrath, der neue Generalsekretär des österreichischen Sparkassenverbandes, bei Polen, dem größten EU-Beitrittsland, noch ‚erhebliche Defizite‘“³³⁴. „Fortschritte bei der Bekämpfung der Geldwäsche“³³⁵ werden Malta von der EU-Kommission bescheinigt, aber in Zypern sieht die Situation nicht gut aus: „Dieses ruhige Klima und darüber hinaus die sehr liberalen Bankengesetze lieben vor allem jene russischen Oligarchen, die sichere Veranlagungsmöglichkeiten für ihre illegalen Gelder suchen.“³³⁶

Hier werden also auch die Mittelmeerstaaten in den Diskurs über Finanzkriminalität hineingezogen, bei Zypern wird jedoch sofort wieder die Verbindung zum Osten, i.e. Russland, hergestellt.

Die Krone sieht allerdings noch in einem weiteren Punkt eine Gefahr für die Österreicher: „EU-Erweiterung: Bald lettische Cannabis-Butter in Österreich?“ Aufregung um den Hanf-Brottaufstrich, obwohl zugegeben wird: „Zwar bleibt durch den Verzehr der Butter der berauschende Effekt aus, aber immerhin wird sie aus

³³⁰ Krone, 16. April 2004, „Das Sorgenkind“, S. 7.

³³¹ Krone, 15. April 2004, „Polens ‚kleiner‘ Bruder“, S. 4.

³³² Krone, 14. April 2004, „Russlands Ärgernis“, S. 5.

³³³ Die Presse, 19. Mai 2004, „Ich habe noch nie Schmiergeld bezahlt“, S.

³³⁴ Der Standard, 10. März 2004, „Noch viele Defizite in EU-Sicherheitspolitik“, S. 10.

³³⁵ Kurier, 16. April 2004, „Hauptproblem ist die Überwachung der ‚nassen Grenzen‘“, S. 4.

³³⁶ Kurier, 14. April 2004, „Zypern wurde zum Eldorado von Schiebern und Oligarchen“, S. 4.

dem Samen der Cannabis-Pflanze gewonnen.“³³⁷ Was wiederum die Presse zu einer Replik in Form einer Glosse veranlasste: „Böse, böse Butter!“³³⁸, die die Panikmache anlässlich der EU-Erweiterung verurteilt.

Tatsache bleibt, dass die Beitrittsländer des Öfteren in Verbindung mit Kriminalität gebracht werden, dass nicht nur in Krone und Kurier sondern auch in Presse und Standard die Frage nach Verbrechen und Korruption in Zusammenhang mit Stimmungsberichten aus den Ländern oder Interviews mit Experten oder Expatriots selbstverständlich scheint.

³³⁷ Krone, 28. April 2004, „EU-Erweiterung: bald lettische Cannabis-Butter in Österreich“, S. 12.

³³⁸ Die Presse, 4. Mai 2004, „Böse, böse Butter!“, S.

V.5. Kultur

V.5.1. „Was sind das für welche?“³³⁹ – Portraits und Serien zu den beitretenen Kandidaten

„Wenn neue Mitbewohner ins Haus ziehen, sollte man sich bemühen, sie kennen zu lernen. Man sollte mit ihnen ins Gespräch kommen, denn es könnten interessante Menschen sein. Und sie könnten uns außerdem durch neue Ideen und Gedanken dazu bringen, unsere Weltanschauung zu erweitern. Es ist also an der Zeit, die Tugend der Neugierde zu pflegen und aufmerksam zu sein.“³⁴⁰

So die Einleitung zu einer von der österreichischen Bundesregierung im Rahmen ihrer Informationsoffensive zur EU-Erweiterung gemachten Beilage „Die Neuen Lesen – Literatur aus den Beitrittsstaaten“. Diese versammelt literarische Beiträge und nennt die Namen einiger Schriftsteller aus den neuen EU-Mitgliedern. Sie liegt Anfang April sowohl Presse als auch Standard bei.

Aber auch die Zeitungen selbst haben Serien und Extras zu den beitretenen Ländern gestaltet.

Die Krone startet am 11. April mit „Willkommen in Europa“ ihre Serie zur EU-Erweiterung. Es folgen Porträts der neuen EU-Staaten, mit bunten, freundlichen Fotos. Sport, Kultur und Küche des jeweiligen Staates werden in positiven Tönen vorgestellt. Bei der Wirtschaft werden zumindest die österreichischen Firmen in den Beitrittsländern positiv dargestellt, die Politik wird zumeist eher kritisch betrachtet. In manchen Ländern kommt auch die hohe Kriminalitätsrate negativ zur Sprache. Ergänzend kommt eine Karte des Landes mit wichtigen Daten (Fläche, Einwohnerzahl, Währung, Hauptstadt etc.) steckbriefartig zusammengefasst hinzu, ebenso die Rubrik „Wussten Sie das?“, in der diverse Fakten – von der hohen Selbstmordrate in Estland³⁴¹ bis zu kostenlosem Eintritt in Ungarns staatlichen Museen³⁴².

³³⁹ Die Presse, 26. April 2004, „Was sind das für welche?“, S.

³⁴⁰ David Axmann et al., „Die Neuen Lesen“, S. 1., Wien 2004.

³⁴¹ Krone, 13. April 2004, „Trauriger Rekord“, S. 5.

³⁴² Krone, 18. April 2004, „Kostenlose Museen“, S. 5.

Der Kurier stellt ab 13. April in seiner Serie „10 neue EU-Mitglieder im Porträt“ in jeder Ausgabe zwei der zehn Staaten vor. Die Titelseite zeigt jeweils das Land auf der Europakarte blau eingefärbt und einen großen Puzzlestein, auf dem ein Bewohner in typischer Kleidung zu sehen ist. Daneben sind die wichtigsten touristischen Punkte unter „Was man gesehen haben muss“ und „Was man erlebt haben muss“ gelistet.

Ein Gastkommentar eines Journalisten aus dem jeweiligen Land sowie eine Karikatur unter dem Motto „Was wir über ...wissen“ folgen, danach eine Reportage über einen Bewohner des Landes, den es nach Österreich verschlagen hat oder umgekehrt einen Österreicher, der ausgewandert ist. Wirtschaft, Justiz, Verkehr, Sicherheit, Sport und Kultur widmen sich die Beiträge, sowie jeweils noch eine Reportage über eine Besonderheit des Landes – über einen Sprachkurs an der tschechischen Grenze³⁴³ oder eine DNA-Datenbank in Estland³⁴⁴.

Weiters gibt es im Kurier eine Serie über die Börsen der Beitrittsländer, bei der Schwerpunkte und Geschichte der jeweiligen Handelsplätze präsentiert werden, von Anfang März bis Anfang April. Ende März beginnt die Serie „Gemeinsame Geschichte mit den neuen EU-Ländern“³⁴⁵, Anfang April „Karriere in der ‚neuen‘ EU“, bei der jeweils ein Österreicher von Arbeit und Leben in einem der Beitrittsländer erzählt. Im Mai läuft dann „Wie die neuen EU-Bürger wohnen“, wo man erfährt, dass in Malta immer mehr Single-Wohnungen gefragt sind³⁴⁶ und dass die Ungarn meist in Eigenheimen wohnen.³⁴⁷

Am 11. April widmet sich ein Kultspezial der Osterweiterung – mit Beiträgen zu Fashion, Models und Designern, Pop und Elektronik-Musik, Extremsport und „Schräges, Interessantes und Kurioses über die neuen Mitgliedsländer: Vom lettischen ‚Big Brother‘-Verschnitt über den Erfinder der heißen Dauerwelle bis zu zypriotischen Pistensäuen“³⁴⁸.

³⁴³ Kurier, 16. April 2004, „Durchs Reden kommen die Leut‘ zusammen“, Serie Tschechien, S. 2.

³⁴⁴ Kurier, 13. April 2004, „Ein Volk spendet seine Gene“, Serie Estland, S. 5.

³⁴⁵ Siehe Monarchie

³⁴⁶ Kurier, 22. Mai 2004, „Das katholische Malta unterstützt Ehepaare beim Hauskauf“, S. 41.

³⁴⁷ Kurier, 8. Mai 2004, „Die meisten Ungarn wohnen im Eigenheim“, S. 47.

³⁴⁸ Kurier, 11. April 2004, „Land in Sicht – Die große EUphorie“, S. 36f.

Der Presse liegt am 17. April eine Sonderausgabe der Beilage Spectrum zur EU-Erweiterung bei. Es enthält keine klassischen Länderporträts, sondern versammelt Beiträge, die sich mit je einem willkürlich herausgenommenen Aspekt des jeweiligen Kandidatenlandes in essayistischer Form befassen.

Einen achtseitigen „Schwerpunkt EU-Erweiterung“ gibt es am 22. April, außerdem startet am 23. April eine Serie über Bürger der Beitrittsländer, die in Wien wohnen, Communities gegründet haben, Aktivitäten etwa der Botschaften, um diese zusammen zu halten. Diese hat nur sieben Folgen – die beiden Inseln³⁴⁹ und die „baltischen Drillinge“³⁵⁰ werden jeweils zusammen behandelt.

Im Standard läuft bereits im Jänner die erste Serie zur EU-Erweiterung: „Medien bei den Neuen“ wirft einen Blick auf die Situation in Print- oder elektronischen Medien in den Beitrittsstaaten. „Erweitertes Spielfeld“ nennt sich eine Serie, die in loser Folge über Sportler der neuen EU-Mitglieder berichtet, die aber auch viel über die einzelnen Gesellschaften vermittelt. Ganz um Kultur und Gesellschaft geht es ab 30. April in der Serie „Unterwegs im anderen Europa“, die von Karl-Markus Gauß geschrieben wird:

„Zur jetzt Realität werdenden Erweiterung der EU um zehn Staaten hat der Standard einen österreichischen Schriftsteller eingeladen, subjektive Reisereportagen als Serie zu publizieren. Es sind dies ‚Wirtshausgespräche in der Erweiterungszone‘ eines Autors, der sich seit langem mit den bisherigen Rändern Europas beschäftigt.“³⁵¹

Diese beschreiben völlig unterschiedliche Personen und –gruppen aus den bereisten Ländern. Sie handeln von ausländischen Businessleuten in Lettland, die am Abend dem Alkohol frönen, um „in ein Stadium der Enthemmung über zu gehen, ohne das sie vermutlich ihr Tageswerk nicht ohne tiefe Depression überstehen würden“³⁵². Und vom „Dorf der vierzig Tartare“ in Litauen, wo die muslimischen Frauen keine Kopftücher tragen, während überall sonst im Land auch junge Frauen mit schicken Kopftüchern zu sehen sind.³⁵³ Oder von

³⁴⁹ Die Presse, 29. April 2004, „Malta und Zypern: Wehrhafte Inseln in Wien“, S.

³⁵⁰ Die Presse, 26. April 2004, „Was sind das für welche?“, S.

³⁵¹ Der Standard, 30. April 2004, „Östlichste Stadt des reichen Europa“, S. 2.

³⁵² Der Standard, 3. Mai 2004, „Die warzigen Kiwis aus Georgien“, S. 2.

³⁵³ Der Standard, 4. Mai 2004, „Im Dorf der vierzig Tartaren“, S. 2.

slowakischen Studenten, die jeden Sommer begeistert nach Amerika reisen, um dort Geld zu verdienen.³⁵⁴

Es sind unterschiedliche Geschichten, die die Vielfalt der neuen Länder aufzeigen, sie jedoch gleichzeitig doch etwas exotisch anmuten lassen. Sie bringen dem Leser die Hauptpersonen und die beschriebenen Gegenden näher, jedoch mehr als Reiseziele oder eben Personen in teils abenteuerlichen Geschichten, weniger als „normale Bürger“ in der neuen, größeren Union.

In der Freitagsbeilage Rondo gibt es zusätzlich eine Serie zu „Design in den Beitrittsländern“, sowie am 23. April eine kulinarische Rundschau unter dem Titel „Erweitert‘ is“.

Am 30. April widmet sich ein Spezial Europa ebenfalls den neuen Mitgliedern: mit Karte und Steckbrief (Einwohner, Fläche, Hauptstadt, Religionen etc.). Hier wurde jeweils ein Journalist oder Schriftsteller eingeladen, etwas über sein Land zu schreiben; in vielen Beiträgen geht es um die Beziehung zu Europa, in einigen nicht oder nur am Rande. Zusätzlich gibt es zu den MOEL auch redaktionelle Beiträge. Über Hamsterkäufe in Tschechien³⁵⁵, Autobauer in der Slowakei³⁵⁶, Bäuerinnen in Polen³⁵⁷ oder über slowenische Waschmaschinen³⁵⁸.

V.5.2. „Für immer Osten“³⁵⁹ – Die Beständigkeit eines Images

„Wenige Tage vor dem feierlichen Beitritt von Tschechien, der Slowakei, Polens, Ungarns und Sloweniens - des alten ‚Ostens‘ - zur EU lohnt es, sich an die Zeit Mitte und Ende der Achtzigerjahre zu erinnern, als der ‚Osten‘ noch der Osten war, mit seiner ganzen atmosphärischen Tristesse, dem armseligen

³⁵⁴ Der Standard, 7. Mai 2004, „Unter slowakischen ‚Amerikanern‘“, S. 2.

³⁵⁵ Der Standard, 30. April 2004, „Hamsterkäufe vor Preisschüben“, S. A2.

³⁵⁶ Der Standard, 30. April 2004, „Bald größter Autobauer der Welt“, S. A3.

³⁵⁷ Der Standard, 30. April 2004, „Bäuerinnen als Vorbilder“, S. A5.

³⁵⁸ Der Standard, 30. April 2004, „Waschmaschinen als Aushängeschilder“, A8.

³⁵⁹ Der Standard, 30. April 2004, „Für immer Osten“, S. 1.

Lebensstandard, der eisernen politischen Repression - und doch der Ahnung von etwas anderem, das in der Luft lag.“³⁶⁰

Die danach angeführten positiven Veränderungen sind im Bewusstsein der Österreicher noch nicht ganz angekommen, und auch im Diskurs der Medien werden immer wieder Ost-Images und Attribute verstärkt.

„Die polnischen Studenten haben sich in Wien beinahe so wohl gefühlt wie daheim vor 15 Jahren. Und sie haben dafür fast kein Geld ausgegeben.“³⁶¹

Zu diesem Schluss kommt Daniel Glattauer in seiner Glosse im Standard, nachdem polnische Studenten auf Besuch in Wien stets argwöhnisch betrachtet und nicht gerade zuvorkommend behandelt wurden.

Dieser auf die Beitrittsländer hinabblickende Ton findet sich auch in mehreren Artikeln, unter anderem in den Karriere-Serien, wo Expatriots das Leben dort schildern und dabei etwa das Lebensmittelangebot in den Städten anpreisen oder die „modernen Menschen“:

„Doch nicht nur beruflich hat das Leben in Warschau seinen Reiz. ‚Das Lebensmittelangebot hat sich enorm verbessert und ist sehr international‘, freut sich Krenek. Die Öffnungszeiten - Geschäfte halten auch samstags und sonntags von 10 bis 21 Uhr geöffnet - empfindet er komfortabler als in Wien.“³⁶²

„Glashauser kann Litauen in Sachen Lebensqualität durchaus empfehlen. ... Früher, so Österreichs Botschafter, seien Gegenstände des täglichen Gebrauchs mitunter Mangelware gewesen – ‚heute bekommen Sie alles‘. Glashauser ergänzt: ‚Wenn Sie darauf gefasst sind, dass es manchmal Ausfälle gibt . . .‘ Ein Beispiel: ‚Heute früh hatten wir eine Stunde lang kein Warmwasser.“³⁶³

„Die Menschen würden sehr international denken. ‚Sie sind modern und zukunftsorientiert‘, hält Deitzer fest. Auch die Lebensqualität sei in Ordnung.“³⁶⁴

Die Beständigkeit der Ost-Images zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie nicht offen thematisiert werden. Oft sind es nur Nebensätze, die aber die Fortschreibung dieser Etikettierungen umso wirksamer machen:

³⁶⁰ Der Standard, 20. April 2004, „Erinnerungen an den Osten (I)“, S. 27.

³⁶¹ Der Standard, 30. April 2004, „Für immer Osten“, S. 1.

³⁶² Kurier, 10. April 2004, „Koche gerne österreichisch“, S. 46.

³⁶³ Der Standard, 26. Juni 2004, „Litauen: Sprachexot mit Power“, S. K2.

³⁶⁴ Kurier, 17. April 2004, „Baltikum ist das Tor zu Russland“, S. 70.

„Die rasche Hereinnahme von gleich zehn Staaten, die sehr anders sind und jedenfalls ärmer....“³⁶⁵

„Dem Model-Nachwuchs aus Osteuropa kommt neben der Leidensbereitschaft auch die Vergangenheit hinter dem Eisernen Vorhang zugute: ‚Sport war dort ein zentraler Bestandteil des Lebens‘, erklärt Schwarz. ‚Dadurch haben die Mädchen nicht nur Topfiguren sondern können auch konzentriert und ausdauernd arbeiten. Durch die Armut in ihrer Heimat sind sie hochmotiviert, schnell Geld zu verdienen und ihre Familie zu unterstützen. Und durch das ehemalige Staatsgefüge sind sie gewohnt, sich unter zu ordnen, und finden sich in der Business-Maschinerie besser zurecht.“³⁶⁶

„‘Mein Partnerkind hat gar keine Schultasche, sondern nur ein Billa-Sackerl‘, bemerkt Stephanie traurig und ist gleich bereit zu helfen: ‚Wenn ich ein paar Euro hätte, ich würde sie ihr geben.“³⁶⁷

„Dort drüben“, das ist klar, ist einfach noch nicht alles wie bei uns – und wird es noch lange nicht sein, so der Subtext. Hier im letzten Fall, einem Bericht über ein Schulprojekt, wird die Slowakei praktisch als Entwicklungsland dargestellt. Im Diskurs konsistieren sich so fortwährend dieselben Bilder und Images, ein Kreis, aus dem auszubrechen nicht einfach scheint.

V.5.3. „Als Böhmen noch bei Österreich war...“³⁶⁸ – Anknüpfen an die k. und k.- Zeit

„Österreich und Ungarn san wieda vereint. Allerdings net unter der Habsburger-Krone, sondern unterm Sternenbanner der EU!“³⁶⁹

„Sich daheim fühlen, Nähe spüren und Vertrautheit – auch wenn auf den k.u.k. Fassaden rote Spruchbänder die Parolen einer zutiefst fremden Ideologie verkündeten und hinter den Mauern machtbesessene Apparatschiks über die neue Ordnung wachten, in Böhmen und Mähren, in der Slowakei, in Ungarn, in Slowenien und in jenen Teilen Polens, die einmal zur Donaumonarchie gehört

³⁶⁵ Krone, 11. Februar 2004, „Kriminal-Europa“, S. 4.

³⁶⁶ Kurier 11. April 2004, „Schön, exotisch und leidensbereit“, S. 34.

³⁶⁷ Kurier, 29. April 2004, „Beschnupern mit Ahoj und Servus“, S. 14.

³⁶⁸ Kurier, 28. März 2004, „Freud, Porsche und böhmische Großmütter“, S. 6-7.

³⁶⁹ Krone, 1. Mai 2004, „Herrn Strudls Feiertagsnotizen“, S. 2.

hatten, war es einem immer bewusst: Was da durch einen Eisernen Vorhang abgetrennt war, gehörte in Wirklichkeit zusammen.³⁷⁰

Wo ist sie nur hin, die schöne alte Kaiserzeit? Für die Krone eine Gelegenheit, die osteuropäischen Kandidatenländer mit einer positiven Emotion zu besetzen.

Der deutlichste Bezug auf die Monarchie steht aber im Kurier: dieser widmet eine ganze Serie den ehemaligen Kronländern, die nun beitreten. Unter dem Titel „Als ... noch bei Österreich war“ – den Anfang macht Tschechien³⁷¹, wo die berühmte „böhmische Großmutter“ für heimelige Töne sorgt.

Auch Presse und Standard ist der verbindende Gedanke an die Monarchie nicht allzu fern:

„Obwohl alle neuen Mitgliedstaaten von sich behaupten, "westlich" zu sein, sind einige von ihnen westlicher als andere. Die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und Teile von Polen verbindet ein gemeinsames mitteleuropäisches Erbe, das während des habsburgischen Kaiserreiches entstand. Zudem hatte der Kommunismus in diesen Ländern eine andere Ausprägung als jener in den drei baltischen Staaten, die Teil der Sowjetunion waren.“³⁷²

„Wien war in den Zeiten der Habsburgermonarchie nicht nur die Hauptstadt eines Vielvölkerstaates, sondern auch das kulturelle Zentrum Mitteleuropas. Nach diesen EU-Erweiterungen liegt Wien geopolitisch gesehen im Zentrum, ist verkehrsmäßig sowohl über Bahn, Flug, als auch Schiene bestens erreichbar und stellt daher ein wirkliches Zentrum Europas dar. Wien ist auch von der Infrastruktur her, den städtebaulichen Ausdehnungsmöglichkeiten, dem Fehlen völkischer Spannungen und einer niedrigeren Kriminalitätsrate sowie einer hohen Lebensqualität, als EU-Hauptstadt weitaus geeigneter.“³⁷³

Ein Diskursstrang, der Harmonie (sogar) mit der EU und deren östlicher Erweiterung herbeiführt. Die kulturelle Einheit wird aber auch ohne Bezug auf die Monarchie ins Treffen geführt.

„Viele kulturelle Verflechtungen, welche in der Vergangenheit ganz selbstverständlich bestanden haben, sind in den letzten Jahrzehnten schmerzhaft

³⁷⁰ Krone, 1. Mai 2004, „Europa Unser“, S. 3.

³⁷¹ Kurier, 28. März 2004, „Freud, Porsche und böhmische Großmütter“, S. 6-7.

³⁷² Der Standard, 22. Mai 2004, „Wo geht's hier nach Mitteleuropa?“, S. 31.

³⁷³ Die Presse, 27. März 2004, „Meinung zum Tag: Wien als Hauptstadt der EU?“, S. 32.

zerrissen oder unterbunden gewesen. Es gibt unzählige gemeinsame oder verbindende Elemente in Musik, Baukunst, Literatur und Sprache, die wir oft nicht mehr wahrnehmen oder nicht kennen. Die Erweiterung gibt uns durch intensiveren Kontakt mit unseren neuen Partnern, aber auch unter den bisherigen Mitgliedsstaaten und Völkern Gelegenheit zur Besinnung auf diese zahlreichen Gemeinsamkeiten. Gleichzeitig gibt es auch weiterhin die bestehenden, kennzeichnenden Identitäten zu bewahren und zu pflegen.“³⁷⁴

„Die Erweiterung der EU um einige Länder des zum Glück verschwundenen sowjetischen Imperiums ist eine besonders radikale Herausforderung des Bisherigen. Es ist wahr, auch vor 1989 gehörten alle diese Polen und Letten irgendwie zu Europa - aber doch nicht wirklich. Das wirkliche, echte Europa war für die Westeuropäer in Paris, in Wien. Auch wir, das "andere Europa" auf der schlechteren Seite des Vorhanges, dachten im Geheimen so, obwohl einige von uns laut zu protestieren und unsere europäische Herkunft und unsere europäische Zugehörigkeit anzumahnen pflegten. Wir wollten alle "zurück nach Europa" . Das waren aber nur Träume. Wir werden nicht wie sie, genauso wie die Deutschen in der ehemaligen DDR nicht einfach wie die in der Bundesrepublik wurden. Die Träume werden jetzt der Prüfung durch die Wirklichkeit unterzogen: Jetzt sind wir wirklich da, ante portas, gleich kommen wir hinein. Wir, die anderen. Und trotz dieser Andersheit jetzt tatsächlich dazugehörig. Nachdem wir drinnen sind, wird Europa anders.“³⁷⁵

³⁷⁴ Krone, 30. April 2004, „In Vielfalt vereint“, S. 4.

³⁷⁵ Die Presse, 30. April 2004, „Europa“, S. 36.

6. Niederlande

Die Niederlande haben im Gegensatz zu Österreich keine direkte Grenze zu einem der Beitrittsländer. Auch sind sie EU-Gründungsmitglied und haben damit bereits mehrere Erweiterungen, unter anderem die zum Beitrittszeitpunkt heftig diskutierte und von Ängsten begleitete Süderweiterung um Griechenland (1981) und Spanien und Portugal (1986) hinter sich.

Die Bedeutung der EU-Erweiterung für die Niederlande ist sicher geringer als in Österreich- unter anderem findet sich in den Vorausschauen im Jänner kaum ein Hinweis auf die bevorstehender Vergrößerung der Union, auch in den Rückblicken im Dezember geht das Ereignis unter.

In jedem Fall setzt die Diskussion der Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt ein – erst im März finden sich erste Diskursfragmente zum Thema in den verschiedenen Blättern. Das Interesse der Niederländer und ihrer Medien an der EU und erst recht ihrer Erweiterung ist gering, beim Reizthema Arbeitsplätze gehen aber dann doch die Wogen hoch.

„Pflichtgemäß“ haken alle untersuchten Tageszeitungen ihre Serien zur EU-Erweiterung ab, in den Magazinen findet sich so gut wie nichts zum Thema. Anders als in Österreich, wird mit der Erweiterung auch nicht so gespielt, dass man sie als Werbesujet gebraucht.

Kurz nach der Erweiterung, am 1. Juli 2004, übernehmen die Niederlande den EU-Vorsitz für das nächste halbe Jahr – ein Ereignis, das sich im Diskurs mit Schwerpunkt auf den Institutionen niederschlägt. Die Erweiterung wird aber bereits als selbstverständlich hingenommen, allein der erste offizielle Ministerrat mit 25 Ministern wird ein wenig herausgestrichen.

Im Jahresrückblick im Dezember ist die Erweiterung der Union wieder ein Thema unter vielen – hier ein Bild, dort eine unter hundert Fragen zum abgelaufenen Jahr wert – Medienaufmerksamkeit sieht anders aus.

VI.1. Wirtschaft

VI.1.1. Arbeitsmarkt

Die Niederlande hatten während der Beitrittsverhandlungen, bis zum 2. „Lila“ (Paarse) Kabinett des Sozialdemokraten Wim Kok (1998-2002)³⁷⁶ stets erklärt, keine Übergangsfristen einführen zu wollen.

Dennoch entsteht eine sehr belebte Diskussion darüber, ob nun doch Übergangsmaßnahmen getroffen werden sollen, und die Regierung Balkenende (CDA) gerät unter Druck. So wird das Thema Arbeitsmarkt zum ersten (und lange einzigen) Thema, das die Printmedien im Bezug zur Erweiterung aufgreifen. Die Diskussion entfaltet sich in NRC Handelsblad, Volkskrant und Telegraaf sehr umfangreich, im Algemeen Dagblad hingegen finden sich deutlich weniger Diskursfragmente zum Thema.

Auffallend ist dabei, dass sich die Ängste und auch die Berichterstattung auf das Kommen von Polen konzentriert, wie folgende Schlagzeilen verdeutlichen:

„Polen werden das Land überschwemmen“³⁷⁷
„Parlament will polnische Arbeiter ausschließen“³⁷⁸
„Kabinett will Quote für polnische Arbeitsmigranten“³⁷⁹
„Flutwelle an Polen bleibt aus“³⁸⁰

Gründe dafür sind, dass bereits in etwa 10.000 Saisonarbeiter im Land arbeiten, und das Polen unter den der EU beitretenden Staaten der größte ist. Neben Polen finden noch Tschechen und Ungarn Erwähnung:

„Osteuropäische Spargelstecher, Obstpflücker und Bauarbeiter sind bald herzlich willkommen in den Niederlanden arbeiten zu kommen. Für alle anderen Polen,

³⁷⁶ Gebildet aus den Parteien PvdA (Sozialdemokraten), VVD und D66 (liberale Parteien).

³⁷⁷ De Telegraaf, 27. Jänner 2004, „Polen gaan land overspoelen“, S. 25.

³⁷⁸ Algemeen Dagblad, 4. Februar 2004, „Kamer wil Poolse arbeiders weren“, S. 13.

³⁷⁹ NRC Handelsblad, 21. Jänner 2004, „Kabinet wil quotum voor Poolse arbeidsmigranten“, S. 1.

³⁸⁰ De Volkskrant, 14. Jänner 2004, „Vloedgolf Polen blijft uit“, S. 6.

Tschechen und Ungarn bleiben die Grenzen im Mai dicht, es sei denn sie machen Arbeit, für die nachweislich keine Niederländer zu finden sind.“³⁸¹

„Vor allem in der Baubranche wird erwartet, dass ein Zustrom von Polen und Tschechen die Beschäftigung unter Druck setzt...“³⁸²

„Politiker fürchten dass sowie die EU am 1. Mai die Grenzen öffnet für die neuen Mitgliedsstaaten ein Exodus an Glückssuchern in Gang kommt. Unbegründete Angst, so das CPB, und in Polen und Ungarn geben sie dem Niederländischen Institut recht.“³⁸³

Es bedarf hin und wieder einer Klarstellung:

„Es geht nicht nur um Polen und Tschechen. Es gibt noch acht andere Länder die im Mai beitreten. Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Ungarn Malta und Zypern.“³⁸⁴

Einen Ankerpunkt für die weitere Diskussion bildet eine Studie des Centraal Planbureau (CPB), ein unabhängiges Institut, das immer wieder für die niederländische Politik relevante wissenschaftliche Untersuchungen durchführt. Sie wird im Jänner publiziert und sagt für die Niederlande ein Migrationspotential von etwa 10.000 Osteuropäern vorher:

„Maximal zehntausend Polen und andere Osteuropäer sollen als Folge der Erweiterung der Europäischen Union dieses Jahr in die Niederlande kommen. Die gefürchtete Flutwelle an billigen Arbeitskräften bleibt aus, sagt das Centraal Planbureau (CPB) in einer noch vertraulichen Analyse voraus.“³⁸⁵

Wie der Titel dieses Zeitungsberichts schon sagt: „Vloedgolf van Polen blijft uit“³⁸⁶ – die gefürchtete Flutwelle bleibt aus, gibt das CBP damit Entwarnung. Doch nicht alle zeigen sich überzeugt:

„Abgeordneter Van Dijk (CDA) findet die CPB-Daten ‚geschönt‘. Im Pressebericht wird von fünf- bis zehntausend Migranten gesprochen, aber im Bericht selbst

³⁸¹ Algemeen Dagblad, 14. Februar 2004, „Aspergestekers wel welkom; Kabinet stelt grenzen beperkt open voor Oost-Europeanen“, S. 11.

³⁸² De Telegraaf, 29. April 2004, „Knikkende knieën bouw en horeca door uitbreiding EU“, S. 37.

³⁸³ De Volkskrant, 15. Jänner 2004, „Voorgespiegelde Poolse exodus is vooroordeel“, S. 3.

³⁸⁴ De Volkskrant, 24. Jänner 2004, „Niet meer dan 22 duizend Polen en Tsjechen toegelaten“, S. 3.

³⁸⁵ De Volkskrant, 14. Jänner 2004, „Vloedgolf van Polen blijft uit“, S. 1.

³⁸⁶ De Volkskrant, 14. Jänner 2004, „Vloedgolf van Polen blijft uit“, S. 1.

steht, dass es auch 16.000 sein könnten'. Er findet die Berechnungen außerdem unvollständig. 'Wie viele Osteuropäer in die Niederlande kommen, hängt auch ab von den Barrieren, die andere Mitgliedsstaaten errichten. Das ist in der Analyse nicht mitberücksichtigt. Auch wurde nicht untersucht, welche Arbeitnehmer in die Niederlande kämen: mit hohem oder niedrigerem Bildungsniveau.'³⁸⁷

„Eine Warnung ist angebracht. Der internationale Arbeitsmarkt ist so komplex, dass verlässliche Schätzungen eine Illusion sind. Das Risiko, dass der Zustrom doch aus dem Ruder läuft, ist also groß. Das Kabinett kann dem besser jetzt zuvorkommen, als in einigen Jahren ohnmächtig gegen die Fakten anzukämpfen.“³⁸⁸

Die Befürworter von Übergangsmaßnahmen geben als Begründung die hohe und noch steigende Arbeitslosigkeit am nationalen Arbeitsmarkt an. Ebenfalls als Rechtfertigung dient, dass immer mehr Mitgliedsstaaten der EU Übergangsregeln einführen.

„Laut Premier Balkenende anerkennt das Kabinett, dass es innerhalb der EU freien Personenverkehr gibt, aber die Auswirkungen am Arbeitsmarkt werden an uns nicht vorbeigehen. Es besteht die Furcht, dass wenn am 1. Mai die EU um zehn Länder erweitert wird, Arbeitnehmer aus Ländern wie Polen, Ungarn und Bulgarien in Massen die doch schon knappen Jobs wegnehmen werden.“³⁸⁹

„Auch in den Niederlanden besteht die Angst dass der Arbeitsmarkt, mit einer Arbeitslosenquote die im nächsten Jahr steigen soll bis 7 Prozent, einen großen Strom neuer Arbeitnehmer nicht aufnehmen kann.“³⁹⁰

„CNV-Vorstand Rienk van Splunder, betraut mit sozial-ökonomischer Politik und Arbeitsfragen, ist darum unzufrieden mit den Vorhaben des Kabinetts. Van Splunder: 'Das Risiko einer Verdrängung am Arbeitsmarkt ist groß. Wir befinden uns immerhin in einer Zeit von steigender Arbeitslosigkeit, also können wir zusätzliche Arbeitnehmer hier eigentlich nicht brauchen. Die Arbeitslosigkeit am unteren Ende des Arbeitsmarktes steigt, und die neuen Arbeitsmigranten würden gerade in diesem Segment auf die Suche nach Jobs gehen.“³⁹¹

„CDA und VVD finden dass die Niederlande was den Arbeitsmarkt betrifft sehr wohl frühere Zusagen überdenken kann. Auch viele andere Europäische Länder werfen immerhin Blockaden auf für osteuropäische Arbeitnehmer, so die Kammer.

³⁸⁷ NRC Handelsblad, 15. Jänner 2004, „VVD: toch vrij verkeer vanuit Oost-Europa; Na milde prognoses van CPB“, S. 3.

³⁸⁸ De Telegraaf, 15. Jänner 2004, „Grenzen“, S. 3.

³⁸⁹ De Telegraaf, 24. Jänner 2004, „Grens aan komst EU-werknemers“, S. 3.

³⁹⁰ Algemeen Dagblad, 29. März 2004, „Duitsers vrezen toestroom ; Werkloosheid omhoog, lonen omlaag door nieuwe lidstaten“, S. 11.

³⁹¹ NRC Handelsblad, 23. Jänner 2004, „Instroom tast de verzorgingsstaat aan“, S. 1.

„Warum sollten wir mehr zu erklären haben als die anderen Länder?“, fragte VVD-Kammermitglied Visser verunsichert.“³⁹²

Als erste Maßnahme wird diskutiert, nur eine bestimmte Anzahl an Arbeitnehmern aus den neuen EU-Staaten zuzulassen, indem nur so viele Arbeitsbewilligungen ausgegeben werden – diese „Quote“ wird dann auf 22.000 gesetzt:

„Wenn der Zähler auf 22.000 steht, schließen die Niederlande die Grenzen. Mehr osteuropäische Arbeitnehmer will das Kabinett nicht zulassen, da der Arbeitsmarkt sie nicht mehr aufnehmen könne.“³⁹³

„Die Niederlande schließen vorläufig die Tür für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis auf einen Spalt. Waren können frei über die Grenze sobald die acht Mittel- und Osteuropäischen Staaten und Malta und Zypern am 1. Mai beitreten. Aber die neuen Bürger aus dem vereinigten Europa bekommen nicht sofort alle Rechte. Höchstens 22.000 Migranten will das Kabinett das erste Jahr zulassen, inklusive den 10.000 polnischen Saisonarbeitern die es jetzt schon hier gibt.“³⁹⁴

Argumentiert wird so, dass damit die Grenzen quasi offen bleiben – denn sollten nicht mehr Arbeitnehmer kommen, als in Studien vorausgesagt, so würden diese alle zugelassen werden. Sollten es doch mehr werden, so gebe die 22.000-Grenze Sicherheit, diese Arbeitskräfte würden nicht mehr aufgenommen.

„Innerhalb Europas muss man für einen freien Arbeitsmarkt sein. Aber daran halte ich nicht unveränderlich fest. Die ökonomischen Unterschiede mit Polen und anderen osteuropäischen Ländern sind immens groß. Das bringt das Risiko mit sich, dass ein großer Zustrom an Arbeitsmigranten kommen könnte. Laut dem Centraal Planbureau soll die Anzahl positiver ausfallen als befürchtet, und ich bin bereit, deren Berechnungen als best guess zu akzeptieren.

Aber ich meine schon, dass man einen Grenzwert setzen muss für die Anzahl an osteuropäischen Migranten. Wenn die Berechnung des CPB stimmt, ist der Grenzwert, den wir als Kabinett vorgeschlagen haben, gleichzusetzen mit freiem Verkehr von Arbeit. Und wenn sie sich geirrt haben, dann haben wir eine Sicherheitsklappe, sodass wir nicht überschwemmt werden.“³⁹⁵

„Die Niederlande werden bis Mai 2005 maximal 22.000 Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zulassen. Das hat der Ministerrat

³⁹² Algemeen Dagblad, 4. Februar 2004, „Kamer wil Poolse arbeiders weren“, S. 13.

³⁹³ Algemeen Dagblad, 27. Jänner 2004, „Grens dicht bij 22.000“, S. 10.

³⁹⁴ NRC Handelsblad, 24. Jänner 2004, „'Er zijn grenzen aan wat Nederland aankan“, S. 2.

³⁹⁵ NRC Handelsblad, 7. Februar 2004, „De stelling van Gerrit Zalm: de instroom van Oost-Europese werknemers moet beperkt worden“, S. 34.

auf Vorschlag von Staatssekretär Rutte (Soziales, VVD) heute morgen beschlossen. ... Das Kabinett nennt das Limit einen 'Grenzwert'. 'Es geht nicht um Fisch, daher sprechen wir auch nicht von einer Quote', sagte Brinkhorst nach Ablauf des Ministerrats. Ihm zufolge ist noch immer die Rede von freiem Verkehr von Arbeitskräften. 'Wir beobachten nur wie viele Menschen kommen.' Zalm sagte, dass 'die Grenzen aufgehen, aber nicht überschwemmt werden. Es kommt eine Sicherheitsklappe.'³⁹⁶

„Das Kabinett hat bestimmt, dass Arbeitgeber ab 1. Mai eine Bewilligung beantragen müssen um Arbeitnehmer aus Ländern wie Polen und Ungarn einstellen zu können. Im Laufe eines Jahres können so maximal 22.000 Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern in unserem Land zugelassen werden, so Staatssekretär Rutte (Soziales und Arbeit).“³⁹⁷

Doch im Laufe der Diskussion wird die Regierung durch eine Mehrheit im Parlament, der auch Abgeordnete der Regierungsparteien CDA und VVD angehören, unter Druck gesetzt, mehr zum Schutz der Arbeitnehmer zu tun. Sie wollen Arbeitsgenehmigungen nur in bestimmten Branchen vergeben, und nur dann, wenn keine Niederländer für die betreffenden Jobs gefunden werden.

“Unter Druck der Tweede Kamer [zweite Kammer des Parlaments, Anm.] hat das Kabinett heute beschlossen für diese neuen Arbeitsmigranten einen sogenannten sektoralen Arbeitsmarkttest einzuführen, wobei kontrolliert wird, ob für die Arbeit keine Arbeitskräfte innerhalb der Niederlande oder den Ländern, die schon in der EU Mitglied waren, zu finden sind. Branchen mit einem deutlichen Mangel an Arbeitskräften (wie der Gartenbau) sollen davon befreit werden. Das Centrum voor Werk en Inkomen soll untersuchen welche Branchen das sind.“³⁹⁸

„CDA und VVD wollen nur dann Arbeitsbewilligungen erteilen, wenn erst getestet wird ob sie keine Niederländer vom Arbeitsmarkt verdrängen. Ein Antrag darauf bekommt Unterstützung von der SP und wahrscheinlich auch von der LPF, die die Grenzen lieber noch vollends 'geschlossen' halten wollen.“³⁹⁹

„Polen und andere Arbeitnehmer aus den Ländern, die am 1. Mai der Europäischen Union beitreten, sollen nur in Branchen einen Job bekommen können wo sie keinem Niederländer die Arbeit streitig machen. Das Kabinett lässt untersuchen, in welchen Branchen keine Niederländer zu finden sind, so wurde es gestern beschlossen.“⁴⁰⁰

³⁹⁶ NRC Handelsblad, 23. Jänner 2004, „Limiet instroom na uitbreiden EU“, S. 1.

³⁹⁷ De Telegraaf, 3. Februar 2004, „Arbeidsmarkttoets voor Poolse werknemers“, S. 7.

³⁹⁸ NRC Handelsblad, 13. Februar 2004, „Toelating van Oost-Europeanen per sector beperkt“, S. 1.

³⁹⁹ NRC Handelsblad, 4. Februar 2004, „Kamer wil strenger toetsen bij migratie ; Vrees voor verdringing Nederlanders“, S. 1.

⁴⁰⁰ De Telegraaf, 26. Februar 2004, „Toch beperkingen bij komst Poolse werkers“, S. 3.

Kritik an dieser Maßnahme kommt von verschiedenen Seiten, sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer sind unzufrieden, sowie ein Teil der Regierungsmannschaft:

„Das Kabinett wollte anfänglich jährlich 22 Tausend Arbeitnehmer aus den zehn zentral- und osteuropäischen Ländern, die am 1. Mai Mitglied der Europäischen Union werden, zulassen. Unter Druck einer Parlamentsmehrheit von CDA, VVD, SP, LPF und SGP wir nun von dieser Quote abgesehen. ... CDA und VVD sind zufrieden mit dem Vorschlag, den die Regierung am Freitag verabschiedet hat. D66 ist enttäuscht, wie auch die Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Arbeitgeber finden die Regelungen für die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften zu kompliziert, und die Arbeitnehmer fürchten eine Zunahme illegaler Arbeit in Branchen, in denen Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedern nicht willkommen sind.“⁴⁰¹

„Laut Rutte ist es unehrlich, diesen Arbeitstest zur Auflage zu machen und damit noch strengere Bedingungen für Osteuropäer zu schaffen. Alle anderen Europäer dürfen hier nämlich arbeiten ohne Arbeitsgenehmigung, da freier Personenverkehr gilt. Auch weist er darauf hin, dass der Arbeitstest, den das Parlament will, enorm bürokratisch ist. Das CWI braucht Wochen, um festzustellen, ob ein Angebot an Arbeitskräften verfügbar ist.“⁴⁰²

„Kammermitglied Bakker (D66), Befürworter des freien Verkehrs von Arbeitnehmern, hat kein gutes Wort über für den Kabinettsbeschluss. 'Die administrativen Belastungen für Unternehmer nehmen dadurch nur zu. Die Folge wird sein dass Betriebe ihre Produktion in die neuen EU-Mitgliedsstaaten verlagern.'"

Arbeitgeberorganisation VNO-NCW hat 'große Zweifel über die Durchführbarkeit' des neuen Kabinettsvorschlages. 'Ellenlange Prozeduren sind das letzte, worauf Unternehmer warten', lässt ein Sprecher wissen. Er weist darauf hin, dass ein Mangel an bestimmten Fachleuten 'quer durch die Branchen' verlaufen kann.

Die vakcentrale CNV hätte die Grenzen lieber für zwei Jahre ganz 'geschlossen' gehalten. 'Aber das war politisch nicht erreichbar', sagt CNV-Vertreter Van Splunder. 'Jetzt wo ein Beschluss vorliegt, wollen wir am liebsten so schnell wie möglich mit dem Kabinett über die genaue Umsetzung sprechen.'

Die vakcentrale FNV nennt den Kabinettsbeschluss 'unnötig kompliziert'. 'Dadurch wird der administrative Lastendruck nur zunehmen. Wir fürchten, dass das die illegale Arbeit stimulieren wird', sagt ein Sprecher."⁴⁰³

⁴⁰¹ De Volkskrant, 14. Februar 2004, „Kabinet beperkt toestroom Oost-Europese werknemers ; Werkgevers, D66 en werknemers zijn teleurgesteld“, S. 3.

⁴⁰² De Telegraaf, 4. Februar 2004, „'Polen pas hier bij vacatureoverschot'“, S. 7.

⁴⁰³ NRC Handelsblad, 14. Februar 2004, „Kritiek op toets voor EU-arbeiders; Vrees voor meer bureaucratie“, S. 2.

Schlußendlich sieht die Liste der 'erwünschten Arbeiter' so aus:

„Polen und andere Osteuropäer, die in unserem Land ans Werk wollen als Matrose oder Steuermann für die Binnenschifffahrt, internationaler Chauffeur, Operationssaalassistent, radiotherapeutischer oder radiodiagnostischer Laborant, Ausbeiner oder Schlachter, soll Nichts in den Weg gelegt werden, sagte Minister De Geus (Soziales) gestern.

Arbeitnehmer aus den neuen zutretenden EU-Ländern, die Arbeit im Land- und Gartenbau suchen, sollen weniger einfach ans Werk können. Das CWI hat im Auftrag des Sozialministeriums die oben genannte Liste aufgestellt.“⁴⁰⁴

„Der polnische Schlachter, der maltesische Matrose und der tschechische Chauffeur – in den Niederlanden können sie bald einfach so arbeiten. Auch Steuermänner, Ausbeiner, OP-Assistenten und radiotherapeutische Laboranten aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten sind sehr willkommen. Sie dürfen eher beginnen, weil es zu wenig niederländische Arbeitskräfte gibt, sagt das Centrum voor Werk en Inkomen (CWI).“⁴⁰⁵

Neben Kritik an der Methode der Einschränkungen gibt es auch generelle Kritik am Schließen der Grenzen. Allen voran positioniert sich der liberale Staatssekretär Rutte gegen die eigene Regierung:

„Rutte denkt, dass es nicht so schlimm wird wie erwartet mit der Verdrängung vor allem niedrig gebildeter Niederländer vom Arbeitsmarkt wenn im Mai zehn neue Staaten der Europäischen Union beitreten. Laut dem VVD-Staatssekretär kommen etwa 9000 Arbeitslose dazu. 'Das ist so eine begrenzte Anzahl, dass ich das für kein gutes Argument erachte, um die Grenzen dicht zu halten.'“⁴⁰⁶

„Er [Staatssekretär Rutte] wies darauf hin, dass das Kabinett Kok II bei den neuen Mitgliedsstaaten Erwartungen geweckt hat, die jetzt 'mit Füßen getreten würden', wenn Hürden aufgebaut werden.“⁴⁰⁷

Auch einige Kommentare und Leserbriefe missbilligen die Beschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten für Bürger der beitretenden Staaten:

„Der Europäische Gedanke eines freien Verkehrs von Arbeitnehmern wird mit Füßen getreten. Es besteht offenbar das Bedürfnis, ein politisches Statement zu machen. Angst regiert.“⁴⁰⁸ (Kommentar Gemma Buters)

⁴⁰⁴ De Telegraaf, 20. April 2004, „Chauffeur en slager uit Polen welkom“, S. 7.

⁴⁰⁵ De Volkskrant, 20. April 2004, „Toetredende Europeanen soms sneller aan het werk“, S. 9.

⁴⁰⁶ Algemeen Dagblad, 4. Februar 2004, „Kamer wil Poolse arbeiders weren“, S. 13.

⁴⁰⁷ NRC Handelsblad, 4. Februar 2004, „Kamer wil strenger toetsen bij migratie ; Vrees voor verdringing Nederlanders“, S. 1.

⁴⁰⁸ NRC Handelsblad, 29. Jänner 2004, „Vrij werknemersverkeer“, S. 22.

Dazu kommen negative Reaktionen von Politikern aus den Beitrittsländern, die sich von der niederländischen Regierung enttäuscht zeigen und Gegenmaßnahmen überlegen:

„West-Europa wurde nicht von einer Invasion Arbeitssuchender aus Mitteleuropa heimgesucht und die kommt auch nicht.' Der ungarische Botschafter in Brüssel, Péter Balász, voraussichtlicher EU-Kommissar seines Landes, nahm diese Woche in Budapest sehr deutlich Stellung. ‚Manche Regierungen in der EU haben begonnen den Arbeitsmarkt abzuschirmen, und der Rest folgte, ohne irgendeinen konkreten Anlass.'“⁴⁰⁹

„Wir werden den EU-Mitgliedsstaaten exakt dieselben Regeln anwenden bei in den kommenden sieben Jahren die diese auf ungarische Bürger anwenden'. Das ist ein Schwenk von 180 Grad gegenüber dem was Ungarn durch seinen Botschafter in Brüssel, Péter Balász, vor drei Wochen verkündete. Arbeitnehmern aus der Europäischen Union sollte da noch kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Über den plötzlichen Umschwung sagt Premier Medgyessi: ‚Das ist zuallererst eine Frage von Gleichwertigkeit. Ungarn ist ein Land, das stolz ist auf seine Werte und sein Wissen.'“⁴¹⁰

„Spidla sagte, dass er Balkenende ‚sehr deutlich gemacht hat dass er mit dem niederländischen Beschluss nicht einverstanden ist. Klaus nannte ihn ‚unhaltbar'. Die tschechischen Staatsspitzen finden die niederländische Linie realitätsfern, und denken über Gegenmaßnahmen nach.'“⁴¹¹

Wie in Österreich, wird auch in den Niederlanden den Bedenken der Politiker aus den Beitrittsländern nicht allzu viel Bedeutung beigemessen:

„Der ungarische Botschafter in Brüssel, Péter Balász, hat diese Woche gesagt dass Ungarn keinen Sinn im Errichten von Barrieren sieht und dass sein Land Arbeitsmigration als positives Phänomen ansieht.

Die Ehrlichkeit gebietet hinzuzufügen dass Ungarn sich diese Einstellung unter anderem durch das lokale Lohnniveau erlauben kann. In Ungarn muss man nicht direkt fürchten mit Arbeitssuchenden aus den westlichen EU-Ländern überschwemmt zu werden – befürchtet wird allerdings ein Zustrom Arbeitssuchender aus Polen und der Slowakei, die auch am 1. Mai der EU beitreten.“⁴¹²

⁴⁰⁹ NRC Handelsblad, 11. März 2004, „Hongarije laakt houding Nederland“, S. 12.

⁴¹⁰ NRC Handelsblad, 5. März 2004, „Boos Hongarije houdt Europa spiegel voor“, S. 9.

⁴¹¹ De Volkskrant, 17. Februar 2004, „Leiders Tsjechie varen uit tegen Nederland“, S. 3.

⁴¹² NRC Handelsblad, 14. Februar 2004, „Hongaren sluiten hun grens niet voor werknemers“, S. 13.

Gegner der Übergangsregeln, ob aus den Beitrittsländern oder von niederländischer Seite, weisen auf zahlreiche Studien hin, die nur geringe Migrationsbewegungen vorhersehen:

„Es gibt wirklich keinen Beweis für das Kommen der gefürchteten Horden. Studien deuten auf ganz andere Daten und Migrationsströme, werden aber ignoriert. So weist eine aktuelle Untersuchung aus, dass vor allem höher gebildete Junge den Sprung in den Westen machen wollen. Weiters wollen zwei Drittel der Osteuropäer nur vorübergehend ins alte Europa migrieren. Sobald die Wirtschaft in ihrem eigenen Land besser läuft, wollen sie zurück. Die zahllosen Polen, die jetzt schon in den Niederlanden arbeiten, erklären das selbe. Dieses Muster hat sich auch bei früheren Erweiterungen der EU gezeigt, obwohl die Ehrlichkeit gebietet zu sagen, dass der Wohlstandsunterschied dieses Mal deutlich größer ist.“⁴¹³

„Es regnet die letzten Monate Untersuchungen die andeuten dass es insgesamt nicht so schlimm werden wird. Höchstens 1 Prozent der Berufsbevölkerung soll schließlich in die alte EU ziehen, schließt eine aktuelle EU-Untersuchung. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) sagt, dass eine Flutwelle an niedergebildeten und billigen Arbeitskräften ausbleiben wird.“⁴¹⁴

„Am 1. Mai 2004 kommen die Polen. Dieses Schreckensbild löst in letzter Zeit heftige Reaktionen aus. Glücklicherweise ist nicht jeder der Meinung, dass die EU durch (billige) Arbeitskräfte lahmgelegt wird. ... Aus einer Anzahl verschiedener Untersuchungen innerhalb der EU (darunter die von Brueckner und Boeri) ergibt sich, dass keine Rede von einer radikalen Zunahme an Migration aus den neuen in die alten Mitgliedsstaaten sein kann. Der Einfluss auf die Arbeitsplätze und die Löhne in den neuen Mitgliedsstaaten wird denn auch gering sein.“⁴¹⁵

Des Öfteren werden die in den Achtziger gewonnen Erfahrungen aus der Süderweiterung in den Diskurs eingebracht, als die damals ebenfalls deutlich ärmeren Länder Griechenland, Portugal und Spanien der EU beitraten. Zu diesem Zeitpunkt herrschten ebenfalls Vorbehalte und Ängste bezüglich einem Massenansturm von Arbeitern aus dem Süden vor, der sich jedoch nicht einstellte.

„Man darf den Zustrom an Osteuropäern, den wir erwarten können, auch nicht überschätzen. Denken Sie an die Spanier und die Portugiesen, als die der Union beigetreten sind. Die hatten bezüglich des Einkommens auch eine ansehnlich

⁴¹³ De Telegraaf, 6. Februar 2004, „Wantrouwen troef in nieuwe EU“, S. 11.

⁴¹⁴ De Telegraaf, 10. April 2004, „Onterechte angst voor vloedgolf ‚Ossies‘“, S. 11.

⁴¹⁵ NRC Handelsblad, 21. Jänner 2004, „Open de grenzen en laat de Polen binnen“, S. 8.

schwächere Position als die Niederländer. Aber sie sind doch nicht in Massen in die Niederlande gekommen.’(Staatssekretär Rutte)”⁴¹⁶

„Die Geschichte der EU-Erweiterungen weist eine geringe Arbeitsmigration auf. Nach dem Beitritt von Griechenland (1981) und Spanien und Portugal (1986) sind nur wenige mediterrane Arbeiter nach Nordwesteuropa gezogen. Die Mobilität zwischen den Arbeitsmärkten ist gering. In diesem Moment arbeitet ungefähr 2 Prozent der Berufsbevölkerung der EU außerhalb des Landes ihrer Geburt.“⁴¹⁷

„Die Erweiterung der Europäischen Union geht nämlich wieder einher mit der immer anwesenden Angst, dass ein enormer Immigrantstrom entstehen könnte aus billigen Arbeitskräften, die den Arbeitsmarkt beschmutzen und unsere Jobs wegnehmen. Weil sie schmutzige Arbeit tun wollen, um wenig Geld. Vor dem Problem hatten wir auch Angst, als Spanien, Portugal und Griechenland Mitglied der EU wurden. Aber bis jetzt ist der Strom großer Gruppen Immigranten aus diesen Länder ausgeblieben.“⁴¹⁸ (Leserbrief)

Ebenfalls ein häufig vorgebrachtes Argument ist die geringe Mobilität auch innerhalb der Arbeitsmärkte der Beitrittsländer. Immer wieder wird dies vor allem in Porträts von Personen aus einem der osteuropäischen neuen Mitglieder eingebaut:

„In den beitretenden Staaten selbst herrscht hohe Arbeitslosigkeit, aber die ist oft beschränkt auf die am wenigsten entwickelten Gebiete. Rund um die großen Städte haben ausländische Investoren neue Arbeitsplätze geschaffen. Dennoch kämpfen derartige Betriebe zum Beispiel im Westen von Ungarn mit einem Mangel an Arbeitskräften, da die Arbeitslosen aus dem Osten des Landes nicht bereit sind umzuziehen.“⁴¹⁹

„Darüber hinaus sind die Arbeitsmärkte in den Kandidatenstaaten heterogen. Arbeitsmigration von Regionen mit hoher nach Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit hat sich nicht abgespielt. Warum sollten Arbeitnehmer nach der Erweiterung die Landesgrenzen dann in Massen überschreiten?“⁴²⁰

„Grund genug um wegzuziehen? ‚Nein,‘ sagt Sándor Burány, ‚die Erfahrung lehrt uns dass Ungarn bereit sind zwanzig, höchstens dreißig Kilometer zur Arbeit zu fahren. Dabei ist die Bereitschaft umzuziehen so gut wie nicht vorhanden.“⁴²¹

⁴¹⁶ NRC Handelsblad, 24. Jänner 2004, „Er zijn grenzen aan wat Nederland aankan“, S. 2.

⁴¹⁷ NRC Handelsblad, 29. Jänner 2004, „Vrij werknemersverkeer“, S. 22.

⁴¹⁸ De Volkskrant, 8. Juni 2004, „Europa United“, S. 13.

⁴¹⁹ De Telegraaf, 10. April 2004, „Onterechte angst voor vloedgolf ‚Ossies‘“, S. 11.

⁴²⁰ NRC Handelsblad, 29. Jänner 2004, „Vrij werknemersverkeer“, S. 22.

⁴²¹ NRC Handelsblad, 11. März 2004, „Hongarije laakt houding Nederland“, S. 12.

„Die westeuropäische Angst vor einem Zustrom findet keine Basis in der Wirklichkeit“, sagt Thomas Glaser von der EU-Delegation in Ungarn. „Ungarn sind immobil, die wollen nicht weg. Selbst in Ostungarn, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist, tun sich nur wenige die Mühe an in den reicheren, westlichen Teil des Landes umzusiedeln.“⁴²²

„Das hat laut Frolik [tschechischer Unternehmer] vor allem zu tun mit der sehr geringen Mobilität vieler Tschechen. „Es kostet mich Mühe, sie dazu zu bringen, 15 Kilometer zu ihrem Arbeitsplatz zu fahren. Ich versteh nicht, dass Europa so ein Problem aus dem Kommen von neuen Arbeitnehmern auf den Arbeitsmarkt macht. Tschechen brechen nicht in Massen auf. Das tun höchstens gut ausgebildete junge Menschen. Das ist gut für den Austausch an Wissen.“⁴²³

Vertreter der Wirtschaft wiederum bringen eine Gegenposition in den Diskurs ein. Sie betonen, eventuell zusätzlich ins Land kommende Arbeitskräfte zu brauchen, wenn nicht jetzt, dann in naher Zukunft.

„Es ist besser, dass niederländische Betriebe Polen anstellen, als dass polnische Betriebe in die Niederlande kommen. Darüber hinaus ist es gut möglich dass in einigen Jahren ein Mangel an Arbeitnehmern entsteht. Dann ist man besser beraten, bereits als gutes Immigrationsland bekannt zu sein. Ich mache mir eher Sorgen über einen Mangel an Arbeitnehmern dann einen Überschuss an Arbeitslosen.“⁴²⁴ (Jan Vermeulen, Direktor des Personaldienstleisters Randstad)

„Van Heugten [von der Personalleihfirma Metaal Flex] hält die eingeführte Blockade für eine verpasste Chance für die niederländische Wirtschaft. „Wir brauchen trotz der Krise dringend Fachleute und flexible Kräfte für unsere 24-Stunden-Wirtschaft. Wir Niederländer wollen nicht mehr zu unangenehmen Zeiten arbeiten oder Schwerarbeit leisten. Millionen Polen stehen inzwischen bereit um das hier gegen Tariflohn tun zu dürfen.“⁴²⁵

Diese werden dann zum Teil in die Illegalität gedrängt, so der Vorwurf unter anderem vom Soziologenehepaar Saskia Sassen und Richard Sennett.

„Wirtschaftlich unhaltbar, findet Sennett. „Wenn ihr Polen und Slowaken draußen halten wollt, werdet ihr scheitern. Es gibt überall Arbeit, es herrscht ein Mangel an Arbeitern, die neuen Europäer sind billig und gut geschult. Fachleute sind die am schnellsten wachsende Berufsgruppe.“ Paradox genug würden ihm zufolge gerade die Immigrationsbeschränkungen zu Integrationsproblemen führen. „Wer nicht

⁴²² De Volkskrant, 15. Jänner 2004, „Voorgespiegelde Poolse exodus is vooroordeel“, S. 3.

⁴²³ De Telegraaf, 10. April 2004, „Tsjechisch hightech bed ruikt op in ziekenhuizen“, S. 43.

⁴²⁴ De Telegraaf, 29. April 2004, „Knikkende knieën bouw en horeca door uitbreiding EU“, S. 37.

⁴²⁵ De Volkskrant, 5. April 2004, „Echt Duits paspoort blijft het kleinood voor Polen“, S. 7.

legal hereinkommt, kommt illegal. Und weil Illegale nicht wie Bürger behandelt werden, werden sie sich auch nicht wie Bürger verhalten.“⁴²⁶

„Mit allen Beschränkungen, die ab 1. Mai gelten, werden möglicherweise mehr Osteuropäer probieren illegal an Arbeit im Westen zu kommen. Grenzen sind einfach zu passieren wenn die Passkontrollen verschwunden sind. Die Arbeitsgenehmigung, die sie für einen Job und eine eventuelle Sozialhilfe bei Arbeitslosigkeit bräuchten, wird einfach nicht beantragt.“⁴²⁷

Auch Arbeitnehmervertreter machen sich Sorgen über illegale Arbeiter, und fordern strenge Kontrollen sowie klare gesetzliche Bestimmungen, was Arbeitsbedingungen und Entlohnung betrifft.

„Der Gewerkschaftsbund FNV erwartet, dass tausende Osteuropäer innerhalb absehbarer Zeit niederländische Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt verdrängen werden. Dass kommt daher, dass Arbeitnehmer aus den neuen Ländern der Europäischen Union nach dem 1. Mai ihre Dienste gegen geringeren Lohn anbieten können. ‚Das Kabinett hat eine legale ... erschaffen‘, so Tariflohn-Koordinatorin Agnes Jongerius von der FNV.“⁴²⁸

„Im Moment ist es so, dass wenn ein Pole bei Randstad Warschau angestellt ist und bei uns im Land arbeitet, für ihn nicht der Tarifvertrag gilt“, sagt Van der Kolk. „Was schon gilt, ist die niederländische Gesetz, worin steht, dass ein Minimum an Lohn bezahlt werden muss. Aber dann fehlen dem Arbeitnehmer diverse sekundäre Arbeits..., wie Pensionszahlungen. Dass Leck muss gedichtet werden. Das Kabinett muss dazu den Tarifvertrag für die Arbeitnehmer allgemein verbindlich erklären.“

Darüber hinaus findet Van der Kolk, dass die Arbeitsinspektion erweitert werden muss, sodass die Chance, Arbeitgeber, die sich den Gesetzen entziehen auch aufzugreifen, vergrößert wird. Außerdem müssen die Strafen für Übertretungen stark erhöht werden, so der Gewerkschaftsbund.“⁴²⁹

„Alle Arbeitnehmer aus Ländern der Europäischen Union, die vorübergehend in den Niederlanden arbeiten, müssen sich fortan an die niederländischen Arbeitsbedingungen halten. Die niederländische Gesetzgebung, die die Anstellung von ausländischen Arbeitnehmern regelt, muss auf alle Tarifverträge erweitert werden.

Dass fordert der Europäische Gewerkschaftsverband. Die Gewerkschaft will mit schärferen Gesetzen verhindern, dass nach der Erweiterung der Europäischen

⁴²⁶ De Volkskrant, 24. April 2004, „Nederland is achterlijk ; Saskia Sassen Rijk en arm strijden om de macht in de grote stad“, S. 17.

⁴²⁷ De Telegraaf, 10. April 2004, „Onterechte angst voor vloedgolf ‚Ossies‘“, S. 11.

⁴²⁸ De Volkskrant, 27. Jänner 2004, „FNV: duizenden Oost-Europeanen verdringen Nederlanders“, S. 9.

⁴²⁹ De Telegraaf, 10. April 2004, „Bonden: Mazen in wet dichten“, S. 43.

Union am 1. Mai Osteuropäer via legalen ‚Schleichwegen‘ gegen niedrige Löhne auf dem niederländischen Markt unehrliche Konkurrenz verursachen.“⁴³⁰

Die EU-Kommission sorgt sich eher um die Beitrittsländer, denen hochgebildete Junge abhanden kommen könnten. Die Angst vor einem Brain Drain wird auch in einigen wenigen Kommentaren erwähnt, beeinflusst den Diskurs aber nicht sonderlich.

„Die höheren Ausbildungen in Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien stehen denen im Westen um nichts nach. Das Verlangen nach gut ausgebildeten Menschen zwischen 25 und 35 Jahren, nach Westen zu ziehen, macht eigentlich die meisten Sorgen. Nach der Wiedervereinigung von Deutschland fand der Auszug der Klügsten auch statt.“⁴³¹

„Die Länder der Europäischen Union müssen nach einer Untersuchung der Europäischen Kommission keine Angst haben, dass sie nach der Erweiterung der EU von Arbeitssuchenden aus den neuen Mitgliedsstaaten überschwemmt werden. Für die künftigen EU-Länder ist die Gefahr viel größer. Sie werden laut der Studie mit einem ‚Brain Drain‘, dem Abfluss von gut ausgebildeten Arbeitnehmern, zu kämpfen haben.

Die bemerkenswerteste Folgerung aus der Untersuchung ist dass gerade junge, gut ausgebildete, unverheiratete Menschen vor haben, Arbeit in den ‚alten‘ EU-Länder zu suchen. Das wird vor allem in den neuen EU-Ländern Probleme schaffen. Laut der Kommission wird das einen negativen Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum in den Ländern haben.“⁴³²

„Sorgen bestehen über das Risiko, dass junge Forscher nun in Massen ihr Heil im reichen Teil der EU suchen werden, genau wie die vielzitierten polnischen Arbeiter. ‚Wir müssen so einem Brain Drain zuvorkommen, indem wir unsere Forschungsausrüstungen aufwerten‘, sagt Kroo [Physiker, Generalsekretär der ungarischen Akademie der Wissenschaften]. Auch die europäischen Mobilitätsstipendien im eigenen Land stimulieren‘, ergänzt Nijkamp [Vorsitzender der niederländischen Forschungsorganisation NWO]. ‚Es ist nicht im europäischen Interesse dass diese Länder leerströmen.“⁴³³

Für eine indirekte Bestätigung derer, die sich für Übergangsregeln ausgesprochen hatten, sorgen lange Schlangen an den Schaltern der Finanzämter nach dem 1. Mai. Viele neue EU-Bürger wollen sich eine sogenannte Sofi-Nummer holen, die

⁴³⁰ NRC Handelsblad, 3. April 2004, „Beschermt Europese werknemer beter“, S. 6.

⁴³¹ De Telegraaf, 10. April 2004, „Onterechte angst voor vloedgolf ‚Ossies‘“, S. 11.

⁴³² De Volkskrant, 27. Februar 2004, „'Geen golf van immigranten door uitbreiding van EU'“, S. 5.

⁴³³ De Volkskrant, 1. Mai 2004, „Er zit veel wijsheid in het Oosten; Uitbreiding EU kan leiden tot een minder bureaucratische onderzoeksfinanciering“, S. 37.

man in den Niederlanden braucht, um Steuern bezahlen zu können. Dass diese alleine jedoch nicht ausreicht, um legal in den Niederlanden arbeiten zu dürfen, wissen Viele der Wartenden nicht.

„Die Sofinummer sorgt für viel Verwirrung. Polnische Jugendliche, die sich heute morgen beim Den Haager Finanzamt, wo mittlerweile Absperrungen aufgestellt sind, gaben an zu glauben, dass mit dieser Nummer ihre Arbeit legal wird.“⁴³⁴

“In der Schlange für eine Sofi-Nummer; Busse voll mit Osteuropäern an Niederländischen Schaltern”⁴³⁵

„Finanzämter wurden diese Woche gestürmt von Osteuropäern, die eine Sofi-Nummer abholen kamen. Allein gestern taten das tausende Glückssucher, vornehmlich Polen, mit Erfolg.“⁴³⁶

Die Diskussion, ob “die Polen” nun kommen oder nicht, wird sehr breit geführt, zahlreiche Argumente gegen einen großen Ansturm an Arbeitssuchenden werden ins Treffen geführt. Dennoch bleibt im Hintergrund das Bild der Massen von einfachen Arbeitern, die das Land “stürmen” könnten. Es sorgt für Besorgnis und Unruhe, vor allem bei Beziehern geringer Einkommen, die Angst vor Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt haben.

Für den vorher geführten Diskurs irrelevant, für den weiterführenden, möglicherweise auch vor den nächsten geplanten Erweiterungen der EU, aber von Brisanz: In gewisser Weise bewahrheiten sich die Befürchtungen, als sich Schlangen vor den Finanzämtern bilden. Diese dürfen nun nicht legal arbeiten, es steht auch nicht fest, wer von diesen Arbeitern wirklich im Land geblieben wäre bzw. auch geblieben ist. Dennoch sind sie für wenige Tage Realität geworden. Auffällig auch, dass zwar ein paar Berichte über einzelne Schicksale “aus der Schlange” auftauchen, dass aber außer dem Hinweis darauf, dass diese Menschen nicht legal arbeiten dürfen, keinerlei Kommentare in Bezug auf die Übergangsregeln zu lesen sind.

⁴³⁴ NRC Handelsblad, 6. Mai 2004, „Nieuwe Europeanen dringen bij de fiscus“, S. 1.

⁴³⁵ Algemeen Dagblad, 7. Mai 2004, „In de rij voor sofinummer ; Bussen vol Oost-Europeanen aan Nederlands loketten“, S. 8.

⁴³⁶ De Telegraaf, 7. Mai 2004, „Run Polen op sofi-nummers“, S. 3.

VI.1.2. „Mkb'ers kijken kat uit de boom in uitgebreide EU” – Chancen der niederländischen Wirtschaft in den Beitrittsländern

Natürlich sind auch niederländische Unternehmen in den Beitrittsländern aktiv, was aber nur gelegentlich Erwähnung findet. Hier zum Beispiel in einem Artikel über Investitionen in den Beitrittsländern:

„Die Niederlande tragen seit Jahren einen kräftigen Teil dazu bei. In Ungarn, Polen, Tschechien und Slowakei gehören die Niederlande zu den Top Fünf der ausländischen Investoren. Große Aktivitäten von Ahold, Heineken, ING, ABN Amro und Unilever spielen dabei eine große Rolle.“⁴³⁷

Eine kleine Auswahl an Unternehmen in den Beitrittsstaaten, teils niederländischer, teils osteuropäischer Herkunft, porträtiert das NRC Handelsblad in seiner Serie „Zakendoen in het nieuwe Europa” – „Geschäfte machen im neuen Europa” ab Ende Februar. Sie haben sich in Osteuropa bereits etabliert und werden ein wenig als Pioniere dargestellt:

„Die Niederlande sind in der neuen EU nicht so als Pioniere aktiv wie wir vielleicht von uns selbst erwarten, findet Van der Steen [NL Unternehmer in Lettland, Anm.]. „Wir sind vielleicht etwas zurückhaltender. Hier und auch in den anderen baltischen Staaten sind vor allem die Skandinavier aktiv. Ich habe Angst, dass wir die Schlacht verlieren, wenn wir hier jetzt nicht dabei sind. In letzter Zeit gibt es schon mehr Interesse, vor allem bei den Mittel- und Kleinbetreibern. Multinationals wie Philips, Shell und Unilever findet man hier ja schon lange.“⁴³⁸

Das Interesse an Unternehmungen in den neuen Mitgliedsstaaten steigt jedenfalls auch in den Niederlanden, ein Diskursstrang entwickelt sich um (mögliche) Engagements von Klein- und Mittelbetrieben. Auch kritische Stimmen über mangelnde Ausnutzung von Chancen werden laut.

⁴³⁷ De Telegraaf, 17. April 2004, „Westers geld stroomt oostwaarts“, S. 39.

⁴³⁸ De Volkskrant, 21. April 2004, „We gaan over vijf jaar het Westen voorbij“, S. 4.

„Van Duin ist mit einer Handelsmission nach Tschechien und Polen gekommen. Voriges Jahr wurden zwölf Reisen nach Osteuropa organisiert und für dieses Jahr stehen schon jetzt elf auf dem Plan. Kurz vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union (1. Mai) nimmt das Interesse aus den Niederlanden deutlich zu. Normal kommen in etwa zwanzig Betriebe mit, aber auf dieser Mission befinden sich 42, außergewöhnlich viele.“⁴³⁹

„Berater Gerard Uijtendaal von New Markets Consulting in Woerden unterstreicht das. ‚Die große Welle wird noch kommen. Wir bekommen in der letzten Zeit schon mehr Anfragen von KMUs über Geschäfte in den beitretenden Mitgliedsstaaten. Den Schritt auch tatsächlich zu setzen, bringt natürlich schon Einiges mit sich mit. Vor allem die Vorfinanzierung ist ein großes Hindernis.‘“⁴⁴⁰

„Die Rabobank warnt niederländische Mittel- und Kleinbetriebe mit Nachdruck, dass sie Wachstums- und Exportchancen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten liegen lassen. Der Sektor ist verwöhnt vom inländischen Wachstum und dem Absatz auf dem deutschen Markt, aber muss sich nun nach neuen Absatzgebieten umsehen, meint Piet van Schijndel, Mitglied des Vorstands von Rabobank Nederland. Van Schijndel signalisiert ‚einen Mangel an Willen und Orientierung. Seht über die Grenze und ergreift die Chancen.‘“⁴⁴¹

Man hofft jedenfalls auch hier vom Wachstum der Beitrittsländer profitieren zu können, wie EU-Kommissar Frits Bolkestein in einem Interview bestätigt:

„Auch für die Niederlande kann das [Wachstum der beitretenden Staaten] günstige Auswirkungen haben. ‚Vergessen Sie nicht, dass unser Land momentan wirtschaftlich gesehen Schlusslicht in Europa ist und Impulse gut gebrauchen kann.‘ Als Beispiele für diese Impulse nennt er die niederländischen Produzenten von Gewächshäusern, die mit viel Arbeit in den neuen EU-Ländern rechnen können.“⁴⁴²

⁴³⁹ NRC Handelsblad, 7. Februar 2004, „Naar Polen met veel verstand van roest“, S. 19.

⁴⁴⁰ De Telegraaf, 28. April 2004, „Mkb'ers kijken kat uit de boom in uitgebreide EU“, S. 24.

⁴⁴¹ De Telegraaf, 18. Mai 2004, „Rabobank: Mkb laat kans nieuwe EU-leden onbenut“, S. 27.

⁴⁴² De Telegraaf, 1. Mai 2004, „Uitbreiding oppepper voor economie Europa“, S. 37.

VI.1.3. „Nederland economisch net zo groot als tien toetreders“ ⁴⁴³ – Die geringe Wirtschaftskraft der Beitrittsländer

Den Beitrittsländern wird wie beiläufig ein hohes Wirtschaftswachstum zugestanden:

„Das Niederländische Centraal Planbureau hat berechnet, dass die neuen Mitgliedsstaaten durch den Beitritt einen Impuls von 2,9 Prozent erwarten können. Die heutigen Mitgliedsstaaten werden dadurch nur um 0,1 Prozent mehr wachsen, was logisch ist angesichts des relativ geringen ökonomischen Gewichts der Neuankömmlinge.“

„Im langen Anlauf für die Mitgliedschaft in der Union war in den vergangenen Jahren in den meisten Ländern bereits ein gehöriges ökonomisches Wachstum zu sehen, während man ab 1. Mai noch einmal extra profitieren wird von einer großen Zahl wegfallender Hindernisse und neuen Marktchancen.

Während das Wirtschaftswachstum in den Niederlanden in den kommenden Jahren bei rund 1 bis 1,5 Prozent bleibt sind Wachstumsraten von 3 bis 5 und manchmal sogar noch höher eher die Regel als die Ausnahme in den neuen Mitgliedsstaaten, so scheint? Aus diesen Monat bekanntgemachten Prognosen der Europäischen Kommission.“ ⁴⁴⁴

Den Diskurs dominieren aber Berichte, die die geringe Wirtschaftsleistung und den Entwicklungsrückstand im Vergleich zu den Niederlanden bzw. den EU-15 in den Vordergrund stellen.

„Doch es gibt eine Eigenschaft, die alle zehn Beitrittsländer gemeinsam haben: sie sind alle ärmer, viel ärmer als die heutigen Mitgliedsstaaten der EU. Das durchschnittliche bbb pro Kopf in den zehn Beitrittsstaaten beträgt 5.670 Euro. In den heutigen 15 Mitgliedern der EU ist das mehr als vier Mal so hoch.“ ⁴⁴⁵

„Denn obwohl die [Wachstums-]Daten an sich schön aussehen, haben die Länder das auch beinhardt nötig um die noch immer lebensgroße Wohlstandskluft mit den heutigen Mitgliedsstaaten einigermaßen zu dichten. Nur eine gut laufende

⁴⁴³ De Telegraaf, 10. April 2004, „Nederland economisch net zo groot als tien toetreders“ S. 43; „Niederlande wirtschaftlich genau so groß wie die zehn Beitrittsländer“.

⁴⁴⁴ De Telegraaf, 10. April 2004, „Nederland economisch net zo groot als tien toetreders“ S. 43.

⁴⁴⁵ NRC Handelsblad, 24. April 2004, „Van Estland tot Cyprus, arm en ambitieus; Tien nieuwe landen beginnen op 1 mei aan economische inhaalslag“, S. 23.

Wirtschaft macht es immerhin möglich, dass die einschneidenden Reformen, die notwendig sind und übrigens teils schon durchgeführt, greifen.“⁴⁴⁶

Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft für die Beitrittsstaaten liegen vor allem in den zu lukrierenden Investitionen aus dem Ausland. Das wird sowohl für die Gruppe der osteuropäischen Länder als auch z.B. für Malta so gesehen.

„EBRD-Direktor Jean Lemierre erwartet, dass das Interesse von Investoren nach dem 1. Mai zunehmen wird, wenn acht Länder aus dem ehemaligen Ostblock der Europäischen Union beitreten werden. Viele internationale Anleger sind schon in der Region anwesend, so Lemierre, aber viele andere warten noch auf den 1. Mai.“⁴⁴⁷

„In den vergangenen zehn Jahren hat die westliche Wirtschaft über 140 Milliarden Euro in die acht ehemalig kommunistischen osteuropäischen Länder investiert, die am 1. Mai Mitglied der EU werden. Mit dem Wegfallen der Grenzen und der weiteren Anpassung der Gesetzgebung an EU-Maßstäbe werden die direkten ausländischen Investitionen nur zunehmen.“⁴⁴⁸

„Malta hofft gleichzeitig auf mehr Export seiner Produkte in die EU-Länder und auf Investitionen von ausländischem Kapital auf der Insel, die Arbeitsplätze schaffen soll.“⁴⁴⁹

Doch die EU bringt nicht nur Vorteile. Einerseits wurden viele Investitionen schon getätigt, die nicht im selben Maße weiter steigen werden.

„Morgen treten zehn neue Länder der Europäischen Union bei. Den großen Profit haben sie schon herausgeholt. In der kommenden Zeit werden sie eher Belastungen durch den Beitritt zu meistern haben. ...

„Den großen Sprung nach vorne haben die Länder schon hinter sich“, verdeutlicht Kekic [Osteuropa-Leiterin beim Londoner Thinktank Economist Intelligence Unit]. In den vergangenen Jahren mussten die beitretenden Länder ihre Wirtschaft reformieren um zur EU zugelassen zu werden. Die Länder öffneten ihre Grenzen für ausländische Investoren, räumten Handelsbarrieren aus dem Weg und privatisierten viele Dienste, die unter dem kommunistischen Regime in Staatshänden waren.“⁴⁵⁰

⁴⁴⁶ De Telegraaf, 10. April 2004, „Nederland economisch net zo groot als tien toetreders“ S. 43.

⁴⁴⁷ NRC Handelsblad, 6. Mai 2004, „Investeerders ontdekken Oost-Europa; Belangstelling groeit“, S. 25.

⁴⁴⁸ De Telegraaf, 17. April 2004, „Westers geld stroomt oostwaarts“, S. 39.

⁴⁴⁹ De Telegraaf, 18. Mai 2004, „Lidmaatschap EU moet Malta erbovenop helpen“, S. 27.

⁴⁵⁰ De Volkskrant, 30. April 2004, „Snel profijt kunnen de nieuwkomers vergeten“, S. 7.

Andererseits gibt es einfach Branchen wie etwa die Landwirtschaft, die durch die EU stärkerer Konkurrenz ausgesetzt sein werden und daher schwierigere Zeiten vor sich haben:

„Darüber hinaus steht noch die Aufgabe an, Schlachtereien und Fleischfabriken zu modernisieren. ‚Vor allem die kleinen Betriebe haben viel Mühe damit, diesen Schnitt zu machen‘, erzählt Plewa offen. ‚Sie werden es auch sicher nicht alle schaffen.‘

In den neuen Mitgliedern ist die Angst, dass sie in der Konkurrenz untergehen, viel größer. Die Produkte aus dem Westen sind oft von sehr guter Qualität und können zu einem konkurrenzfähigen Preis angeboten werden. Außerdem ist es so, dass von den zehn neuen Mitgliedsstaaten nur zwei oder drei auf dem Exportgebiet etwas bedeutet. Die anderen Länder exportieren in geringen Mengen Früchte, aber das ist marginal.“⁴⁵¹

„Die Bauern in Ungarn und in den anderen neuen Mitgliedsstaaten aus Osteuropa fürchten, dass sie in der EU ausgestochen werden von ihren neuen Kollegen aus Westeuropa, die von europäischen Landwirtschaftssubventionen schwer gestützt werden. In den Beitrittsverhandlungen wurde ausgemacht, dass osteuropäische Bauern erst in sieben Jahren das Recht haben auf einen gleich hohen Beitrag aus Brüssel. Das bedeutet, dass Milch, Fleisch und Gemüse in Ländern wie Frankreich und den Niederlanden billiger produziert werden kann und bald in den Regalen der osteuropäischen Supermärkte dominieren wird.“⁴⁵²

„Für die nationalen Fluggesellschaften in den neuen Mitgliedsstaaten der EU in Osteuropa bedeutet der Beitritt zur Europäischen Union neue Chancen, oder eine harte Landung. ... Jozsef Varadi von der neuen ungarischen Billigfluggesellschaft Wizz Air, ein früherer Leiter bei Malev und P&G, warnt dass die Region ‚zu viele Fluggesellschaften‘ hat. Er sieht eine Flut an Konsolidierung vorher. ‚In fünf Jahren‘, sagt er, ‚wird das Bild hier ganz anders aussehen.‘“⁴⁵³

Eine weitere positive Entwicklung wird sich erst durch die Einführung des Euro in den EU-Kandidatenländern ergeben, doch diese wird frühestens in einigen Jahren möglich sein.

„Die baltischen Staaten und Zypern haben die ehrgeizigsten Pläne für die Einführung des Euro. Ihr Budgetdefizit liegt bereits jetzt unter der Norm von 3 Prozent. Sie sollten den Euro 2007 einführen können. Manche Experten plädieren

⁴⁵¹ De Telegraaf, 21. Jänner 2004, „40.000 bladzijden regels“, S. 25.

⁴⁵² De Volkskrant, 17. April 2004, „Boer Mezo's laatste varkensherschens“, S. 4.

⁴⁵³ De Telegraaf, 4. Mai 2004, „Luchtvaartsector nieuwe lidstaten in het nauw“, S. 24.

für Flexibilität beim Inflationskriterium wegen der besonderen Situation des schnellen Wachstums.“⁴⁵⁴

„Das Inflationskriterium scheint für die meisten Länder noch das mühsamste Problem. Obwohl die Preissteigungen in fast allen Ländern abnehmen sind diese noch immer kräftig höher als - durch die schlechte Konjunktur und den starken Euro – stark gefallene Inflation in den heutigen Mitgliedsstaaten.

Aber das kann den Euro-Enthusiasmus bei den Beitrittsstaaten kaum bremsen. Die Esten und Letten, aber auch Ungarn haben mittlerweile klargemacht, ihre eigenen Münzen ohne Probleme aufgeben zu wollen und so schnell als möglich den Euro zu wollen, aber auch Litauen, Zypern und Malta sollen nach Erwartung ziemlich schnell folgen.“⁴⁵⁵

Den neuen Mitgliedern werden Chancen angerechnet, ihre wirtschaftliche Situation aber im Allgemeinen schlecht dargestellt. Einzig die NRC-Serie „Geschäfte machen in der neuen EU“ bringt einige positive Bilder in den Diskurs ein. Ansonsten bleibt das rückständige Ost-Image, das Bauern mit Pferdewagen und Pflug und die Verhältnisse im Großen und Ganzen recht ärmlich darstellt, bei weitem nicht vergleichbar mit dem Standard der Niederlande.

⁴⁵⁴ NRC Handelsblad, 24. April 2004, „Uitbreiding Europese Unie moest op een koopje; Polen krijgt in drie jaar netto 7 miljard, overige negen landen krijgen 3,3 miljard“, S. 24.

⁴⁵⁵ De Telegraaf, 13. April 2004, „Euro-enthousiasme bij de nieuwe EU-landen groot“, S. 29.

VI.2. POLITIK

VI.2.1. „Brüssel verwacht invasie Oost-Europa“⁴⁵⁶ – Institutionen und Verwaltung in der EU der 25

Die Erweiterung der EU bedeutet auch eine Aufstockung der Verwaltung. Für die Top-Positionen bedeutet das, jedes der neuen Mitglieder darf einen Kommissar nach Brüssel entsenden. Diese kommen vor allem in den Kommentaren nicht allzu gut weg – und werden scherzhaft „Praktikanten“ genannt:

„‘Super-Praktikanten‘, werden sie schon genannt, oder, noch etwas weniger ehrerbötig: Kommissare für ‚Speck und Bohnen‘ [die mittun dürfen, aber nicht ernst genommen werden, Anm.]. Die zehn Eurokommissare aus den neuen EU-Länder, die am 1. Mai antreten, bekommen kein eigenes Portefeuille und müssen möglicherweise am 1. November schon wieder Ausschau halten nach einem neuen Job. Das Einzige, das sie schon bekommen, ist das Stimmrecht.“⁴⁵⁷

„Ein besonderes Problem für die Kommission ist das Kommen von zehn neuen Eurokommissaren aus den Beitrittsländern am 1. Mai. Die kommen ein halbes Jahr schnuppern, bevor sie im November mit der wahren Arbeit beginnen sollen, in einer neuen Kommission mit einem neuen Vorsitzenden. Die zehn ‚Praktikanten mit BMWs‘, wie sie in Brüssel genannt werden, bekommen kein Portefeuille, aber dürfen für Speck und Bohnen mitmachen unter der Führung eines bisherigen Kommissars.“⁴⁵⁸

„Prodi hat sich ausgedacht, den zehn neuen Eurokommissaren eine Art Einbürgerungskurs von sechs Monaten angedeihen zu lassen. Auf die Weise sind sie auf ihre Aufgabe vorbereitet falls sie – was sehr wahrscheinlich ist – im November auch Teil der neuen Europäischen Kommission sein werden.“⁴⁵⁹

Für die Administration braucht man in Brüssel allerdings nicht nur neue Kommissare, auch neue Beamte werden dort Einzug halten. Besorgte Stimmen fürchten auch hier einen „Verlust an Arbeitsplätzen“ für Niederländer, da Stellen in

⁴⁵⁶ Algemeen Dagblad, 28. April 2004, „Brussel verwacht invasie Oost-Europa“, S. 6.

⁴⁵⁷ Algemeen Dagblad, 5. Februar 2004, „Stage lopen aan de Europese top; Nieuwe Eurocommissarissen: Geen portefeuille, wel stemrecht“, S. 9.

⁴⁵⁸ De Telegraaf, 1. April 2004, „Brusselse duiventil“, S. 13.

⁴⁵⁹ NRC Handelsblad, 26. Jänner 2004, „Wat te doen met tien nieuwe commissarissen“, S. 2.

der europäischen Verwaltung nun bevorzugt mit Anwärtern aus den Beitrittsländern besetzt werden.

„Die Erweiterung der EU am kommenden Samstag wird große Folgen haben für Brüssel. Die ‚Hauptstadt von Europa‘ erwartet eine Invasion von Tausenden osteuropäischen Beamten.“⁴⁶⁰

„Für niederländische Beamte wird es schwierig, einen Job in Brüssel zu finden. Durch die Erweiterung der EU bekommen Kandidaten aus den neuen Ländern den Vorrang. ‚Zahlenmäßig werden wir marginalisiert.‘“⁴⁶¹

„Während europäische Politiker diese Woche noch voll Lob über die historische Erweiterung der Union sprechen werden, macht sich die belgische Hauptstadt Brüssel bereit für den Zustrom von einigen tausend neuen Beamten, Diplomaten, Journalisten und Lobbyisten, den der Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten zur Folge hat.“⁴⁶²

Ein weiteres Problem durch das Hinzukommen von zehn Staaten: neun neue Sprachen (nur Zypern ist mit Griechisch bereits bedient, der türkische Teil tritt nach dem Scheitern des Referendums zur Wiedervereinigung nicht der Union bei). Dadurch werden mehr Übersetzungen notwendig.

„Die Anzahl offizieller Arbeitssprachen in der Europäischen Union steigt von elf auf zwanzig. Zypern ist der einzige neue Mitgliedsstaat, der keine eigene Sprache mitbringt. Dass jeder Mitgliedsstaat seine eigene Sprache sprechen kann ist ein gehegtes Prinzip in der Union. Die Sprachfertigkeit darf kein Hindernis sein, um in Europa aktiv zu werden. Angesichts dessen, dass jede offizielle Sprache in eine andere EU-Sprache übersetzt werden können muss, sind 380 Kombinationen möglich.“⁴⁶³

„Der Turm von Babel, der das Europäische Parlament doch schon ist, bekommt per 1. Mai wieder ein Stockwerk hinzu. Gibt es im Parlament bis jetzt elf offizielle Sprachen und 110 Kombinationen, ab dann sind es zwanzig Sprachen und 380 Kombinationen.“⁴⁶⁴

Ein besonderes Problem stellt Maltesisch dar, wofür nicht genügend Dolmetscher und Übersetzer gefunden werden konnten:

⁴⁶⁰ Algemeen Dagblad, 28. April 2004, „Brussel verwacht invasie Oost-Europa“, S. 6.

⁴⁶¹ Algemeen Dagblad, 30. April 2004, „Dringen om een baan in Brussel“, S. 8.

⁴⁶² De Telegraaf, 4. Mai 2004, „Brussel wacht veel nieuwe inwoners door grotere EU“, S. 23

⁴⁶³ NRC Handelsblad, 30. April 2004, „Reizen eenvoudiger, macht Den Haag minder ; Wat er verandert in de uitgebreide Unie“, S. 7.

⁴⁶⁴ De Volkskrant, 29. April 2004, „Alleen Maltezen spreken nog even geen Maltees“, S. 6.

„Trotz aller bis ins Detail geregelten Vorbereitungen droht doch bald ein ärgerlicher Makel auf die kommende festliche Erweiterung der Europäischen Union zu fallen. Weil das EU-Hauptquartier in Brüssel bis jetzt ziemlich ergebnislos auf der Suche nach qualifizierten Dolmetschern und Übersetzern aus Malta ist, müssen die 400.000 Einwohner der Insel ab 1. Mai ziemlich sicher ohne Übersetzungen ins Maltesische auskommen. ... Während bei den meisten neuen Mitgliedsstaaten bis jetzt nicht die Rede ist von Anwerbungsproblemen, sucht Brüssel noch immer eifrig nach zumindest 100 Übersetzern und zumindest 10 Dolmetschern, die Maltesisch plus eine große Anzahl anderer Sprachen perfekt beherrschen.“⁴⁶⁵

Aber auch sonst ist der Übersetzungsdienst der EU überlastet.

„Für die neuen Sprachen wurden noch nicht genügend Dolmetscher und Übersetzer gefunden, und es kann nicht garantiert werden, dass alle Gesetzestexte und vorbereitende Dokumente immer in den 20 Sprachen verfügbar sind.

Diplomaten zufolge kann das beim Rat der Europäischen Union zu ernsthaften Problemen führen, wo die Minister aus den 25 Mitgliedsstaaten Beschlüsse fassen. Ihre Beschlussfassungen sind erst rechtsgültig wenn sie in allen Sprachen zu Papier gebracht sind.

„Wenn ein Land die Hand hebt, weil es an der Übersetzung fehlt, können wir keinen Beschluss fassen“, so ein betroffener Diplomat. „Dann ist die Union de facto blockiert.“⁴⁶⁶

„Die Beamten der Europäischen Kommission müssen kürzere Schriftstücke schreiben. Der Grund: die Übersetzer kommen mit der Arbeit nicht mehr nach. Schon jetzt beträgt der Rückstand beim Übersetzungsdienst 60.000 Seiten.“⁴⁶⁷

„Die Europäische Union droht völlig unterzugehen unter ihrem eigenen Papierberg. Vor allem nach der kürzlich erfolgten Erweiterung können die tausenden Dolmetscher und Übersetzer die Arbeit kaum noch bewältigen und stapeln sich Seiten zu übersetzende Dokumente und Berichte in Brüssel buchstäblich bis zum Plafond.

Die Europäische Kommission schlug gestern dann auch Alarm über den viel zu hohen Arbeitsdruck bei den Übersetzern. Da die schnelle Übersetzung von Dokumenten in die verschiedenen Sprachen als entscheidend erachtet wird, wurden vor allem Beamte aufgerufen ihre Berichte und Protokolle kurz und bündig zu halten und fortan auf maximal fünfzehn Seiten Text zu beschränken.“⁴⁶⁸

⁴⁶⁵ De Telegraaf, 9. März 2004, „Maltees blijft nog even abracadabra in Brussel“, S. 13.

⁴⁶⁶ Algemeen Dagblad, 27. Mai 2004, „Tekort vertalers dreigt EU te verlammen“, S. 6.

⁴⁶⁷ NRC Handelsblad, 27. Mai 2004, „Brussel verlangt kortere nota's“, S. 4.

⁴⁶⁸ De Telegraaf, 27. Mai 2004, „Papierwerk wordt Europa te veel“, S. 11.

Eifersüchteleien spielen ebenfalls eine Rolle: Frankreich sieht das Französische ins Hintertreffen geratend, und ergreift sogar Maßnahmen:

„Das ist ganz anders als bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Damals wurden vier Sprachen gehandhabt und war das Französische übermächtig. Europa steht mit der Erweiterung dann auch vor einer wahren Sprachenschlacht, wobei es selbst den Englischsprachigen manchmal schwarz vor Augen wird. Zehn neue Länder, oder neun EU-Sprachen kommen hinzu. Eine Zunahme von 1,5 auf 2,1 Millionen einzeln übersetzte A4-Blätter pro Jahr, 1000 Extra Übersetzer und 200 neue Dolmetscher. Die Kosten für den ganzen europäischen Übersetzungsapparat steigen dadurch um 45 Prozent auf 950 Millionen Euro.“⁴⁶⁹

„In Brüssel sind momentan schwere Zeiten für die Hüter der französischen Sprache angebrochen. Ein Nebeneffekt der kommenden Erweiterung der Europäischen Union ist nämlich nicht nur, dass neun neue Sprachen hinzu kommen (zu den elf bereits gebrauchten), sondern auch dass das Französische als offizielle Arbeitssprache weiter zurückgedrängt wird. Und das tut weh, sicher an einem Tag wie heute, dem Tag der Französischen Sprache. ... Aber Frankreich hat mittlerweile eine Gegenoffensive begonnen. Die Europäischen Kommissare aus den Kandidatenländern und ihre höchsten Beamten können diesen Sommer auf Kosten des französischen Staates einen Intensivkurs in Französisch auf einer Burg in der Umgebung von Avignon machen.“⁴⁷⁰

Doch nicht nur die zusätzlichen Übersetzungen, auch die größere Zahl an Verhandlungspartnern beeinträchtigt den Fortgang der EU. Verhandlungen müssen nun mit siebzig und mehr Teilnehmern stattfinden, wodurch die Diskussionsmöglichkeit stark eingeschränkt ist.

„‘Vor allem psychologisch ist die Erweiterung echt ein Problem‘, sagt der Österreicher [Hans Brunmayr, Protokollchef des Europäischen Rates]. ‚Die Minister sitzen jetzt nicht mehr neben ihren Regierungschefs, sondern hinter ihnen. Das wird ein wenig weh tun.‘ Um dafür zu sorgen, dass dennoch jeder jedem in die Augen sehen kann, sind in den Tischen kleine Bildschirme eingebaut. Darauf erscheint das Bild von demjenigen, der am Wort ist, und ein eventuelles Stimmresultat. ‚Wie beim Songcontest‘, grinst Brunmayr.“⁴⁷¹

„Verhandlungen dauern öfter länger als geplant, weil jeder etwas sagen möchte, vor allem die Neuankömmlinge. Bei kombinierten Ministerräten sitzen manchmal 50 oder 75 Mann am Tisch, noch ohne die unterstützenden Beamten. Das macht

⁴⁶⁹ De Telegraaf, 4. März 2004, „Taalstrijd in Europa!“, S. 13.

⁴⁷⁰ NRC Handelsblad, 20. März 2004, „Het Frans verliest terrein in grotere EU“, S. 5.

⁴⁷¹ Algemeen Dagblad, 5. Mai 2004, „EU-tops in stijl songfestival“, S. 6.

das Ganze natürlich nicht schneller. Vielleicht wäre es auch eine schöne Aufgabe für den kommenden niederländischen EU-Vorsitz, eine neue Verhandlungskultur zu initiieren. Beginnend mit der Einführung des Satzes: „Ich schließe mich der Meinung meines Vorredners an.“⁴⁷²

Verhandlungen werden langwieriger, und die Beschlussfassung wird durch eine steigende Teilnehmerzahl ebenfalls nicht erleichtert:

„Die Europäische Union ist fünfzehn Mitglieder groß und wird in vier Monaten noch einmal zehn Mitglieder größer. Das ist groß, und in jedem Fall zu groß um sinnvoll arbeiten zu können. Bevor man die fünfzehn Mitglieder beieinander hat, verstreicht gewöhnlich schon viel Zeit; sie dazu bewegen, sich zu einigen, kostet noch einmal mehr Mühe. Wie viel mehr Energie und Anstrengung es kosten wird, um bald zu fünfundzwanzigst zu zusammenhängenden Aussagen und politischen Taten zu kommen, haben wir schon während des Gipfels über die Europäische Verfassung im letzten Monat gesehen. Deshalb, so argumentieren einige wichtige Länder der Europäischen Union, muss es in Zukunft möglicherweise zwei Arten von Mitgliedern geben. So gesehen bedeutet die Erweiterung der Europäischen Union auch das Ende der Europäischen Union so wie wir sie kannten.“⁴⁷³

Die Regierung befürchtet keinen Effektivitätsverlust bei Verhandlungen, Außenminister Bot nimmt dazu Stellung:

„Einige fürchten, dass die Erweiterung zu Lasten der Effektivität der Europäischen Union gehen wird. Diese Angst scheint mir übertrieben. Natürlich wird die Erweiterung Probleme mit sich bringen. Es ist unsere Aufgabe, die institutionelle Struktur der Union so einzurichten, dass wir diesen Problemen die Stirn bieten können. Gerade darum wird von uns eine positive Haltung zum Kompromiss verlangt.“⁴⁷⁴

Auch das Scheitern der Verfassung wird zum Thema, aber nur gelegentlich mit der Erweiterung verknüpft.

„Die Europäische Union ist nach dem Fehlschlag vorigen Monat beim Eurogipfel in Brüssel in eine unverkennbare Sackgasse geraten. 2004 ist das Jahr der Erweiterung um zehn neue Mitgliedsstaaten. Es hätte auch das Jahr eines neuen Verfassungsvertrages werden müssen. Das erste wird geschehen; wie es weiter gehen soll mit der Europäischen Verfassung, Stein des Anstoßes am Europäischen Gipfel, weiß noch niemand. Zwischen beiden Gegenständen besteht ein direkter Zusammenhang. Immerhin sollte die Europäische Verfassung

⁴⁷² De Telegraaf, 22. April 2004, „Benen van de tafel“, S. 11.

⁴⁷³ De Volkskrant, 19. Jänner 2004, „Zalm vangt Bot niet“, S. 7.

⁴⁷⁴ De Volkskrant, 29. Jänner 2004, „Nederland wil aan kop blijven in EU“, S. 11.

die Union auch mit dem Auge auf die Erweiterung demokratischer, transparenter und effizienter machen.“⁴⁷⁵

VI.2.2. „Brüssel will meer geld“⁴⁷⁶ – Kosten, Subventionen und Steuerdumping

Wie Österreich gehören die Niederlande zu den Nettozahlern, die möglichst keine Erhöhung des Beitrages zum EU-Budget wünschen. In einem Brief wenden sich sechs Nettozahler an die EU-Kommission mit dem ausdrücklichen Wunsch, die Beiträge bei höchstens ein Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu belassen.

„Sechs EU-Mitgliedsstaaten wollen die Ausgaben der Union beschränken. Aber das EU-Budget wird stark über dem, was die sechs wollen, liegen. Erweitern kostet Geld.“⁴⁷⁷

„Brüssel sagt, beinahe 30 Milliarden Euro zusätzlich zu brauchen, um die Erweiterung der Europäischen Union und eine bessere EU-Politik finanzieren zu können. Minister Zalm (Finanzen) ist wütend. Laut der Europäischen Kommission sind die Ausgaben unvermeidlich um die Erweiterung der EU mit 12 zentral- und osteuropäischen Ländern zu finanzieren.“⁴⁷⁸

Zum Teil wird die Haltung der Regierung durch Kommentare unterstützt:

„Die Niederlande sind zurecht erzürnt und weigern sich, als größter Nettobezahler in den kommenden Jahren aufs Neue Milliarden in den Brüsselschen Subventionstopf zu stecken, der von Italienern, Spaniern und anderen, die mit ‚zurückgebliebenen‘ Gebieten ins Gefecht ziehen, fröhlich leergeplündert wird. Dass auch Flevoland in der Vergangenheit als ‚arm‘ anerkannt wurde und auch etwas Geld bekommt, ist ein schaler Trost.“⁴⁷⁹

⁴⁷⁵ NRC Handelsblad, 24. Jänner 2004, „Europa niet gebaat bij schijnoplossingen“, S. 14.

⁴⁷⁶ Algemeen Dagblad, 11. Februar 2004, „Brüssel wil meer geld ; Plannen kosten Nederland jaarlijks 1,5 miljard extra“, S. 12.

⁴⁷⁷ De Volkskrant, 10. Februar 2004, „: 'Bloedig gevecht' dreigt om EU-begroting ; Uitbreiding van Unie gaat veel geld kosten, juist nu een aantal landen zuinig aan wil doen Standpunt van Nederland is 'niet realistisch'“, S. 5.

⁴⁷⁸ Algemeen Dagblad, 11. Februar 2004, „Brüssel wil meer geld ; Plannen kosten Nederland jaarlijks 1,5 miljard extra“, S. 12.

⁴⁷⁹ De Telegraaf, 26. Februar 2004, „Hoe arm is Europa ?“, S. 13.

Die Gegenposition findet sich im Diskurs ebenso häufig: die Unterstützung für die neuen Länder sei nicht besonders großzügig. Auch diese Stimmen weisen auf die Subventionen, die in die südlichen Mitglieder fließen, hin:

„Beinahe 7 Milliarden Euro sind in der Periode 2004-2006 für Polen bestimmt. Dieses Land hat die meisten Einwohner, von denen außerdem eine große Anzahl Bauern sind. Den heutigen EU-Bürger wird das nur 9 Euro und 15 Cent per Jahr kosten. Die neuen Mitgliedsstaaten empfangen für jeden Einwohner 45,85 Euro auf Jahrbasis. Das ist viel weniger als die Subventionen, die jetzt noch in Mitgliedsstaaten wie Spanien (192,50 Euro pro Einwohner) oder Irland (418 Euro) fließen. Und diese Länder waren bei ihrem Beitritt ein Stück weniger arm als die heutigen Neuen.“⁴⁸⁰

Zusätzlich sorgen die niedrigen Steuern in den Beitrittsländern für Unmut. Das wird als Problem vor allem Deutschlands gesehen, von der Bevölkerung aber auch als unfair den Niederlanden gegenüber wahrgenommen:

„Es ist wie ein Spiel: wer hat die niedrigsten Steuern im neuen Europa? Mit extrem niedrigen Sätzen versuchen Estland, Lettland und die Slowakei Betriebe zu sich zu locken. Mit Erfolg, zum Ärger der Deutschen.“⁴⁸¹

„Die Besucher [einer Informationsveranstaltung zum EU-Wahlkampf der VVD] sind nüchtern, besorgt. Ihre Angst hängt direkt zusammen mit der größer werdenden Europäischen Union. Herr Smits hält nichts von der Erweiterung Europas. ‚Wir bekommen falsche Konkurrenz. Die Polen bekommen europäische Unterstützung und kommen zu uns arbeiten. Es wird uns mit unseren eigenen Subventionen Konkurrenz gemacht.‘“⁴⁸²

⁴⁸⁰ NRC Handelsblad, 24. April 2004, „Uitbreiding Europese Unie moest op een koopje ; Polen krijgt in drie jaar netto 7 miljard, overige negen landen krijgen 3,3 miljard“, S. 24.

⁴⁸¹ Algemeen Dagblad, 2. April 2004, „Oost-Europa: prijzenslag met belastingvoordeel ; 'De toetreders krijgen ook al miljardensubsidies uit Brussel'“, S. 11.

⁴⁸² NRC Handelsblad, 24. April 2004, „Gekke Henkie in Europa ; Nederlanders staan te mokken met de rug naar de toekomst“, S. 38.

VI.2.3. „Welkom Europa“ - Skepsis bei Bevölkerung, schöne Worte bei Politikern

„Welkom Europa“⁴⁸³ – „Willkommen Europa“, so heißt eine Serie des Fernsehsenders NOS, bei der ein Moderator mit einem Bus sämtliche neuen EU-Länder abklappert, um sie dem niederländischen Fernseh-Publikum vorzustellen. Das war es aber dann schon beinahe mit dem Willkommen. Die Bevölkerung der Niederlande, so zeigen einige Umfragen, ist eher skeptisch gegenüber der Erweiterung und der EU insgesamt.

„Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn Länder, heute, ist für viele Niederländer kein Grund für ein Fest. Im Gegenteil, beinahe die Hälfte (46 Prozent) sieht mehr Nachteile als Vorteile.“⁴⁸⁴

„Die Niederländer sind auch nicht besonders angetan von der kontinuierlichen Erweiterung der EU. 40 Prozent sehen dies nicht als eine positive Entwicklung an, gegenüber 34 Prozent, die das schon tun. Die Frage, ob Polen, Tschechien und Ungarn ‚genau so zu uns gehören‘ wie Deutschland, Frankreich und Belgien, wird von einer kleinen Mehrheit ablehnend beantwortet.“⁴⁸⁵

Da helfen auch die ebenfalls rund um den 1. Mai zu lesenden positiven Statements von Politikern nichts, sei es von den EU-Feierlichkeiten oder in Interviews zur Erweiterung:

„Mit innigen Umarmungen und warmen Händedrücken haben die Regierungschefs von den 25 EU-Ländern gestern Abend in Dublin die größte Erweiterung in der Geschichte der Union begangen. Die Politiker fielen einander spontan in die Arme, nachdem die Flaggen aller 25 Mitgliedsstaaten während einer feierlichen Zeremonie gehisst wurden als Symbol des neuen, wiedervereinigten Europa, das die Zeit des Kalten Krieges nun definitiv hinter sich gelassen hat.“⁴⁸⁶

„Mit vielen feierlichen Ansprachen und vielen Festen – vor allem im Osten – wurde die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsstaaten gefeiert. In den Ansprachen klang ein Thema laut durch: die Erweiterung besiegelt das

⁴⁸³ De Telegraaf, 29. April 2004, „Welkom Europa“, S. 2.

⁴⁸⁴ Algemeen Dagblad, 1. Mai 2004, „Burgers vrezen grotere EU ; Helft heeft zorgen over werk, kosten en misdaad“, S. 1.

⁴⁸⁵ De Volkskrant, 1. Mai 2004, „Enthousiasme voor Europa neemt af ; Nederlanders zijn wel voor uitbreiding' maar staan macht liever niet af aan Brussel“, S. 1.

⁴⁸⁶ De Telegraaf, 2. Mai 2004, „Europa laat Koude Oorlog achter zich“, S. 9.

Ende der Teilung Europas. ‚Jalta ist begraben‘, so der Luxemburgische Premier Juncker.“⁴⁸⁷

„Das ist ein Meilenstein, so wie das, was dem vorausging: der Fall der Mauer, die Deutsche Wiedervereinigung, die Implosion der Sowjetunion. Länder, die einander nach dem Leben trachteten, arbeiten jetzt zusammen.“⁴⁸⁸ (Eurokommissar Hans van den Broek)

In allen großen Zeitungen wird der Diskurs begleitet von Kommentaren zu eben diesen schönen Worten, die einen sehr kritischen Blick einbringen. Sie weisen darauf hin, dass die von den Politikern beschworenen Gefühle in der Bevölkerung keinen Widerhall finden.

„Aber neben allen schönen Worten, die am 1. Mai erklingen werden, ist hinter dem Feuerwerk und der Flaggenparade die Rede von viel Skepsis bei den europäischen Bürgern. Was für Auswirkungen wird die Ankunft der zehn haben auf Wohlfahrt, Arbeitsmarkt, Sicherheit und Korruption, die in vielen von den neuen Ländern noch immer üppig gedeiht? Mal um Mal scheint es, dass die Einwohner der heutigen fünfzehn und die in den neuen Ländern ihre Herzen festhalten.“⁴⁸⁹

„Während heute in zahllosen Reden zweifelsohne auf die historische Bedeutung der Erweiterung hingewiesen werden wird und die Vorteile, die sie mit sich bringen wird, über das Wohlstandswachstum und ein stabiles und friedliches Europa, herrscht sowohl in den neuen als auch den alten EU-Ländern die nötige Skepsis in der Bevölkerung.

Eine große Zahl von Bürgern in den Niederlanden und anderen Ländern fürchtet, dass der Beitritt von Ländern wie Polen negative Folgen haben kann für ihre momentan schwächelnden Wirtschaften durch das Kommen von ‚billigen‘ Arbeitskräften und Produkten aus den neuen Ländern.“⁴⁹⁰

„An vielen Orten wurde die europäische Flagge gehisst, wurden feierliche Ansprachen gehalten und festliche Events organisiert. Und mit gutem Grund. ...

Aber das Festgeläute bei der Eröffnung des neuen Flügels kann die Alarmglocken, die anderswo im europäischen Gebäude zu läuten beginnen, nicht überstimmen. Denn für diese neue Erweiterungsrunde wird ein hoher Preis bezahlt. Mit fünfzehn Mitgliedsstaaten stand die Lenkbarkeit und Einigkeit der Union schon unter schwerem Druck, und jetzt, so noch einmal zehn Länder hinzukommen, jedes mit seinen eigenen Traditionen und Voreingenommenheiten, wird es eine noch

⁴⁸⁷ NRC Handelsblad, 1. Mai 2004, „Met uitbreiding van EU is eindelijk Jalta begraven“, S. 3.

⁴⁸⁸ Algemeen Dagblad, 1. Mai 2004, „We moeten Europeser worden“, S. 23.

⁴⁸⁹ De Telegraaf, 29. April 2004, „Rozengeur en maneschijn?“, S. 11.

⁴⁹⁰ De Telegraaf, 1. Mai 2004, „Vuurwerk in Dublin knalt EU naar 25“, S. 1.

größere Kraftanstrengung um, so wie es in Amsterdamer Mundart heißt, den Krempel zusammen zu halten.“⁴⁹¹

„In Dublin, aber auch in all den anderen Orten im neuen und alten Europa, wo die Erweiterung gefeiert wird, werden viele herzerwärmende Worte gesprochen werden. ‚Ein historischer Tag für Europa‘. ‚Das definitive Ende des Kalten Krieges‘. Die verwendeten Adjektive sind ebenso klischeehaft wie abgenutzt. Heute geht es um das neue Europa und die verschobenen Grenzen. Aber morgen wird es unwiderruflich wieder um die sich immer mehr aufdrängende Frage gehen: die Grenzen von Europas eigenem Können.“⁴⁹²

Im Interview bringt EU-Erweiterungskommissar Verheugen zum Ausdruck, was auch in vielen Kommentaren anklingt:

„Verheugen: Es besteht die große Gefahr, dass der gesamte Prozess der europäischen Integration als ein Projekt der politischen Elite gesehen wird, das nichts mit den Bürgern zu tun hat. Die Menschen bekommen immer mehr mit, dass die Beschlüsse, die hier in Brüssel getätigt werden, oft viel mehr Bedeutung haben als die Beschlüsse in ihren eigenen Hauptstädten. Aber sie wissen nicht was hier geschieht, warum es geschieht oder wie es geschieht. Das schafft Unsicherheit. Und wenn es dann um große Dinge geht wie die Erweiterung, interessiert es die Menschen nicht.“⁴⁹³

Premier Balkenende reagiert auf die EU-Skepsis mit Unverständnis, und ruft die Niederländer auf, solidarischer zu sein:

„Premier Balkenende findet, dass die Niederlande die Folgen der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Länder zu negativ sehen. Ihm zufolge muss die Bevölkerung den Blick mehr über die Grenzen richten und nicht so skeptisch sein. ‚Ich möchte die Sorgen, wie das Kommen von Räuberbanden, nicht geringschätzen‘, so der Premier in Dublin, wo er gestern der offiziellen Erweiterungszeremonie beiwohnte. ‚Aber es gibt auch große wirtschaftliche Vorteile und wir teilen wichtige moralische Werte wie Freiheit und Solidarität. Eine positive Einstellung bringt uns weiter als eine negative.‘ Balkenende reagierte damit ziemlich lakonisch auf zwei beunruhigende Meinungsumfragen von AD und Volkskrant, die gestern auswiesen, dass 46 respektive 40 Prozent der Niederländer in der Erweiterung mehr Nachteile als Vorteile sehen.“⁴⁹⁴

⁴⁹¹ De Volkskrant, 1. Mai 2004, „Feest met klaagzang“, S. E1.

⁴⁹² NRC Handelsblad, 1. Mai 2004, „Europa niet van de burger ; Politici ontmoeten scepsis en onverschilligheid“, S. 4.

⁴⁹³ NRC Handelsblad, 3. April 2004, „De Oost-Europese hemelbestormers komen eraan; Eurocommissaris Verheugen over de noodzaak en de gevolgen van de Europese uitbreiding“, S. 35.

⁴⁹⁴ De Telegraaf, 2. Mai 2004, „Balkenende: Nederlanders te negatief“, S. 9.

„Premier Balkenende relativierte die Bedeutung der [negativen] Stimmung. Er wies darauf hin, dass auch ‚ein negatives Klima‘ herrschte, als Portugal und Spanien 1988 (!) zur EU kamen. ‚Aber man sah just einen Aufschwung in diesen Ländern‘, sagte er.“⁴⁹⁵

In starker Minderheit bleiben die positiven Beiträge, Kommentare und Leserbriefe, die Solidarität und eine „Chance für Osteuropa“⁴⁹⁶ einfordern.

„Und das erste Mal in der Geschichte sind da Länder, die einen Teil ihrer Souveränität aufgegeben haben zu Gunsten eines größeren Verbandes. Das ist inspirierend und hoffnunggebend. Wir haben jahrelang an der guten Seite des Eisernen Vorhangs verbracht. Die Osteuropäer blieben in ihrem Elend sitzen. Jetzt müssen wir Geld und Energie in die Erweiterung der Union stecken, Straßen anlegen bis weit nach Polen, für gute Ausbildung für jeden sorgen und das Gespräch miteinander beginnen. Das ist eine Frage von Gerechtigkeit, aber auch Eigennutz. Wenn wir Wohlstand und Friede für unsere Enkel wollen, müssen wir unter unserem Glassturz hervor.“⁴⁹⁷

„In der letzten Woche habe ich mit Freude und doch auch Beruhigung über die Europäische Erweiterung sehen und lesen können. Die Zeitungen, darunter auch diese, haben viel und gute Berichterstattung geliefert über unsere neuen Mitgliedsstaaten, und das tut mir gut. ... Es war auch notwendig, die Menschen haben vergessen, dass Friede und Wohlstand in unserem Land der intensiven europäischen Zusammenarbeit zu danken sind. Wir haben keine Kriege mehr und jetzt auch keine Zweiteilung mehr in Europa. Das muss man sich klarmachen. Ich hoffe, dass diese positive Berichterstattung über Europa und das europäische Projekt bis zu den europäischen Wahlen weitergeht, wir brauchen das, wir haben nichts von all dem negativen Getue.“⁴⁹⁸ (Leserbrief)

„Anno 2004 haben alle vergessen, dass die Erweiterung der EU eine historische Wende in der Geschichte von Europa besiegelt, dass sie das Ende besiegelt von einer Teilung Europas, die ein halbes Jahrhundert gedauert hat. Wie hätten wir reagiert, wenn damals jemand gesagt hätte: für ein paar Cent pro Person pro Jahr weicht die Gefahr, weicht die Mauer, weicht der Kommunismus, weicht der Kalte Krieg und wird Europa anständig und demokratisch und vor allem: eins?“⁴⁹⁹

⁴⁹⁵ De Volkskrant, 3. Mai 2004, „Toetreding tot EU massaal gevierd; Nieuwe grondwet zou al binnen handbereik zijn“, S. 5.

⁴⁹⁶ NRC Handelsblad, 6. Jänner 2004, „Oost-Europa verdient kansen“, S. 12.

⁴⁹⁷ De Telegraaf, 5. März 2004, „We moeten onder die kaasstolp vandaan“, S. 15.

⁴⁹⁸ De Volkskrant, 10. Mai 2004, „Uitbreiding“, S. 7.

⁴⁹⁹ NRC Handelsblad, 28. Februar 2004, „7 cent per dag is ons nog te veel voor de eenwording van Europa“, S. 15.

Der Gegensatz zwischen schönen Reden und der empfundenen Wirklichkeit kommt in diesen Diskursen zur Geltung: zwei Interpretationen kämpfen um die Vorherrschaft, wobei ein „Gewinner“ höchstens für nur sehr kurze Zeitspannen auszumachen ist.

VI.2.4. „Twijfel over EU in Oost-Europa“⁵⁰⁰ – Skepsis der Bevölkerung und politische Instabilität in den Beitrittsländern

„Im Osten feiern die Bürger, der Westen konferiert“⁵⁰¹, lautet eine Schlagzeile im NRC Handelsblad, die das Ungleichgewicht zwischen den neuen und alten EU-Mitgliedern hervorhebt. Auch im Volkskrant wird die Freude der neuen EU-Bürger beschrieben:

*„Itt van Európa! titeln die Zeitungen. ‚Europa ist angekommen!‘ Auf dem Heldenplatz in der ungarischen Hauptstadt Budapest sehen Freitag Nacht zehntausende Ungarn zu, wie die letzten Sekunden herunterlaufen auf dem Weg zum magischen Termin: 1. Mai! ‚Ein historisches Ereignis‘ sagt Gymnasiastin Linde, die sich schon früh am Abend auf die Treppen der Budapester Kunsthalle gestellt hat. Von dem Platz hat sie gute Aussicht auf das Podium auf dem Heldenplatz, wo Bands aus der Slowakei, Irland und Finnland auftreten.“*⁵⁰²

Doch auch wenn in den neuen EU-Ländern die Freude groß ist, so gibt es gleichzeitig eine Menge Unsicherheit und Skepsis. Die Menschen machen sich Sorgen um ihre künftige wirtschaftliche Situation, so der Diskurs in den Niederlanden.

„Die Euphorie in den zehn neuen EU-Ländern über den Beitritt zur Europäischen Union scheint vorbei. Laut einer Meinungsumfrage der Europäischen Kommission ist die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft dort in den letzten Monaten stark gesunken.“⁵⁰³

⁵⁰⁰ De Telegraaf, 6. April 2004, „Twijfel over EU in Oost-Europa“, S. 11.

⁵⁰¹ NRC Handelsblad, 30. April 2004, „In het oosten feesten de burgers, het westen confereert“, S. 4.

⁵⁰² De Volkskrant, 1. Mai 2004, „'Voor gezeur is het te laat' de show gaat beginnen“, S. 4.

⁵⁰³ De Volkskrant, 8. Mai 2004, „Steun voor EU slinkt in nieuwe lidstaten“, S. 3.

„Ein polnischer Bankier sprach zynisch von einer ‚Dr. Jekyll und Mr. Hyde-Wirtschaft‘. Immer mehr Osteuropäer denken, dass nach dem Beitritt am 1. Mai wohl das Monster Hyde gewinnt. Ihre Regierungen müssen enorme Einsparungen machen um die nationalen Währungen durch den Euro ersetzen zu können. Die schöne Idee, dass die Nachbarn aus dem Osten zurückkehren in das Herz von Europa, macht schon lange keinen Eindruck mehr. Alles was noch zählt ist das Portemonnaie. Euroskepsis geht um.“⁵⁰⁴

Aus Angst vor Preissteigerungen werden in vielen osteuropäischen Beitrittsländern große Lebensmittelvorräte angelegt. Auch beruhigende Stimmen von Experten konnten sie offenbar nicht überzeugen, und endlich bewahrheiten sich die Befürchtungen genau durch das Hamstern: die Preise steigen.

„Zucker, Salz, Reis und Teigwaren sind in Supermärkten in der Slowakei und anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten nicht mehr zu bekommen. Konsumenten haben sich in Massen auf Hamstern verlegt aus Angst vor erwarteten Preissteigerungen nach dem Beitritt zur Europäischen Union am Samstag.“⁵⁰⁵

„Das Konsumentenfieber trübt das Bild. Die aktuellen Hamsterkäufe haben dazu geführt, dass die Preise tatsächlich steigen. Vorigen Monat stiegen die Lebensmittelpreise durchschnittlich um 0,8 Prozent, 0,3 Prozentpunkte mehr als erwartet. Eine Packung Zucker kostete davor rund 2 Zloty (0,42 Eurocent). Nach einer Serie alarmierender Fotos von leeren Regalen in den Medien stieg der Preis. Mittlerweile kostet ein Kilo 2,99 Zloty, beinahe soviel wie in den Niederlanden, eine Teuerung von mehr als 50 Prozent, viel mehr als von Analysten erwartet wurde.“⁵⁰⁶

Diese Skepsis und vor allem populistische Gruppierungen, die mit Anti-EU-Programmen erfolgreich um Zustimmung werben, machen indes vielen Regierungen in den Beitrittsstaaten zu schaffen. Mit Schlagzeilen wie „Politiek Oost-Europa rommelt“⁵⁰⁷ – „In Osteuropas Politik rumort es“ – wird deutliches Misstrauen gegenüber der politischen Situation bzw. Stabilität in den Beitrittsländern zum Ausdruck gebracht.

⁵⁰⁴ De Telegraaf, 1. April 2004, „Oost-Europeanen zien geen toekomst in EU“, S. 11.

⁵⁰⁵ Algemeen Dagblad, 30. April 2004, „Hamsterwoede in Oost-Europa“, S. 10.

⁵⁰⁶ NRC Handelsblad, 14. April 2004, „Ze kopen waanzinnig veel suiker“ ; Polen hamstern in het zicht van toetreding tot Europese Unie“, S. 19.

⁵⁰⁷ De Telegraaf, 22. April 2004, „Politiek Oost-Europa rommelt“, S. 10.

„Ein knappes Monat vor dem offiziellen Beitritt zur EU gewinnt rechts-nationalistischer und euroskeptischer Populismus in den fünf osteuropäischen Ländern. In der Slowakei und Slowenien wurde das am vergangenen Wochenende bei Wahlen deutlich, und in Polen macht es sich durch das Aufkommen einer Partei, die den EU-Beitritt abweist, bemerkbar.

Zu einem Teil ist dieser Trend der tiefen Enttäuschung der Wähler über die wirtschaftliche Lage zuzurechnen. Die Arbeitslosigkeit in Ländern wie Polen (20 Prozent) und Slowakei (17 Prozent) treibt sie in die Arme von populistischen Parteien, die versprechen, Reformen und Einsparungen rückgängig zu machen und Ausländer abzuwehren.“⁵⁰⁸

„Der Beitritt wird auch überschattet von einer politischen Krise. Morgen, am 2. Mai, tritt Premier Leszek Miller ab, ein Ereignis, das in den Augen vieler Polen viel eher ein Fest verdient als die Erweiterung. Miller machte schon vor einem Monat bekannt, dass er abtreten werde, nach einer Meuterei in seiner Partei. Aber er wollte schon noch an Feiern und Fotosessions rund um die Erweiterung teilnehmen. Und so herrscht schon seit einem Monat politische Unsicherheit, gerade in einem Moment, wo Polen tatkräftiges Auftreten, vor allem in wirtschaftlichen Fragen, besonders nötig hätte.“⁵⁰⁹

„... kommt [Soziologe] Holman zum Schluss, dass die heutige EU-Erweiterung ‚außergewöhnlich riskant‘ ist. Oft wird beteuert, sagt er, dass von selbst stabile Demokratien entstehen, wenn sie dem Diktat des freien Marktes unterworfen werden. Aber dann vernachlässigt man einen wichtigen Faktor: die sozialen Verhältnisse. ‚Wenn die geforderten wirtschaftlichen Anpassungen zur sozialer Zerrüttung führen, dann kommt keine politische Stabilität zu Stande, sondern just Instabilität, mit allen Risiken von wieder auflebendem politischen Extremismus. Genau was man jetzt schon in Ländern wie Polen und der Slowakei sieht‘, so Holman.“⁵¹⁰

VI.2.5. „Europees feestmaal met Cypriotisch luchtje“⁵¹¹ - Problemfall Zypern

Das Referendum um die Wiedervereinigung der Insel Zypern bildet nur einen losen Diskursknoten mit der Erweiterung. Die Enttäuschung darüber, dass nun nur der griechische Teil der Insel beitreten kann, wird aber dokumentiert, und auch Kritik über die Vorgangsweise der EU bleibt nicht aus.

⁵⁰⁸ De Telegraaf, 6. April 2004, „Twijfel over EU in Oost-Europa“, S. 11.

⁵⁰⁹ NRC Handelsblad, 1. Mai 2004, „De Polen zijn moe van vijftien jaar hollen ; Polen heeft al vele historische gebeurtenissen langs zien komen - vaak heel bloedige“, S. 4.

⁵¹⁰ NRC Handelsblad, 17. April 2004, „'Big bang kan leiden tot sociale ontwrichting“, S. 7.

⁵¹¹ De Telegraaf, 1. Mai 2004, „Europees feestmaal met Cypriotisch luchtje“, S. 9.

„Das Resultat, dass mit den Prognosen übereinstimmt, ist eine enorme Enttäuschung sowohl für die Vereinten Nationen als auch für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, die alle auf eine Lösung für Zypern gehofft hatten.

Die EU hatte stets gehofft die ganze Insel als neues Mitglied begrüßen zu können und vertraute auf den guten Willen der Griechisch-Zyprioten. Der Kommissar für Erweiterung, Günther Verheugen, ist enttäuscht über die Art auf die die Kampagne bei den Griechisch-Zyprioten geführt wurde.“⁵¹²

„Die Europäische Union ist schwer enttäuscht über das Griechisch-Zypriotische Nein zum UN-Friedensplan von Kofi Annan. Aber sie kann nur noch sehr wenig unternehmen. Am Samstag wird Zypern Mitglied der EU.

„Ein Schatten über dem Beitritt von Zypern zu Europa‘. So nannte Europa-Kommissar Verheugen, zuständig für das Portefeuille Erweiterung der Union, dieses Wochenende den Ausgang des Referendums auf der Insel, wobei die Griechisch-Zyprioten in großer Mehrheit den Friedensplan von UN-Generalsekretär Kofi Annan in den Papierkorb warfen.“⁵¹³

„Mit Zypern wird heute in Dublin ein ‚Trojanisches Pferd‘ hereingeholt. Es wäre besser gewesen, den Beitritt an die harte Bedingung einer Vereinigung dieser für die EU wichtigen Insel, gelegen an einer Art ‚Dreiländereck‘ von Weltteilen, zu knüpfen. Die durch die UN bewachte ‚grüne Grenze‘ wird nun für uns eine Außengrenze. Diese durch Sandsäcke, Minen und Stacheldraht geformte Grenzlinie hat noch etwas von einem Krieg 1914-1918.“⁵¹⁴

⁵¹² De Telegraaf, 25. April 2004, „Grieks Deel van Cyprus alleen in EU“, S. 11.

⁵¹³ NRC Handelsblad, 26. April 2004, „Speelruimte EU zeer beperkt“, S. 5.

⁵¹⁴ De Telegraaf, 1. Mai 2004, „Europees feestmaal met Cypriotisch luchtje“, S. 9.

VI.3. Sicherheit

VI.3.1. „Corruptie grootste gevaar nieuwe EU“⁵¹⁵ – Korruption in den Beitrittsstaaten

Korruption ist ein großes Problem in den Beitrittsländern, wenn man den niederländischen Medien Glauben schenkt. Auch niederländische Unternehmer, die in den osteuropäischen Ländern aktiv sind, bestätigen das. Sie sprechen von „Wild-West-Zuständen“.

„Van Gansewinkel (4.000 Arbeitnehmer, Umsatz 500 Millionen Euro) ist in den Niederlanden und Belgien einer der größten Sammler und Recycler von Abfall. Seit 1995 ist der Betrieb, zu 45 Prozent in Händen des Energiebetriebs Essent, aktiv in Tschechien, und seit 1999 auch in Polen. ‚Für viele polnische Kunden ist Dienstleistung gegen einen konkurrenzfähigen Preis nicht genug. Derjenige, der beschließt, welcher Betrieb den Vertrag bekommt, will dafür persönlich belohnt werden. Aber da machen wir nicht mit.‘ Diese Haltung macht die Geschäfte nicht einfacher, sagt Bank. ‚Wenn man Produkte für den Konsumentenmarkt erzeugt, ist die Situation nicht so schlimm, aber wenn man, wie wir, mit allen möglichen Oberheitsinstanzen zu tun hat, wird man täglich damit konfrontiert dass man hier im Wilden Osten ist.‘“⁵¹⁶

„Was Korruption betrifft sind die neuen EU-Mitglieder Bananenrepubliken. Es wird Großhandel betrieben mit Skandalen, die nur die Spitze des Eisbergs formen. Polen ist davon noch am meisten belastet, wobei auch ausländische Investoren Leidtragende sind. Niederländische Unternehmer sprechen von der ‚polnischen Methode‘. Ohne das Bezahlen von Schmiergeld bekommt kein Geschäftsmann irgendetwas.“⁵¹⁷

„In Polen nennen ausländische Unternehmer es ‚die polnische Methode‘. Überall muss Geld zurückgelassen werden, für Genehmigungen, Gaslieferung, Telefon. Polen bekam die stärkste Warnung von Verheugen. Die Korruption dort ist gigantisch. Es ist ein übergebliebenes Virus aus der kommunistischen Zeit.“⁵¹⁸

⁵¹⁵ De Telegraaf, 3. Jänner 2004, „Corruptie grootste gevaar nieuwe EU“, S. 11.

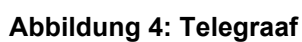
⁵¹⁶ NRC Handelsblad, 1. April 2004, „Vuilnisman van het wilde Oosten“, S. 17.

⁵¹⁷ De Telegraaf, 1. Mai 2004, „Corruptie aan de orde van de dag in nieuwe lidstaten“, S. 37.

⁵¹⁸ De Telegraaf, 3. Jänner 2004, „Corruptie grootste gevaar nieuwe EU“, S. 11.

Der STT packt Bestechung von Beamten und Politikern an. Mächtige Waffe ist die kliklijn (Telefonleitung für Verräter), die 24 Stunden am Tag erreichbar ist. Die Öffentlichkeit kann schriftlich oder mündlich Klagen einreichen: der Dienst garantiert Behandlung innerhalb von 30 Tagen. Voriges Jahr kamen tausend Meldungen herein.“⁵¹⁹

VI.3.2. „Een kogel kon ik krijgen“⁵²⁰ - Organisierte Kriminalität



⁵¹⁹ Algemeen Dagblad, 24. Mai 2004, „Kliklijn in Litouwen tegen corruptie”, S. 9.

128

hält hier den Diskurs am Leben, hier finden sich bei weitem die meisten Diskursfragmente zum Kommen von kriminellen Banden.

„Eine spezielle Sorgenquelle der EU ist die organisierte Qualität, die am Tor rüttelt: Prostitution, Drogenhandel, Waffenhandel, Korruption, Betrug, Schmuggel, Geldfälscherei, Weißwaschen von Geld, Hehlerei und High-Tech Verbrechen. ‚Polen, genau wie andere zentraleuropäische Kandidatenländer, ist da stark verwundbar geblieben,‘ behauptet J. van der Meulen vom Forschungsinstitut Clingendael.“⁵²¹

Kurz vor dem Beitrittsdatum bringt der Telegraaf noch einmal eine große Reportage über einen niederländischen Unternehmer, der in Estland Opfer von Kriminellen wurde. Sein Betrieb wurde überfallen, er selbst bekam zu Hause in den Niederlanden einen Anruf: Die Kriminellen hatten den Buchhalter gezwungen, Rechnungen für die mitgenommenen Autos auszustellen. Wenig später kam der zweite Anruf: „‘Ich sollte besser keine Anzeige machen. Ich wäre nicht der erste Niederländer, der in einem Body bag zurückfliegt.‘“⁵²²

Und er warnt:

„‘In Estland sind für fünfzig Euro Ausweise zu kaufen: mit deren Hilfe können russische Kriminelle sich ab 1. Mai in den Niederlanden niederlassen. Wir werden hier einen Haufen Elend hereinbekommen.‘“⁵²³

Auch einige andere Diskursfragmente sind nicht dazu angetan, den Leser in Sicherheit zu wiegen. Sowohl aus der Exekutive als auch aus der Politik kommen beunruhigende Aussagen:

„Osteuropäische Kriminelle haben in unserem Land wenig bis nichts zu fürchten von der Justiz. Sie werden nach ihrer Verhaftung oft nur ausgewiesen, wonach sie einfach zurückkommen. Der Ansatz greift damit deutlich zu kurz. Laut Polizei und Justiz ist die heutige Vorgangsweise eine, die litauische und polnische Kriminelle ‚eher einlädt als entmutigt, in die Niederlande zu kommen‘. Kriminelle bekommen manchmal sogar eine Gratisreise nach Hause. Unser Land will so einer Überbelastung von Gefängnissen zuvorkommen.“⁵²⁴

⁵²¹ De Telegraaf, 1. Mai 2004, „POOLSE POORT POTDICHT...“, S. 15.

⁵²² De Telegraaf, 27. April 2004, „‘Een kogel kon ik krijgen’“, S. 5.

⁵²³ De Telegraaf, 27. April 2004, „‘Een kogel kon ik krijgen’“, S. 5.

⁵²⁴ De Telegraaf, 24. April 2004, „Vrij spel voor Poolse crimineel“, S. 1.

„Auch die LPF läuft nicht warm für ein größeres Europa. ‚Man wird sehen, dass politisch gesehen die niederländische Position weniger wichtig wird‘, meint Fraktionsvorsitzender Herben. Er erkennt an, dass es wirtschaftliche Vorteile gibt, macht sich aber Sorgen über den ‚Import von Kriminalität‘ und andere Probleme.“⁵²⁵

Der Telegraaf berichtet am häufigsten über kriminelle Taten, die einen Bezug zu Osteuropa haben – dies ist allerdings nicht weiter verwunderlich, da dieses Blatt auch sonst intensiv den Diskurs über schwerere Verbrechen, vor allem Morde, am Leben hält, Reportagen über Familien von Tätern und Opfern bringt. Berichte wie jener über den in Estland überfallenen Geschäftsmann müssen daher im Licht der Blattlinie gesehen und ihre Bedeutung damit relativiert werden. Dennoch bleibt aus verschiedenen Diskursfragmenten abzulesen, dass Osteuropa mit einer hohen Kriminalitätsrate, hohen Unsicherheiten in Verbindung gebracht wird.

⁵²⁵ NRC Handelsblad, 30. April 2004, „Merendeel Kamer positief over uitbreiding van de EU“, S. 2.

VI.4. Verkehr

VI.4.1. „Eindelijk doorrijden aan de grens”⁵²⁶ – Keine Grenzwarzeiten mehr für LKWs

Das Thema Verkehr bildet streng genommen keinen echten Diskursstrang. Nur kurz nach der EU-Erweiterung finden sich ein paar Fragmente, die auf die Wartezeiten vor den ehemaligen EU-Außengrenzen Bezug nehmen, die hier der Vollständigkeit halber erwähnt seien. Im Unterschied zu Österreich ist hier der ungehemmte Transit als positive Folge der EU-Erweiterung positioniert.

„Das Fehlen von den oft zig Kilometern langen Lastwagenschlangen auf dem Seitenstreifen beim ungarisch-österreichischen Grenzposten Hegyeshalom war gestern der greifbarste Beweis, dass sich die EU nach Osten erweitert hat. Weg war das vertraute Bild von Lastwagen Stoßstange an Stoßstange, landerige? Fahrer, die mit eifersüchtigen Blicken den Personenverkehr vorbeiziehen sahen.“⁵²⁷

„Jetzt wo Polen EU-Mitglied ist, sollten die deutsch-polnischen Grenzkontrollen verschwinden müssen, aber Bos [niederländischer LKW-Fahrer] glaubt nicht ganz daran, dass er und seine Kollegen ungestört durchfahren können. ‚Da stehen zum Beispiel enorme deutsche Terminals, gebaut mit viel EU-Geld. Reißer sie die dann ab? Wenn man danach fragt, sagt niemand etwas. Auch die Deutschen nicht.‘“⁵²⁸

„Tomasz ist ein glücklicher Mensch. Dank der Europäischen Union. Bis vor kurzem musste der polnische LKW-Fahrer endlos warten vor der polnisch-deutschen Grenze. ‚Manchmal gut vierzig Stunden.‘ Lesen, Rauchen, Tratschen, wieder lesen, wieder rauchen, schlafen – er war die fleischgewordene Langeweile. Aber das ist vorbei, jetzt da sein Land Mitglied der EU ist. Die kilometerlangen Reihen Lastwägen vor der Grenze sind verschwunden, wie Schnee in der Sonne.“⁵²⁹

⁵²⁶ NRC Handelsblad, 14. Mai 2004, „Eindelijk doorrijden aan de grens ; Lange wachttijden bij Poolse douane verdwenen“, S. 11.

⁵²⁷ De Telegraaf, 4. Mai 2004, „Files bij Hongaarse grens weg door uitbreiding EU“, S. 24.

⁵²⁸ De Telegraaf, 1. Mai 2004, „Dringen aan grens Duitsland-Polen“, S. 15.

⁵²⁹ NRC Handelsblad, 14. Mai 2004, „Eindelijk doorrijden aan de grens ; Lange wachttijden bij Poolse douane verdwenen“, S. 11.

VI.5. Kultur

VI.5.1. „Tsjechie was altijd al deel van Europa“⁵³⁰ – Wir teilen eine europäische Kultur

„Wenn Europa etwas ist, dann ist es ein kultureller Begriff. Die kulturelle Eigenheit, am liebsten bezeichnet mit dem Schlagwort vom kulturellen Reichtum, ist genau das, was Europäer ständig verfechten; nicht nur, wenn sie miteinander reden, sonder auch wenn sie mit oder über Nicht-Europäer sprechen. ... Europa ist nicht Amerika, ist nicht der Orient, ist nicht Russland, ist nicht Nord-Afrika – um von noch weiter abgelegenen Orten gar nicht erst zu sprechen. Hier sind die Löwen, dort die Barbaren – hier ist die Kultur und die Kultur ist verschieden.“⁵³¹

„Europa ist der einzige Kontinent, wo in der Geschichte nie isolierte Gesellschaften möglich waren, jedenfalls nicht langfristig. Wer das negativ sehen möchte, kann sagen dass wir immer notgedrungen aneinander gebunden waren. Ich lehre meinen Studenten, wie Ereignisse in Westeuropa die rumänische Geschichte beeinflusst haben, vom Karolingischen Reich bis zur Französischen Revolution. Westeuropäer erzählen mir manchmal, dass ich selbst in einer isolierten Gesellschaft aufgewachsen bin. Aber das war einfach nicht so. Wir waren uns immer in hohem Maße der Existenz von Westeuropa bewusst. Alles drang hierher durch, sei es auch mit Verspätung.“⁵³²

Wie in diesen beiden Diskursfragmenten, das erste von einer tschechischen Kunsthistorikern, das zweite von einem rumänischen Historiker, geht es im Diskurs oft darum, dass Europa doch eine Kultur teilt, eine Geschichte Ost und West verbindet.

Oft wird das mangelnde Interesse Westeuropas an den östlichen ‚Nachbarn‘ beklagt. Sogar bei den Künstlern, einer Berufsgruppe, der eher Aufgeschlossenheit unterstellt wird, ist wenig Initiative festzustellen.

„‘In der niederländischen Kunstszene dreht sich jedes Gespräch binnen fünf Minuten über die nervenden Formulare aus Brüssel. Aber wer Anträge auf Geld von der Cultuurnota stellt, ist auch im Stande Geld aus Europäischen Fonds zu beantragen. Es geht um die selben Beträge und es dauert gleich lang.‘ Mit kaum

⁵³⁰ De Volkskrant, 30. April 2004, „Tsjechie was altijd al deel van Europa“, S. 13.

⁵³¹ De Volkskrant, 29. April 2004, „Hedendaags Babyloon; Cultuur en het nieuwe Europa“, S. K10.

⁵³² De Volkskrant, 3. Mai 2004, „‘Hooguit het uiterlijk van Oost-Europa is anders‘“, S. 4.

verhohlener Verärgerung sprechen zwei vermittelnde kulturelle Einrichtungen, eine öffentliche und eine private, über das geringe Interesse der niederländischen Kunstwelt an der Erweiterung der Europäischen Union. Es gibt zugegeben mehr Austausch durch den Beitritt der zehn neuen EU-Länder, aber der Enthusiasmus und die Neugier sind im Osten merklich größer als im Westen.“⁵³³

Die niederländische Regierung möchte während ihres EU-Vorsitzes ab Juli 2004 daher auch einen Schwerpunkt auf Kultur legen, und hat zum kulturellen Austausch das Programm „Thinking Forward“ ins Leben gerufen, bei dem junge Künstler aus den Beitrittsstaaten eingebunden wurden.

„Die Niederlande nutzen ihren Vorsitz der Europäischen Union für einen großen kulturellen Austausch mit den zehn neuen Mitgliedsstaaten. Im kommenden halben Jahr findet unter dem Namen Thinking Forward enge Zusammenarbeit zwischen niederländischen Kunsteinrichtungen und ihren Partnern vor allem in Osteuropa statt.“⁵³⁴

Arbeiten von Künstlern aus der neuen EU sind bei der Ausstellung „Den Haag Sculptuur“ im Juni in Den Haag zu sehen.

„Die siebte Ausgabe der Ausstellung Den Haag Sculptuur soll eine Spiegelung dessen werden, was im ‚alten‘ und ‚neuen‘ Europa an Kunst gemacht wird. Sculptuur lädt junge Talente aus allen neuen EU-Mitgliedsstaaten ein, ein Werk zu machen mit einem Motto das sich mit dem europäischen Streben nach internationalem Frieden und Rechtssicherheit unter dem Motto Art the Great Communicator verbinden lässt.“⁵³⁵

Ansonsten bemühen sich die Zeitungen, in Serien die neuen EU-Länder vorzustellen und dem Leser vor allem die angenehmen und verbindenden Seiten näher zu bringen.

Das Algemeen Dagblad etwa startet im April eine Serie über das neue, junge und moderne Polen, Menschen die wie die Jugend in Westeuropa Diskotheken besuchen, studieren und Spaß am Leben haben.⁵³⁶ Am 1. Mai werden außerdem zehn Paare vorgestellt, wobei jeweils ein Partner aus einem der neuen Beitrittsländer und einer aus den Niederlanden kommt. Sie erzählen ihre

⁵³³ NRC Handelsblad, 1. Mai 2004, „Uitbreiding Europa gaat aan de kunst voorbij“, S. 2.

⁵³⁴ De Volkskrant, 1. Mai 2004, „Nederlanders? Zo zuinig, zo humorloos“, S. E2.

⁵³⁵ De Volkskrant, 7. Juni 2004, „Giganten van Europa“, S. 13.

⁵³⁶ Algemeen Dagblad, 24. April 2004, „Hoera, de Polen komen“, S. 27.

persönliche Geschichte und zeigen so ebenfalls ein menschliches Bild der neuen EU-Mitglieder.

Ein Kästchen mit einem Bogen aus Sternen und dem Text „EU+“ weist zusätzlich immer wieder auf Beiträge, die mit der Erweiterung der Union zusammenhängen, hin.

Auf die „europäische Familie“ setzt das NRC Handelsblad. Ab Anfang April erscheinen jeweils Porträts einer Familie aus allen 25 EU-Staaten. Hintergrundgedanke:

„Europa, ach Europa. Wähler begeistern sich nur wenig für die Idee, auch jetzt, wo die Union im kommenden Monat mit einem Mal um 70 Millionen Menschen und zehn Länder vergrößert wird. Aber kann es sein, dass ein junger Niederländer mehr gemeinsam hat mit einem jungen Finnen oder Polen als mit einem pensionierten Niederländer? ... Es ist eine Art, hofft die Redaktion, um etwas für die Erweiterung der Europäischen Union zu tun ohne zurückzugreifen auf Interviews mit Ministern, Serien über Generaldirektoren und Analysen über die neuen ‚Regeln aus Brüssel‘. Nicht, dass die nicht wichtig wären. Aber was erzählt eine Serie über die Übernahme des Acquis Communautaire durch Zypern über die Zyprioten? Die Probleme in der polnischen Landwirtschaft müssen gelöst werden, aber sagen sie etwas über die Polen? Übrigens, wie viel wissen wir eigentlich über die Schweden?“⁵³⁷

Außerdem gibt es im NRC Handelsblad die schon erwähnte Serie „Zakendoen in het nieuwe Europa“⁵³⁸ über Unternehmer in den Beitrittsländern. Am 1. Mai stellt die Beilage „Stedentrips“ dazu die Hauptstädte aller 25 EU-Staaten vor, großteils in klischeebeladen-schönfärberischem Stil, mit Stadtplan und Werbung von Reiseveranstaltern.

Der Volkskrant widmet am 6. März einige Seiten den touristischen Qualitäten Osteuropas. Dieses „Traject Speciaal Oosteuropa“ besteht aus Kurzberichten aus allen acht Kandidatenländern dieser Region sowie ein paar Reportagen über den Stand des Tourismus dort.

⁵³⁷ NRC Handelsblad, 3. April 2004, „Duitsers zijn net zo aardig als anderen ; Op zoek naar de nieuwe Europeaan“, S. 35.

⁵³⁸ Siehe Kapitel

In der Serie „Het Wijde Europa“ macht sich die Redaktion Gedanken darüber, wie die Erweiterung den Alltag verändern wird – für neue und alte EU-Bürger.

„Am 1. Mai bekommt die EU zehn Mitgliedsstaaten und 75 Millionen Einwohner hinzu. Was bedeutet das für das tägliche Leben von alten und neuen Europäern?“⁵³⁹

Es folgen Reportagen über einen slowakischen Journalisten und seine Arbeitsbedingungen⁵⁴⁰, einen niederländischen Übersetzer im europäischen Parlament⁵⁴¹ und ähnliche Geschichten, die ebenfalls dem großen Europa ein Gesicht geben.

Am 1. Mai versammelt die Beilage „Europa breidt uit“ – „Europa wird erweitert“ im Volkskrant unter anderem Analysen über das Verhältnis Europas zu den anderen Kontinenten, ein Porträt der lettischen Eurokommissarin Sandra Kalniete⁵⁴² und eine Suche nach der „Seele Europas“ vom Schriftsteller Leon de Winter⁵⁴³.

Der Telegraaf zeigt den wenigsten Belang für die Erweiterung. Außer der Serie „Reiskrant Nieuwe Landen“, wo alle zehn Beitrittsländer aus touristischer Perspektive vorgestellt werden, findet sich hier nur noch die Kennzeichnung einiger Artikel mit dem Symbol einer mit Sternen umringten Karte des künftigen EU-Gebietes. Diese behandeln einige mit den neuen EU-Ländern zusammenhängende Themen, bilden aber keine nach erkennbaren Kriterien zusammengestellte Serie.

In diesen Serien sind die Herausgeber bemüht, einen Gegendiskurs zum Ost-Image zu konstituieren, die Beitrittsstaaten in positivem Licht darzustellen. Im Volkskrant wird dies einmal sogar direkt angesprochen:

„‘Wir kämpfen nur mehr mit einem Image-Problem‘, sagt Peter Barsony vom ungarischen Tourismusbüro. ‚Viele Leute aus dem Westen denken noch, dass wir

⁵³⁹ De Volkskrant, 26. März 2004, „Ik doe qua kennis niet onder voor artsen uit de EU“, S. 4.

⁵⁴⁰ De Volkskrant, 7. April 2004, „Brussel is nu binnenlands nieuws“, S. 7.

⁵⁴¹ De Volkskrant, 29. April 2004, „Alleen Maltezen spreken nog even geen Maltees“, S. 6.

⁵⁴² De Volkskrant, 1. Mai 2004, „Van Siberie naar Brussel“, S. E7.

⁵⁴³ De Volkskrant, 1. Mai 2004, „Niemand sterft voor Europa“, S. E5.

hier unter einer ständig grauen Wolkendecke gebückt gehen. Es gibt viel Angst vor dem Unbekannten.“⁵⁴⁴

Und wo es doch gerade um den Entwicklungsrückstand, die durch die EU nun erzwungene Modernisierung geht, dort wird der Zustand im „Osten“ quasi idealisiert, ähnlich einer Glorifizierung der Vergangenheit.

Wenn in der Serie „Het Wijde Europa“ etwa erzählt wird, wie der Bauer Mezö in Ungarn sein letztes Ferkel schlachtet⁵⁴⁵, da er wegen der Hygienebedingungen der EU seinen Betrieb aufgeben wird, kommt so viel Wehmut auf, wird suggeriert, dass die Bestimmungen der EU doch teils widersinnig sind und am „normalen Leben“ in seiner traditionellen Qualität vorbeigehen.

Zum Abschluss soll hier eine Karikatur aus dem Telegraaf verdeutlichen, welches Bild von den Beitrittsländern kulturell und politisch im wesentlichen vorherrscht, besser als man es sonst beschreiben könnte: Bauern und arme Arbeiter, notdürftig hergerichtet und die Demokratie-Krawatte umgebunden, um in die EU eingelassen zu werden.



Abbildung 5: Collignon

Quelle: Telegraaf, 1. Mai

⁵⁴⁴ De Volkskrant, 6. März 2004, „Oost-Europa poetst panden voor tourist“, S. 1.

⁵⁴⁵ De Volkskrant, 17. April 2004, „Boer Mezo's laatste varkenshensens“, S. 4.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Österreich und Niederlande haben in mehrfacher Hinsicht eine unterschiedliche Ausgangsbasis im Zusammenhang mit der Erweiterung: während es für Österreich die erste Erweiterung seit seinem Beitritt 1995 ist, hat das Gründungsmitglied Niederlande bereits die mehrfache Umgestaltung bis zur Europäischen Union der 15 mitgemacht, darunter eine kontroversiell diskutierte und von – auf wirtschaftlicher Seite - ähnlichen Ängsten begleitete Süderweiterung um Griechenland, Portugal und Spanien in den 1980er Jahren.

Zur „Premiere“ hinzu kommt die territoriale Nähe zu den Beitrittsländern – mit vier davon (Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien) teilt Österreich eine gemeinsame Grenze. Die Niederlande hingegen befinden sich in räumlich deutlich größerer Distanz zu den zehn neuen Mitgliedsstaaten.

In anderer Hinsicht sind Österreich und die Niederlande ähnlich aufgestellt: beide sind Nettozahler, jeweils nur eine Region (das Burgenland bzw. Flevoland) ist in Maßen des Bruttoinlandsproduktes so benachteiligt, das sie sich bis zur Erweiterung 2004 aus den Strukturförderungsfonds bedienen durfte.

Im Gesamtergebnis sind sehr ähnliche Diskurse und –verläufe in beiden Ländern feststellbar, auch wenn die Quantität der Diskursfragmente in österreichischen Zeitungen jene in den niederländischen bei weitem übersteigt.

Mit zeitlicher Verschiebung entwickeln sich zum Thema Arbeitsmarkt etwa fast deckungsgleiche Diskurse – die Angst, Arbeitsplätze einzubüßen, ist im Diskurs beider Medienlandschaften vorherrschend, man bedient sich sogar der gleichen (sprachlichen) Bilder einer Flut oder Überschwemmung.

Ähnlich auch die Positionen der Arbeitnehmervertreter – wobei hier anzumerken ist, dass sowohl in Österreich als auch in den Niederlanden ein jahrzehntelang gepflegtes Sozialpartnersystem ein – auch diskursives – Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und –gebern in Balance hielt. In beiden Ländern sind die Versuche der Wirtschaft, einen Gegendiskurs zur Arbeitsplatzgefährdung durch Menschen aus den Beitrittsstaaten zu etablieren, eher fruchtlos.

Ein Diskursstrang, der in Österreich um einiges ausgeprägter vorliegt als in den niederländischen Medien, ist jener rund um Wirtschaftstreibende und Firmen, die nun ihre Chance im „Osten“ ergreifen. Die Gewinne auch niederländischer Konzerne in den Kandidatenländern sind zwar auch Thema, werden aber lange nicht so bildhaft ausgeschlachtet wie „Österreichs“ Erfolge dort.

Dafür widmen sich die niederländischen Medien der Wirtschaft der Beitrittsländer in relativ gesehen größerem Ausmaß als die österreichischen. Allerdings nicht im positiven Sinne, der Diskurs rankt sich um die Sorge, mit ihrer geringen Wirtschaftskraft könnten die neuen EU-Mitglieder Nachteile für die alten bringen – in Österreich wird der Schwerpunkt der Diskussion lieber auf das rasante Wachstum gelegt, das die Kandidaten in den letzten Jahren und Monaten hinlegen.

Schon wieder einig ist man sich, wenn es um Institutionen und Verwaltung in der neuen EU der 25 geht: das größte Problem sind die vielen Sprachen und die daraus resultierenden Übersetzungen. Von „Babylonischer Sprachverwirrung“ bis zum „Abracadabra“ bringt der Diskurs in beiden Ländern analoge Diskurspositionen: Beamte sollen kürzere Texte verfassen, und die Malteser wird eben noch keiner verstehen.

Was die Österreicher kaum rührt, die Niederländer aber zu einem Diskurs über Luxus-Praktikanten verführt, ist die Nominierung von Kommissaren durch jedes Beitrittsland. Diese treten im Mai ihr Amt an, werden aber nur bis November bestellt, da zu diesem Zeitpunkt in jedem Fall eine neue EU-Kommission gebildet wird.

Weitgehend analog verläuft die Debatte über die Kosten der EU-Erweiterung. Diskurspositionen wie die der Krone „So wird in der EU gelogen“⁵⁴⁶ finden in den Niederlanden keine absolut gleichwertige Entsprechung, im wesentlichen sind die beiden Nettozahler aber besorgt darüber, wie viel ihres Geldes in die Erweiterung bzw. die EU nach der Erweiterung gepumpt werden soll. Breiteren Raum nimmt in Österreich der Diskurs rund um Steuerdumping ein: aus den Texten lässt sich

⁵⁴⁶ Krone, 31. Jänner 2004, „Geldbombe Osterweiterung: So wird in der EU gelogen“, S. 4.

schließen, dass in diesem Punkt ein Vergleich mit Deutschen Medien aufschlussreich sein könnte.

Nicht weit entfernt, aber doch einen entscheidenden Diskursschritt auseinander sind die beiden Länder, wenn es um den Diskurs rund um Schönfärberei von Politikern und die Gefühle der jeweiligen Bevölkerung oder die der Beitrittskandidaten geht.

Auffällig wenig direkte Zitate finden sich von Politikern beider Länder – bis auf Lobeshymnen am Tag der Erweiterung selbst, dem 1. Mai, durchsetzen sie den Diskurs nur sparsam. Im Unterschied zu Österreich gewinnt in den Niederlanden der negative Stimmungs-Diskurs im Vergleich zum positiven rasch an Terrain, die politische Instabilität der Beitrittsländer wird stärker in den Vordergrund gespielt. Auch im Fall Zyperns ist der Diskurs in den Niederlanden ausführlicher vorhanden. Mit Tschechien wiederum haben die Niederländer kein Problem – während in Österreich ein Diskurs rund um Atomkraftwerke und Benes-Dekrete bedrohliche Aussagen transportiert.

Im österreichischen Sicherheitsdiskurs kämpfen zwei Diskursstränge um die Machtposition: zuerst jener, der die Bedrohung durch Ostbanden und Kriminelle vermittelt, und vehement in der Krone grassiert. Die Gegenposition wird von den Qualitätszeitungen transportiert, ihre Botschafter: Polizei, Kriminalexperten, die versuchen ihren Beschwichtigungsdiskurs an den Mann, an die Frau zu bringen.

Die Niederländer sind nicht nur im Zuge der EU-Erweiterung, sondern ständig in einem anders strukturierten Sicherheitsdiskurs engagiert. Mord- und Totschlag-Reportagen mit Täter, Opfern, Angehörigen, alle diese Gewaltelemente sind nicht nur im Jahr 2004 und in Bezug auf die „Ostmafia“ stark präsent. Einen klaren Anstieg an Diskursfragmenten zum Thema Korruption und organisierte Kriminalität zur EU-Erweiterung kann man aus den Artikelauswertungen allerdings schon herauslesen.

Kulturell schafft der Diskurs zur EU-Erweiterung sowohl in Österreich als auch in den Niederlanden verbindende wie trennende Elemente. Während in Porträts aller Zeitungen die Einheit der Kultur Europas beschworen wird, gibt es zwei klare Gegendiskurse, die die Bevölkerung der Beitrittsstaaten betreffen. Einmal werden sie als rückständige Bauern, vielleicht noch mit einer idyllischen Note der guten,

alten Zeit, in jedem Fall als beinahe aus einer anderen Welt stammend gezeigt. Ein anderer Diskurs schildert das hippe, moderne Leben, von den schicken Litauerinnen auf Stilettos bis zu jungen Polen in der Disco – Stimmungsbilder, die sich nicht ineinander fügen wollen, aber auch keinen Raum für eine Mitte schaffen, den Nachbarn aus dem Osten, der ähnlich lebt wie wir und mit dem sich ein größerer Teil der Österreicher bzw. Niederländer identifizieren könnte.

In Österreich wird zu diesem Belang die Monarchie „aufgewärmt“ – die gemeinsame Geschichte vor dem Eisernen Vorhang soll allerdings auch in den Niederlanden den Diskurs zur Kultur zu einem harmonischeren Miteinander führen. In beiden Fällen wirkt die „Wiedervereinigung“ aufgesetzt, kann aber im Diskurs helfen Ressentiments abzubauen. Etwas, das auch der Einigungsdiskurs nur über längere Zeiträume als dem beobachteten halben Jahr leisten bzw. sich in diese Richtung verändern kann.

Das Etikett der „Neuen“ in der EU ist den 2004 beigetretenen Staaten eine Zeit lang geblieben, mittlerweile wurde es ad acta gelegt. Um die Beitritte Bulgariens und Rumäniens machte man weniger Wind, sie wurden quasi als zweiter Teil der Osterweiterung angesehen, obwohl sich einige zusätzliche Diskursstränge bei näherer Analyse identifizieren lassen würden.

Interessant wäre ein analytischer Vergleich mit den Diskursen, die zur Zeit der Süderweiterung in den Niederlanden oder beispielsweise auch in Deutschland kursierten.

Mit der Türkei und Kroatien stehen bereits die nächsten Beitrittskandidaten stehen bereits in Verhandlung mit der Europäischen Kommission. In der kurzen Diskussion um Zypern und seinen türkischen Teil konnte in dieser Arbeit nur ein beschränkter Blick auf die Ost-Diskurse geworfen werden, die im Bezug auf die Türkei instrumentalisieren und instrumentalisiert werden. Eine Auswertung der Diskurse rund um diesen Beitrittsaspiranten, einen Staat, der die Union auf mehreren Ebenen vor Probleme stellt, scheint eine lohnenswerte Aufgabe.

8. Literaturverzeichnis

- Bakker, Piet/Scholten, Otto: Communicatiekaart van Nederland. Overzicht van Media en communicatie. Vierte, gesamt überarbeitete Auflage, Alphen aan den Rijn 2003.
- Baldauf, Christa: Metapher und Kognition. Grundlagen einer neuen Theorie der Alltagsmetapher. Frankfurt am Main/Wien 1997.
- Barcz, Marcin: Die EU-Osterweiterung in der Berichterstattung der österreichischen Tagespresse. Diplomarbeit, Wien 1999.
- Beichelt, Timm: Die Europäische Union nach der Osterweiterung. Wiesbaden 2004.
- Busek, Erhard/Mikulitsch, Werner: Die Europäische Union auf dem Weg nach Osten. Klagenfurt 2003.
- Eurobarometer- Umfrage Österreich 61,
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb61/nat_austria.pdf, visited 03-04-2008.
- Hammerbacher, Franz: Die EG-Berichterstattung österreichischer Printmedien. Empirische Untersuchung eines Fallbeispiels von Politikvermittlung in Massenmedien. Diplomarbeit Wien 1992.
- Hörburger, Hortense (Hg.): Einbahnstraße EU-Erweiterung? Unsere Nachbarn melden sich zu Wort. Marburg 2001.
- Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 3., gegenüber der 2., überarbeiteten und erweiterten, unveränderte Auflage, Duisburg 2001.
- Keller, Reiner: Diskursforschung. Opladen 2004.
- Kellerhals, Andreas (Hg.): Das Jahr der Erweiterung. Referate zu Fragen der Zukunft Europas 2004. Zürich/Basel/Genf 2005.
- Klinger, Alberich/Urban, Michael (Hg.): Zukunft Europa. Vom Grenzland zum Kernland. Niederösterreichs Weg in die Mitte Europas. St. Pölten 2006.
- Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse. Frankfurt/Main 2008.
- Mills, Sara: Der Diskurs. Begriff, Theorie, Praxis. Tübingen 2007.

- Müller, Martin: Unser „Poldl“. Zur Konstruktion eines „österreichischen Helden“. Eine historische Diskursanalyse. Diplomarbeit, Wien 2004.
- Münch, Holger: Die Berichterstattung zur EU-Osterweiterung in der deutschen Presse. In: Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien (Hg.): EU-Beitritt: Verheißung oder Bedrohung? Die Perspektive der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer. Opladen 2003, S. 47-71.
- Stakne, Astrid: Journalistische Qualität in österreichischen Tageszeitungen. Diplomarbeit, Wien 2000.
- Stingl, Edith: Die EU-Osterweiterung im Spiegel der Medien. Diplomarbeit, Wien 2003.
- Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien (Hg.): EU-Beitritt: Verheißung oder Bedrohung? Die Perspektive der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer. Opladen 2003.

Abstract

Seit ihren Anfängen als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mit den sechs Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg und Niederlande hat sich die heutige Europäische Union immer entwickelt, und immer neue Mitgliedsstaaten zugelassen.

Auch frühere Erweiterungen, im speziellen die Süderweiterung der 1980er Jahre, waren nicht unumstritten und gingen mit einigen Ängsten einher.

Die im deutschen Sprachraum sogenannte „Osterweiterung“ 2004 stellt dennoch ein besonderes Ereignis in der Geschichte der Europäischen Union dar, und das in mehrerer Hinsicht: nie zuvor wurden so viele Länder auf einmal aufgenommen, und des zweiten machte die Tatsache, dass acht der zehn neuen Mitglieder die letzten Jahrzehnte unter dem Einfluss des kommunistischen Sowjet-Regimes standen, die „Wiedervereinigung Europas“ zu einem historischen Meilenstein.

Dass ein solches Ereignis auch als diskursives Ereignis in die Mediengeschichte eingeht, ist einleuchtend. Die vorliegende Arbeit untersucht die sich um die Erweiterung der EU 2004 rankenden Diskurse in österreichischen und niederländischen Tageszeitungen im Zeitraum von Jänner bis Juni 2004. Zurückgegriffen wird dabei auf die Methode der kritischen Diskursanalyse Siegfried Jägers.

Die Interpretation der Diskurse in beiden Ländern zeigt signifikante Ähnlichkeiten trotz unterschiedlicher Positionen Österreichs und der Niederlande – räumlich wie historisch im Gefüge der Europäischen Union.

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Angelika Grabler
Geburtsdaten: 13.07.1981 in Wien

Schulbildung:

09/1987-06/1991 Volksschule Wien, Königstetten
09/1991-06/1999 Gymnasium Tulln

Studium:

Ab WS 1999/2000 Universität Wien Studium der Publizistik- und
Kommunikationswissenschaften/Fächerkombination
SS 2003 Erasmus-Aufenthalt Haagse Hogeschool, Den Haag

Praktika und Berufserfahrungen:

02/2001-03/2002 Verlagsgruppe News GmbH – Assistenz Buchhaltung,
Betriebsratsbüro
09/2002-01/2003 Institut für Empirische Sozialforschung, Meinungsumfragen
02/2005-01/2008 Bezirksblätter NÖ, freie Redakteurin
01/2008-12/2008 Bezirksblätter NÖ, Redaktionsleitung Lokalausgaben
Klosterneuburg, Purkersdorf
seit 01/2009 Bezirksblätter NÖ, Redaktionsleitung Lokalausgabe
Wienerwald/Purkersdorf